

Antrag L-01
Landesvorstand

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in Fassung der Antragskommission

Der Landesparteitag möge beschließen:

UNSER LAND VON MORGEN – REGIERUNGSPROGRAMM DER NRWSPD ZUR LANDTAGSWAHL 2022

1 **1. FÜR EUCH GEWINNEN WIR DAS MORGEN**

2

3 » Hier wird nach Beschluss das Vorwort von Thomas Kut-
 4 schaty eingefügt. «

5

6 **2. WAS FÜR UNSER LAND VON MORGEN BESONDERS**
 7 **WICHTIG IST**

8

9 **2.1 DIE GUTE ARBEIT VON MORGEN: SOZIAL, DIGITAL,**
 10 **KLIMANEUTRAL**

11

12 Die Arbeit von morgen wird besser.

13

14 So einfach ist unser Ziel: Die Arbeit von morgen wird bes-
 15 ser.

16

17 Dieses Ziel erreichen wir, indem wir jede Veränderung
 18 zum Anlass nehmen, die Arbeitswelt zu gestalten. Wir
 19 lieben die Veränderung, weil sie Chancen mit sich bringt,
 20 noch mehr für das gute Leben zu erreichen. Selten war
 21 unsere Chance auf Verbesserung so groß wie genau
 22 jetzt, da sich in unserer Gesellschaft so viel verändert.

23

24 Nehmen wir zum Beispiel die Digitalisierung und den
 25 Klimawandel. Unternehmen vernetzen sich weltweit,
 26 neue Technologien entstehen in Rekordtempo, neue
 27 Produktionsverfahren setzen sich durch. In diesem welt-
 28 weit stattfindenden Prozess gibt es unendlich viel zu
 29 tun. Welches Land könnte mehr dazu beitragen und
 30 mehr davon profitieren als das Technologie- und En-
 31 ergieland NRW? An dieser Aufgabe wollen wir in
 32 Nordrhein- Westfalen arbeiten. Wir wollen eine Partner-
 33 schaft zwischen sozialem Unternehmertum, starken Be-
 34 schäftigten und einem handlungsfähigen Staat auf Au-
 35 genhöhe. Es entstehen neue Berufsbilder. Die Wirtschaft
 36 wächst. Genau diese Veränderung gestalten wir, indem
 37 wir darauf achten, dass neue Arbeit noch besser wird
 38 als alte. Wir fördern Technologie, die große Chancen mit
 39 sich bringt, damit die Arbeit besser bezahlt wird. Wir för-
 40 dern Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mit-
 41 arbeiter gute Arbeit bieten. Wir stellen sicher, dass wir
 42 alle vom Wachstum durch Digitalisierung und Transfor-
 43 mation profitieren.

44

45 Das heißt für uns konkret:

46

47 Wir werden dafür sorgen, dass Mitarbeiterinnen und

Ergänze hinter Zeile 854:

Wir werden Kommunen auch weiterhin dabei unter-
 stützen, Kommunale Präventionsketten auf- und auszu-
 bauen und eine kommunale Gesamtstrategie mit Blick
 auf das Wohlergehen aller Kinder, Jugendlicher und Fa-
 milien zu entwickeln. Denn hierin sehen wir eine Vor-
 aussetzung dafür, dass die verschiedenen Systeme wie
 Jugendhilfe, Schulen oder Soziales zusammenarbeiten
 und Familien frühzeitig erreichen.

Ersetze Zeile 2822-2825 durch:

Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2021 und
 2022 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von 100%
 der pandemiebedingten Einnahmeausfälle zu.

Streiche Zeile 2828-2832

48 Mitarbeiter stärker an den Gewinnen von Unternehmen
49 beteiligt werden, sowohl durch höhere Löhne als auch
50 durch gemeinschaftlich kontrollierte Kapitalanteile an
51 ihren Unternehmen. Diese Form von Beteiligung ist für
52 uns eine sinnvolle Ergänzung zu den auszuweitenden
53 Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Betriebs- und Un-
54 ternehmensebene. So entsteht ein gemeinsamer Wille
55 zum Gewinn und Unternehmenserfolg im ganzen Land.
56 Das macht unsere Wirtschaft stärker.

57

58 Wir werden dafür sorgen, dass Mitarbeitende und Ge-
59 werkschaften auch bei Themen, wie betrieblicher Wei-
60 terbildung, Digitalisierung, Personalplanung und unter-
61 nehmerischen Zukunftsstrategien in den Betrieben mit-
62 bestimmen. Denn oft haben nicht nur die Eigentümer,
63 sondern gerade die Beschäftigten die besten und kon-
64 kretesten Lösungen im Blick. Viele Unternehmen setzen
65 deshalb auf das Know-how ihrer Beschäftigten. Das hat
66 sich auch im Projekt Arbeit 2020 gezeigt, welches zum
67 Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen ist. Die guten
68 Ansätze dieses Projektes wollen wir in einem umfassen-
69 den Programm auf weitere Unternehmen und Branchen
70 ausweiten. Damit unterstützen wir den Erfolg unserer
71 Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

72

73 Ganz Nordrhein-Westfalen – ohne Ausnahme – wird in
74 den kommenden fünf Jahren Zugang zu schnellstem In-
75 ternet bekommen. 5G wird im ganzen Land Standard für
76 den Mobilfunk werden.

77

78 Wir wollen Veränderung aktiv vorantreiben, um nicht
79 Getriebene der Veränderungen zu werden. Genau des-
80 halb investieren wir im großen Stil. Wir werden in
81 Nordrhein-Westfalen 30 Milliarden Euro in einem Trans-
82 formationsfonds zur Verfügung stellen. Der Fonds wird
83 durch strategische, temporäre Unternehmensbeteili-
84 gungen das Eigenkapital der (mittelständischen) Un-
85 ternehmen stärken, damit ihre Unabhängigkeit sichern
86 sowie ihre Kreditwürdigkeit und somit ihre Investiti-
87 onsfähigkeit und Stabilität deutlich erhöhen. Zielgrup-
88 pen sind zum Beispiel Unternehmen und Betriebe, die
89 auf Elektromobilität, auf Wasserstoffbasis oder auf zir-
90 kuläre Wertschöpfungskonzepte umstellen wollen. Zu-
91 dem werden wir unter Beteiligung der jeweiligen Wirt-
92 schaftszweige, der Gewerkschaften, aber auch durch die
93 Zivilgesellschaft eine Agentur gründen, die diese Trans-
94 formation koordiniert, die Beteiligten berät und auf dem
95 Weg zur Arbeit von morgen unterstützt.

96

97 Gleichzeitig kurbeln wir die Nachfrage nach neuer Tech-
98 nologie hier im Land an, indem wir durch langfristi-
99 ge und verlässliche öffentliche Investitionen in Klima-
100 freundlichkeit und Digitalisierung dafür sorgen, dass

101 Unternehmen sich hier auf die großen Zukunftsaufga-
102 ben spezialisieren und entwickeln können. Damit diese
103 Entwicklung auch zum Wohle aller Menschen ist, sorgen
104 wir mit einem Tariftreue- und Vergabegesetz dafür, dass
105 bei allen Investitionen des Landes auch faire Bezahlung
106 der Arbeitnehmenden garantiert wird.

107

108 Das ist eine wirksame Strategie für den wirtschaftlichen
109 Erfolg des Landes, weil wir gleichzeitig Unternehmen
110 stärken und den Markt schaffen, auf dem sie erfolgreich
111 wirtschaften können.

112

113 Was wir an Tempo der Wirtschaft abverlangen, das neh-
114 men wir uns auch für die öffentliche Verwaltung vor.
115 Wir werden sie schneller digitaler machen. Alle Bürger-
116 dienstleistungen sollen in Zukunft online erledigt wer-
117 den können. Alle Ämter sollen alles, was digital bes-
118 ser geht auch digital lösen. Dabei unterstützen wir die
119 Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen bei Um-
120 setzung und Umstellung. Genau wie der Bund wollen
121 wir mehr Expertise für Daten in die öffentliche Verwal-
122 tung holen. Wir wollen open-source Lösungen sowohl
123 im öffentlichen wie im privaten Bereich fördern. Außer-
124 dem werden wir die gemeinsame Entwicklung und Nut-
125 zung kooperativer oder kommunaler Plattformmodel-
126 le – etwa für den lokalen Einzelhandel oder alternative
127 Service- oder Wohnungsportale – landesweit vernetzen
128 und deren Aufbau vor Ort durch Förderprogramme des
129 Landes unterstützen. Dabei sind wir nicht naiv. Wir wis-
130 sen, dass eine digitalisierte Gesellschaft auch größeren
131 Bedrohungen ausgesetzt ist, und genau deshalb werden
132 wir massiv in IT-Sicherheitsforschung investieren.

133

134 Vieles Digitales passiert schon an ganz vielen Stellen,
135 in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen,
136 aber auch und gerade im lokalen Handel, bei Dienst-
137 leistern oder der örtlichen Wirtschaft. Die lokalen und
138 örtlichen Netzwerke wollen wir vermehrt durch Bera-
139 tung und maßgeschneiderte Programme fördern, um
140 ein engmaschiges Netz über ganz Nordrhein-Westfalen
141 spannen zu können.

142

143 All das folgt einem einfachen Prinzip: Wir sind der Über-
144 zeugung, dass es für keine Zukunftsherausforderung die
145 eine große Lösung gibt. Die Lösung liegt in vielen klei-
146 nen Lösungen, die zusammenwirken. Deshalb gestalten
147 wir politisch den Rahmen so, dass viele Unternehmen
148 und Ideen sich durchsetzen können. Konkret heißt, dass
149 wir Geld zur Verfügung stellen, damit auch kleinere und
150 mittlere Unternehmen direkt mit Hochschulen zusam-
151 menarbeiten können. So wird Forschungs- und Entwick-
152 lungsarbeit zum Treiber für den gesamten Mittelstand.
153 Wir sind die treibende Kraft, dass alle vom Wandel und

154 Fortschritt profitieren. Wir wollen ihn so gestalten, dass
155 in Nordrhein-Westfalen wieder Vollbeschäftigung mit
156 guter Arbeit herrscht.

157

158 Dabei behandeln wir Ungleiches nicht gleich. Die sehr
159 unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen
160 Wirtschaftsregionen NRWs verlangen nach passgenau-
161 en Lösungen. Gerade das Rheinische Revier steht vor ei-
162 ner rasanten und tiefgreifenden Umwälzung. Für uns
163 bedeutet der Kohleausstieg nicht das Ende, sondern ist
164 der Start für neue Möglichkeiten. Konkret werden wir im
165 Rheinischen Revier die Vergabe von Fördermitteln des
166 Bundes massiv vereinfachen, damit neues schneller ent-
167 stehen kann. Gerade die Ansiedlung von neuem Gewer-
168 be und neuer Industrie wollen wir fördern, indem wir
169 dies bei der Landesplanung berücksichtigen und verein-
170 fachte Verfahren für eine Sonderplanungszone schaf-
171 fen. Lediglich ein Bergbaumuseum reicht uns nicht; wir
172 wollen ein pulsierendes Revier mit gut bezahlten und ta-
173 riflich abgesicherten Arbeitsplätzen.

174

175 Nicht nur im Rheinischen Revier, sondern im ganzen
176 Land sind die Regionen und Kommunen starke Part-
177 ner, damit die gute Arbeit von morgen durchgesetzt
178 werden kann wird. Deshalb werden wir die Möglichkeit
179 der Kommunen zur wirtschaftlichen Betätigung stärken
180 und passgenaue Förderstrukturen und -programme auf-
181 legen. Der Wandel passiert vor Ort; dort sind die Men-
182 schen, die sich auskennen und wissen, wie der Wandel
183 funktionieren kann und was dafür notwendig ist. Die-
184 se Expertise wollen wir bündeln, indem wir die Sozial-
185 partner, die Zivilgesellschaft und die kommunalen und
186 regionalen Entscheidungsträger in regionalen Transfor-
187 mationsräten zusammenbringen.

188

189 Unser Ziel der Vollbeschäftigung braucht nachhaltiges
190 Wachstum. Wir sind nicht bereit, zu akzeptieren, dass
191 unsere Wirtschaftsordnung für manche Menschen kei-
192 ne Perspektiven bietet. Menschen wollen Arbeit. Men-
193 schen wollen sich einbringen und sich entfalten.

194

195 Wir wollen dafür sorgen, dass jede Arbeit – ehren-
196 amtliche wie Lohnerwerbsarbeit – zu gesellschaftlicher
197 Teilhabe, Stolz, Zufriedenheit und Erfüllung führt. Je-
198 de Tätigkeit hat Wertschätzung, Leistungsgerechtigkeit
199 und Sicherheit verdient. Ein sicherer Job, besserer Lohn,
200 mehr Wohlstand – das alles sind Ziele, die wir beför-
201 dern wollen, egal ob die Arbeit digital geleistet wird
202 oder ob man als Pflegekraft, am Fleißband oder als Solo-
203 Selbständiger unterwegs ist.

204

205 Keine Chance soll deshalb die Ausbeutung bekom-
206 men. Wir werden 1.000 neue Stellen beim Arbeits-

207 schutz schaffen, um die Arbeitsschutzverwaltung NRW
208 zu einer modernen, technisch gut ausgestatteten und
209 wirksamen Eingreiftruppe auszubauen. Damit in ganz
210 Nordrhein-Westfalen Arbeitsschutzverstöße mit allen
211 Mitteln des Rechtsstaates besser verfolgt werden kön-
212 nen, sorgen wir dafür, dass es in jeder Staatsanwalt-
213 schaft in Nordrhein-Westfalen eine speziell in Arbeits-
214 schutz fortgebildete Staatsanwältin oder Staatsanwalt
215 gibt.

216

217 Mehr Wohlstand zu wollen, ist kein Widerspruch zu
218 Arbeitszeitverkürzungen oder familienfreundlichen Ar-
219 beitszeitmodellen, zu fairen Löhnen, zu Aufwertung von
220 bislang unterbezahlten Dienstleistungsberufen, zu der
221 Forderung nach Abschaffung der sachgrundlosen Befris-
222 tung oder gar zu einer breiten sozialen Absicherung.
223 All dies gehört zu unserem Verständnis, dass Wohl-
224 stand nur gerecht werden kann, wenn respektvoll mit
225 denen umgegangen wird, die ihn erwirtschaften. Un-
226 ser Verständnis bedeutet konkret, dass wir im öffentli-
227 chen Dienst vorbildlich für die gesamte Wirtschaft, An-
228 reize und Angebote schaffen, die eine gerechte Vertei-
229 lung von unbezahlter Pflege- und Familienarbeit för-
230 dern, sowie ein Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen. Dar-
231 über hinaus wollen wir die Kompetenzzentren Frau und
232 Beruf zu zentralen Anlaufstellen für Arbeitnehmerinnen
233 und Arbeitnehmer und Arbeitgeberinnen und Arbeitge-
234 ber für eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeits-
235 welt weiterentwickeln.

236

237 Wir unterstützen Menschen, die mehr vom Leben wol-
238 len. Wenn mehr Wohlstand entstehen soll, dann braucht
239 es nachhaltiges Wachstum und gerechte Verteilung. Die
240 Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen soll produktiver wer-
241 den, sie soll mehr Umsätze machen und mehr Gewinn,
242 der allen zugutekommt. Den Luxus, kein Wachstum zu
243 wollen, können sich nur diejenigen leisten, die bereits zu
244 den Gewinnern unserer Wirtschaftsordnung zählen.

245

246 Wachstum ist unser klares Ziel und gleichzeitig ver-
247 schließen wir nicht die Augen davor, dass Wachstum in
248 der Art, wie wir heute wirtschaften, nicht ohne Scha-
249 den zu erzielen ist. Ressourcen werden in der Wirtschaft
250 verbraucht, das Klima wird belastet durch Industrie und
251 Gewerbe. Diese Probleme des Wachstums können wir
252 nicht ignorieren. Genau deshalb ist unser Grundsatz:
253 Wachstum ohne Zerstörung.

254

255 Wir wollen unsere Wirtschaft so schnell wie möglich
256 zu einer Kreislaufwirtschaft („zirkuläre Wertschöpfung“
257 oder „cradle-to-cradle“) umbauen. Das heißt, dass wir
258 Ressourcen nicht verbrauchen, sondern immer wieder
259 neu nutzen. Kein Abfallprodukt mehr, das nicht an an-

260 derer Stelle neue Verwendung findet. Schon beim Pro-
261 duktdesign, der Herstellung und dem Vertrieb soll dar-
262 auf geachtet werden, dass Wiederverwertung nach der
263 Nutzung möglich ist. Wachstum bedeutet in diesem
264 Zusammenhang, dass wir die Wiederverwendung be-
265 beschleunigen, statt den Verbrauch. Wir wollen Rohstof-
266 fe an so vielen Stellen immer wieder in den Kreislauf
267 einspeisen, dass mehr Wirtschaftskraft, mehr Arbeits-
268 plätze und mehr Gewinne entstehen. Dazu benötigen
269 wir eine Kreislaufwirtschaftsstrategie. In deren Rahmen
270 wollen wir ein Kompetenzzentrum Zirkuläre Wertschöp-
271 fung aufbauen und die Forschungs- und Innovationsför-
272 derung verstärken.

273

274 **Nordrhein-Westfalen ist Energie. Und Nordrhein-**
275 **Westfalen muss Energieland bleiben!**

276

277 Energiewende und Klimaschutz sind eine Riesenchance
278 für unser Land. Kein anderes Bundesland verfügt über so
279 viel technologisches Know-how in der Energiewirtschaft
280 wie Nordrhein-Westfalen. Deutschlands größte Energie-
281 versorger aber auch größte industrielle Energieverbrau-
282 cher haben hier ihren Sitz, ebenso wie die wichtigsten
283 Universitäten und Institute und vor allem hunderte mit-
284 telständische Champions im Bereich der Erneuerbaren
285 Energien, neuen Antriebstechnologien und Energiespei-
286 cher. Was über Jahrzehnte vor allem mit Kohle verbun-
287 den wurde, wird zukünftig mit Wind, Sonne, Wasserstoff
288 verbunden sein. Denn Nordrhein-Westfalens Industrie
289 ist angewiesen auf eine sichere, nachhaltige und be-
290 zahlbare Energieversorgung. Ebenso sind es die 9 Millio-
291 nen privaten Haushalte im Land, die vor solchen Preis-
292 steigerungen geschützt werden müssen, wie wir sie in
293 diesem Winter aufgrund des Preisauftriebes von Erd-
294 gas, Erdöl und Importkohle erlebt haben. Gegenüber
295 diesen Preisen senkt bereits heute jede Kilowattstunde
296 aus Windenergie und Sonne den Strompreis. Wir müs-
297 sen deshalb schleunigst den Rückstand aufholen, den
298 das Ausbremsen der Erneuerbaren Energien der bishe-
299 rigen Landesregierung gegenüber anderen Bundeslän-
300 dern beim Ausbau der Erneuerbaren Energien verur-
301 sacht hat. Dazu gehört für uns auch, dass wir die Kraft-
302 Wärme-Kopplung stärker fördern, das Fernwärmenetz
303 ausbauen und insgesamt den Energieinfrastrukturaus-
304 bau vorantreiben. Dabei müssen wir realisieren: Irgend-
305 wo muss der Strom herkommen. Deswegen wird moder-
306 ne Wind- und Solarenergienutzung zukünftig zu nahe-
307 zu jedem Ort in Nordrhein-Westfalen selbstverständlich
308 dazugehören. Das funktioniert aber nur, wenn die Men-
309 schen vor Ort auch direkt etwas davon haben. Hier gibt
310 es exzellente Beispiele im Land, wo Bürgerinnen und
311 Bürger beteiligt und Kommunalhaushalte durch Einnah-
312 men aus der Energieerzeugung gestärkt werden. Dies

313 flächendeckend proaktiv anzustoßen ist unsere Aufga-
314 be.

315

316 Wir wollen den Klimaschutz zum Gewinn für alle ma-
317 chen. Um Widerstände aufzulösen und bessere Lebens-
318 bedingungen für alle zu schaffen, wollen wir die Beteili-
319 gung der Bevölkerung an den Gewinnen aus erneuerba-
320 rer Energie. Zum Beispiel soll die Bevölkerung in der Nä-
321 he von Windenergieanlagen von vergünstigten Strom-
322 preisen profitieren oder sich finanziell an den Anlagen
323 beteiligen können. So schaffen wir es, dass Nordrhein-
324 Westfalen seinen angemessenen Beitrag zu den bun-
325 desweit angestrebten zwei Prozent des Bundesgebiet-
326 tes für Windstrom bereitstellt, sei es in Wirtschaftswäl-
327 dern oder durch Aufhebung der derzeitigen starren Ab-
328 standsflächen.

329

330 Als ersten Schritt werden wir eine realistische Untersu-
331 chung aller Potenziale der erneuerbaren Energien und
332 der zur Erreichung der Klimaschutzziele erforderlichen
333 Kapazitäten für diese Energieträger in Auftrag geben.
334 Auf dieser Grundlage werden wir die Energiestrategie
335 des Landes vom Kopf auf die Füße stellen und alle er-
336 neuerbaren Energieträger stärker als bisher ausbauen.

337

338 Insgesamt wird die Stromproduktion in Nordrhein-
339 Westfalen dadurch steigen. Überschussmengen werden
340 in grünen Wasserstoff umgesetzt und gespeichert. Für
341 Zeiten witterungsbedingt geringerer Stromproduktion
342 wird dieser wieder genutzt werden können, ebenso wie
343 andere Speichertechnologien, in denen NRW durch die
344 Bank führend ist. Das ist auch zwingend notwendig,
345 denn zukünftig wird durch die Elektrifizierung des Hei-
346 zens und der Mobilität mehr Strom gebraucht werden
347 als heute. Durch die höhere Effizienz einer maßgeblich
348 strombasierten Erzeugung verringert sich der Gesamt-
349 energiebedarf aber erheblich. Die Erneuerbaren Ener-
350 gien wirken als Energiepreisbremse und ihre heimische
351 Nutzung verringert gleichzeitig die Importabhängigkeit
352 von fossilen Energieträgern.

353

354 Das alles ist für uns kein theoretisches Unterfangen. Wir
355 machen es ganz konkret:

356

357 Nordrhein-Westfalen verfügt mit der „Innovation Ci-
358 ty Bottrop“ über ein einzigartiges Modellprojekt mit
359 weltweiter Strahlkraft für den sozial-ökologischen Fort-
360 schritt. Wir werden nach diesem Vorbild einen Klima-
361 masterplan „Innovation Cities NRW“ auflegen, der in
362 1.000 Quartieren in den NRW-Kommunen lokale Ener-
363 giewendeansätze vorantreibt, insbesondere im Bereich
364 der energetischen Sanierung von Gebäuden. Die Initia-
365 tive ist auch ein großes Auftragsprogramm für Hand-

366 werk und Mittelstand vor Ort und stärkt die Städte und
367 Gemeinden. Damit werden wir die Lebensqualität der
368 Menschen verbessern, einen großen Beitrag zum Klima-
369 schutz im Gebäudesektor leisten und dafür sorgen, dass
370 Wohnen bezahlbar bleibt.

371

372 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres
373 Landes an der Transformation mitwirken können. Genau
374 deshalb schaffen wir ein Modellprojekt „Klimaneutra-
375 ler Konsum“, um Menschen darüber aufzuklären, wie sie
376 nachhaltig konsumieren können. Die völlig kontrapro-
377 duktive Beendigung der seit 30 Jahren erfolgreichen En-
378 ergieagentur NRW durch die aktuelle Landesregierung
379 hat der Energiewende in Nordrhein-Westfalen gescha-
380 det. Wir wollen eine Energie- und Klimaagentur NRW,
381 die Personal, Netzwerke und Know-how aus dieser er-
382 folgreichen Arbeit nutzt und auf personelle und finansi-
383 elle Kapazitäten in vergleichbarem Umfang zurückgrei-
384 fen kann.

385

386 Ganz Nordrhein-Westfalen wird sich verändern. Wir
387 wollen Solaranlagen auf jedes Dach bringen, auf dem
388 das geht. Verpflichtend für jeden Neu- und Umbau von
389 Gewerbeimmobilien. Gefördert für jedes bestehende
390 Gebäude. Öffentliche Gebäude sollen hier Vorbildfunk-
391 tion übernehmen. Das allein ist uns nicht genug. Wir
392 denken weiter. Was heute Menschen vor Lärm schützt,
393 kann zusätzlich unser Klima retten. Das heißt, dass wir
394 möglichst jede Lärmschutzwand entlang von Autobah-
395 nen und Gleisen mit Photovoltaikpanels ausstatten wer-
396 den. Für uns nur ein Beispiel dafür, wie wir das ganze
397 Land systematisch nach Chancen für mehr erneuerbare
398 Stromproduktion absuchen wollen.

399

400 Zentral für den Erfolg der Energiewende ist Tempo. Teil-
401 weise über 10 Jahre gehende Planverfahren gefährden
402 eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Ener-
403 gie. Mit der Einrichtung von Beschleunigungszentren
404 und Service-Centern für die kommunalen Genehmi-
405 gungsbehörden wollen wir die Bearbeitung von Geneh-
406 migungsanträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz
407 und die rechtssichere Ausweisung von Zonen für die
408 Windenergienutzung erleichtern und deutlich schneller
409 machen. Hier soll überregional Expertise zusamme-
410 gezogen werden, um Behörden auf Gemeinde- und Kreis-
411 ebene zu entlasten und Planung und Genehmigung zu
412 unterstützen. Für die wichtigsten Infrastrukturprojek-
413 te unserer Zeit schaffen wir damit Beschleunigung und
414 mehr Rechtssicherheit.

415

416 **Eine nachhaltige Industriepolitik für NRW**

417

418 Der durch die Transformation einhergehende Struktur-

419 wandel muss mehr sein als ein „Reparaturbetrieb“. Er
420 muss eingebettet sein in eine aktive Industrie- und Wirt-
421 schaftspolitik in Nordrhein-Westfalen, die auf Innova-
422 tionen, Mittelstand, Investitionen und junge Gründerin-
423 nen und Gründer setzt sowie gleichzeitig Infrastrukturu-
424 ren aufbaut und Rationalisierungen sozial abfedert. Von
425 unserer Konkurrenz unterscheidet uns, dass wir Klima-
426 schutz beherzt angehen, ohne in Opposition zu Wirt-
427 schaftswachstum zu stehen. Es muss jetzt darum ge-
428 hen, dass NRW nicht nur ein Industrieland bleibt, son-
429 dern klar Industrieland Nr.1 in Deutschland für moder-
430 ne, zukunftsfähige Industrieunternehmen ist. Für diese
431 Transformation braucht es einen starken Staat, der ei-
432 nen klaren politischen Korridor für die ökologisch nach-
433 haltige Transformation der Industrie aufmacht. Dafür
434 braucht es den Aufbau von Leitmärkten für klimaneutra-
435 le Grundstoffe unter anderem durch verbindliche Recy-
436 clingquoten, unabhängige Labels für klimaneutrale und
437 sozialverträgliche Produkte und Verfahren sowie Inno-
438 vationsausschreibungen, zum Beispiel bei öffentlichen
439 Bauten oder bei Technikbeschaffung.

440

441 In Europa ist Duisburg immer noch die Stahlstadt Num-
442 mer eins. In keiner anderen Region als in Nordrhein-
443 Westfalen können derzeit in einem über Jahrzehnte eta-
444 blierten räumlichen Verbund die Stahlproduktion, die
445 Logistik und die nachgelagerte Metallverarbeitung effi-
446 zient zusammenwirken. Die 47.600 Menschen, die heu-
447 te in der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen beschäf-
448 tigt sind, stehen für Innovationskraft und Wettbewerbs-
449 fähigkeit. Ohne die Stahlindustrie in NRW könnten wei-
450 te Teile des Automobil- und Maschinenbaus nicht mehr
451 unabhängig von China, Russland oder Korea den Grund-
452 stoff Stahl für ihre Produkte einsetzen.

453

454 Tatsache ist, dass Stahl, egal wo auf der Welt, in Zu-
455 kunft ohne Kohle produziert werden wird. Die Frage ist
456 nur, wann und wer dabei am schnellsten ist. Damit wir
457 vorn dabei sind, muss die Produktion bei uns gehalten
458 werden, damit wir sie zügig umbauen können. Die Lö-
459 sung dafür heißt Wasserstoff. Wasserstoff ist nicht nur
460 Speichermedium, sondern kann in Produktionsprozes-
461 sen wie der Direktreduktionsverfahren zur Stahlerzeu-
462 gung und in der chemischen Industrie direkt als Roh-
463 stoff eingesetzt werden. Auch für die chemische Indus-
464 trie birgt die Umstellung auf Wasserstoff große Chan-
465 cen.

466

467 Die Region Rhein-Ruhr ist schon heute ein Reallabor für
468 die industrielle Anwendung von Wasserstoff und unter
469 anderem Standort des neuen Technologie- und Innova-
470 tionszentrums Wasserstoff (TIW) des Bundes. In keinem
471 anderen Bundesland konzentriert sich derzeit die Wert-

472 schöpfungskette der Wasserstoff- und Brennstoffzellen-
473 technologie in den Bereichen Mobilität (Logistik) und In-
474 dustrie (Stahl) so, wie in Nordrhein-Westfalen. Die Regi-
475 on kann und sollte daher zum Wasserstoffzentrum für
476 Deutschland werden. Deshalb brauchen wir auch ein
477 Pipeline-Netz, durch das wir den Wasserstoff im ganzen
478 Land leiten können, statt ihn nur mit LKWs, Binnenschif-
479 fen oder Zügen zu transportieren.

480

481 Es geht bei der Transformation von Nordrhein-
482 Westfalen zum Wasserstoffland Nr. 1 aber nicht nur um
483 technologische Fragen, sondern auch um die Bindung
484 und Ausbildung von Fachkräften. Insofern ist die Schaf-
485 fung eines Ausbildungszentrums zur Qualifizierung von
486 Fachkräften für den Umgang mit H2-Technologien und
487 den H2-Anwendungen ein ebenso wichtiger weiterer
488 Schritt.

489

490 **Unternehmen gründen und erfolgreich machen**

491

492 Die großen Veränderungen unserer Zeit sind die Spiel-
493 felder für neue Ideen, neue Unternehmen und neue
494 Technologien. Wir wollen, dass dieses neue wirtschaftli-
495 che Spiel möglichst viele Gewinnerinnen und Gewinner
496 hervorbringt. Wir finden Unternehmergeist und Grün-
497 dungswille ist unsere ganze Unterstützung wert. Start
498 Ups sind gut, denn Unternehmerinnen und Unterneh-
499 mer übernehmen Verantwortung für sich selbst und an-
500 dere. Wann immer sie diese Verantwortung zum Woh-
501 le von Gesellschaft, Umwelt sowie Arbeitnehmerinnen
502 und Arbeitnehmern einsetzen, ist unternehmerisches
503 Engagement ein Gewinn für uns alle.

504

505 In Nordrhein-Westfalen gibt es schon heute bewähr-
506 te Finanzierungs- und Beratungshilfen, um den Erfolg
507 junger Unternehmen zu unterstützen. Diese Unterstüt-
508 zung entlässt uns als Politik aber nicht aus der Verant-
509 wortung, die Startbahnen für unternehmerischen Erfolg
510 freizuräumen. Wir wollen, dass junge Unternehmer und
511 Unternehmerinnen starten können und wenn es mal
512 zur Bruchlandung kommt, dann geben wir gerne eine
513 zweite, dritte oder immer neue Chance.

514

515 Viele Unternehmer und Unternehmerinnen wollen und
516 müssen Verantwortung für die sozialen Folgen ihres
517 Handelns übernehmen. Wir wollen die Verbindung von
518 wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen bei be-
519 stehenden Unternehmen, bei Gründungen und in neu-
520 en Rechtsformen stärker als bisher unterstützen und
521 fördern (social entrepreneurship). Dazu gehört auch ei-
522 ne auf soziales Unternehmertum ausgerichtete Förder-
523 kulisse sowie die Berücksichtigung sozial-ökologischer
524 Kriterien für öffentliche Ausschreibungen.

525

526 Für Startups von Frauen werden wir ein spezielles
527 Förderprogramm entwickeln und die vorhandenen
528 Gründungsberatungs- und Gründungsförderprogram-
529 me geschlechtergerechter gestalten.

530

531 **Lebenslang Karriere durch berufliche Bildung**

532

533 Wir wollen, dass alle Menschen mit ihrem Berufsweg
534 zufrieden sein können. Das bedeutet, dass man sich im
535 Leben verändern können muss. Nicht für jeden passt
536 der immergleiche Beruf für das ganze Leben. Viele Men-
537 schen wollen im Lauf des Lebens noch etwas Neues
538 lernen. Genau dafür schaffen wir das passende Ange-
539 bot. Mit Industrie- und Handelskammern, Handwerks-
540 kammern, Gewerkschaften, Volkshochschulen und der
541 Agentur für Arbeit wollen wir dafür sorgen, dass Weiter-
542 bildung und berufliche Neuorientierung jederzeit mög-
543 lich sind.

544

545 Außerdem wollen wir die Hochschulen in Nordrhein-
546 Westfalen systematisch für beruflich Qualifizierte öff-
547 nen und eine Ausweitung des berufs begleitenden Wei-
548 terbildungsangebots durch die nordrhein- westfäli-
549 schen Hochschulen anstoßen. Gerade die verstärkte
550 Einbindung von erfahrenen Berufstätigen bringt auch
551 Chancen für einen engeren Praxis- und Anwendungsbe-
552 zug in Forschung und Lehre mit sich.

553

554 Die handwerkliche Meisterausbildung, als zentralen Be-
555 standteil der Sicherung von Qualität und des beruflichen
556 Aufstiegs, werden wir deshalb stärken und gemein-
557 sam mit dem Handwerk Wege erarbeiten, bestehen-
558 de Zugangshürden abzubauen. Die Meisterausbildung
559 soll wie der Master an der Hochschule kostenfrei wer-
560 den. Das Land wird deshalb die Kosten übernehmen,
561 die Meistern bei ihrer Ausbildung nach Abzug des be-
562 währten Meister-BAföG und anderer Förderungen ent-
563 stehen. Gleichzeitig werden wir die Einrichtungen der
564 gemeinwohlorientierten Weiterbildung finanziell ver-
565 lässlich ausstatten. Dazu wollen wir die jährliche Etat-
566 steigerung von 2% der Weiterbildungsmittel im Gesetz
567 verankern. Darüber hinaus wollen wir die Entwicklungs-
568 pauschale und den Innovationsfond nun nach der Probe-
569 phase genau in seinen Wirkungen auswerten und, falls
570 dieser gehalten hat, was er verspricht, auch entfristen
571 und finanziell stärker ausstatten.

572

573 **Wirtschaftlicher Vorsprung durch gute Ausbildung**

574

575 Nicht nur die Weiterentwicklung im Beruf, sondern auch
576 der Einstieg ins Berufsleben soll glücklich machen. Der
577 Start ins Berufsleben soll motivieren und Ansporn bie-

578 ten, mehr erreichen zu wollen. Die erste Erfahrung jun-
579 ger Menschen mit dem Arbeitsmarkt soll es sein, ge-
580 braucht und gewollt zu sein.

581

582 Wir werden die duale Ausbildung attraktiver machen.
583 Das beginnt damit, dass wir den Übergang von der
584 Schule in den Beruf noch besser begleiten. Kein junger
585 Mensch wird auf der Strecke bleiben. Das Erfolgspro-
586 gramm „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“, das wir
587 als SPD gemeinsam mit den Grünen eingeführt haben,
588 wollen wir stärken und weiterentwickeln. Schülerinnen
589 und Schüler ohne Abschluss brauchen auch zweite, drit-
590 te oder immer neue Chance.

591

592 Jugendliche, die im Schul- und Ausbildungssystem
593 scheitern, fangen wir konsequent auf. Wer keinen Aus-
594 bildungsplatz trotz all unserer Maßnahmen findet, er-
595 hält die Chance zur Nachqualifizierung und ersten be-
596 ruflichen Erfahrungen. Hierfür werden wir das Konzept
597 der Produktionsschulen wiederaufnehmen und finan-
598 ziell langfristig absichern. Hier können Schulabschlüs-
599 se nachgeholt werden, Praxiserfahrung gesammelt und
600 ein Ausbildungsabschluss erzielt werden. Kein Jugendli-
601 cher bleibt in Nordrhein-Westfalen ohne Abschluss zu-
602 rück.

603

604 Eine gute Ausbildung ist ein überzeugender Weg zu ei-
605 nem Leben in Zufriedenheit. Deshalb werden wir eine
606 Ausbildungsplatzgarantie in Nordrhein-Westfalen ein-
607 führen. Finanziert wird diese, indem Betriebe, die aus-
608 bilden unterstützt werden und Betriebe, die nicht aus-
609 bilden, die Kosten tragen. So schaffen wir Anreize für
610 mehr Ausbildungsplätze und stellen sicher, dass die Un-
611 ternehmen, die in die Ausbildung von Fachkräften in-
612 vestieren nicht allein das Risiko tragen. Alle Unterneh-
613 men brauchen Fachkräfte, aber nur einige bilden sie aus.
614 Daher stärken wir die Konkurrenzfähigkeit ausbildender
615 Betriebe und helfen ihnen beim wirtschaftlichen Erfolg.
616 Ein erster Schritt dahin wird die subsidiäre Finanzierung
617 außerbetrieblicher Ausbildung sein, mit der Perspektive
618 des Übergangs in betriebliche Ausbildung, wie es in Ös-
619 terreich bereits seit Jahren erfolgreich stattfindet.

620

621 Ergänzend wollen wir die Gründung einer gemeinnützi-
622 gen GmbH des Landes vorbereiten, die in Regionen als
623 Ausbildungsverbund agiert, wo bisher keine Verbünde
624 existieren. Denn Digitalisierung und ökologische Trans-
625 formation werden nur real, wenn sie von gut ausgebil-
626 deten Fachkräften umgesetzt werden.

627

628 Überall in Deutschland herrscht Fachkräftemangel. Des-
629 halb ist es eine Chance für Nordrhein-Westfalen sich mit
630 höheren Ausbildungsquoten und besserer Ausbildungs-

631 qualität wirtschaftliche Vorteile zu erarbeiten. Wir wis-
632 sen, dass Regionen in Deutschland in Konkurrenz zu-
633 einanderstehen und setzen alles daran, dass Nordrhein-
634 Westfalen dabei gut abschneidet. Deshalb investieren
635 wir in attraktive Berufsschulen als Lehr- und Lernorte.

636

637 Die Berufskollegs in Nordrhein-Westfalen werden wir
638 bestmöglich technisch wie personell ausstatten. Mit
639 unserem Programm „Gute Berufsschule 2030“ werden
640 wir binnen weniger Jahre alle Berufsschulen sanieren,
641 modernisieren und digitalisieren können. Berufsschulen
642 sollen Transformationszentren werden. Orte, an denen
643 man als Azubi stolz ist, zu lernen und die eingestellt sind
644 auf immer neu entstehende Berufsbilder.

645

646 Für die beste Ausbildung brauchen wir auch die bes-
647 ten Lehrkräfte. Ganz Deutschland wirbt um Lehrerinnen
648 und Lehrer und wir wollen mit Qualität überzeugen. Wir
649 werden die Zahl der Studienstandorte für das Berufs-
650 schullehramt erhöhen. Auch die Hochschulen für an-
651 gewandte Wissenschaften sollen Lehrerinnen und Leh-
652 rer ausbilden. An neuen und alten Studienorten wollen
653 wir die Studieninhalte praxisnäher ausrichten, damit die
654 Abbruchquote unter Berufsschullehramtsstudierenden
655 sinkt. Gleichzeitig verbessern wir die Arbeitsbedingun-
656 gen an den Berufsschulen durch mehr Familienfreund-
657 lichkeit und durch eine Abkehr von starren Laufbahn-
658 Mustern.

659

660 Nicht zuletzt werden wir dafür sorgen, dass Auszubil-
661 dende Studierende gleichgestellt werden. Wir werden
662 ein günstigeres Azubiticket mit besserer Leistung ein-
663 führen. Junge Auszubildende sollen genau wie Studie-
664 rende im Land mobil sein zu fairen Preisen. Dazu besei-
665 tigen wir versteckte Ausbildungskosten und fördern den
666 Bau von Azubiwohnheimen.

667

668 Wir finden eine berufliche Ausbildung sehr wertvoll. Sie
669 ist für viele junge Menschen der passende Anschluss an
670 die Schulzeit. Das trifft auch auf Jugendliche mit Abitur
671 zu. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Schulen im
672 Sinne der Profilbildung einen handwerklichen Zweig in
673 der gymnasialen Oberstufe einführen können.

674

675 Die öffentliche Anerkennung für handwerkliche Berufs-
676 ausbildungen werden wir weiter befördern, indem wir
677 den Bachelor Professional ausbauen und modular er-
678 worbene Qualifikationen zusätzlich anerkennen.

679

680 Weil Eltern und Lehrerinnen und Lehrer wichtige An-
681 sprechpersonen für die Berufswahl sind, werden wir In-
682 formationskampagnen durchführen, die das Wissen die-
683 ser Gruppen um neue Berufsbilder und die Chancen des

684 Ausbildungsmarktes erhöht.

685

686 Uns freut, dass sehr viele junge Menschen mit Einwan-
687 derungsgeschichte erfolgreich in unserem Handwerk
688 sind. Sie sind eine wichtige Stütze des Erfolges der Be-
689 triebe im Land. Für viele ist die Berufsschule und die
690 Ausbildung der wichtigste Integrationsort und genau
691 deshalb nutzen wir eine Veränderung der Berufsschul-
692 pflicht, um diese Integrationsleistung weiter zu unter-
693 stützen.

694

695 **Wir stärken den sozialen und den inklusiven Arbeits-**
696 **markt**

697

698 Die Arbeit von morgen wird besser. Das bleibt unser Ziel
699 und es soll für alle gelten. Auch für Menschen, die heu-
700 te noch arbeitslos sind oder wenig Chancen auf dem Ar-
701 beitsmarkt haben. Wir wollen die Teilhabechancen von
702 Arbeitslosen auf dem allgemeinen und dem sozialen Ar-
703 beitsmarkt stärken.

704 Wir wollen mehr dafür tun, dass Menschen, die Unter-
705 stützung aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende
706 erhalten, Arbeit finden und auch langfristig behalten.
707 Dafür ist Qualifizierung der Schlüssel. Deshalb soll für
708 diejenigen, die keinen Abschluss haben, Qualifizierung
709 den Vorrang vor Vermittlung in Arbeit bekommen.

710

711 Wir werden neben den Bundesprogrammen zusätzlich
712 mit einem eigenen Landesprogramm in Höhe von acht
713 Millionen Euro den Sozialen Arbeitsmarkt, in den be-
714 sonders vom Strukturwandel und hoher Arbeitslosig-
715 keit betroffenen Regionen Nordrhein-Westfalens, stär-
716 ken. So geben wir dort Anschubfinanzierung, wo sich
717 noch viel entwickeln muss. Dabei denken wir Hil-
718 fen zusammen, indem wir die Schuldnerberatung in
719 Nordrhein-Westfalen konsequent, niederschwellig und
720 aufsuchend ausbauen, um auch den Menschen, die in
721 ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung durch
722 Schulden gehemmt sind, einen Ausweg zu ermöglichen.

723

724 Wir werden den inklusiven Arbeitsmarkt mit eigenen
725 landesweiten Programmen unterstützen und ausbauen.
726 Dazu gehört insbesondere die vermehrte Vergabe an in-
727 klusive Unternehmen.

728

729 Wir werden die Arbeitslosenzentren und Erwerbslosen-
730 beratungsstellen weiter fördern und ihre Arbeit stärken.

731

732 **Wir stärken den Wirtschaftsstandort „ländlicher Raum“**

733

734 Rund sechs Millionen Menschen bzw. ein Drittel der Be-
735 völkerung in Nordrhein-Westfalen leben auf dem Land.
736 Und das Leben auf dem Land gewinnt weiter an At-

737 traktivität. Der Trend hat sich seit Beginn der Corona-
738 Pandemie nochmal verstärkt. Auch weil sich die länd-
739 lichen Räume in den letzten Jahrzehnten deutlich ver-
740 ändert haben. Zwar prägen Land- und Forstwirtschaft
741 noch immer das landschaftliche Bild, sie dominieren
742 aber nicht mehr das wirtschaftliche und soziale Leben
743 vor Ort.

744

745 Die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen sind heu-
746 te wichtige Industriestandorte, in denen viele Welt-
747 marktführer für industrielle Produkte zuhause sind.
748 Auch die gewerbliche Wirtschaft ist hier in den letz-
749 ten Jahrzehnten um circa 50 Prozent gewachsen, in den
750 nicht ländlichen Räumen lediglich um circa 30 Prozent.
751 Dörfer und kleine Städte in NRW boomen – es wird da-
752 her Zeit, dass die Landespolitik diese Entwicklung aktiv
753 befördert!

754

755 Wir als SPD verstehen uns als starker Partner des ländli-
756 chen Raums. Wir sind nicht allein auf die Großstädte fo-
757 kussiert, sondern erkennen auch die Stärken des Dorfs
758 für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

759

760 Wir wollen den Wirtschaftsstandort ländlicher Raum
761 mit seinem Leistungsvermögen und mit seinen Innova-
762 tionspotenzialen stärken. Deshalb setzen wir darauf, re-
763 gionale Förderprogramme aufzusetzen. Wir wissen ganz
764 genau, dass nicht jede Gegend in Nordrhein-Westfalen
765 die gleichen Dinge braucht und deshalb organisieren wir
766 Förderung passgenau statt landeseinheitlich.

767

768 Der wirtschaftliche Boom des ländlichen Raums sorgt
769 für einen wachsenden Bedarf an Fachkräften. Genau
770 deshalb fördern wir die Ausbildung flächendeckend in
771 NRW. Genau deshalb setzen wir auf Fachkräfteprogram-
772 me. Genau deshalb werden wir Hochschulen und Unter-
773 nehmen im ländlichen Raum vernetzen. Genau deshalb
774 wollen wir regionale Kooperationen fördern und werden
775 dafür sorgen, dass ländliche Räume enger mit den Bal-
776 lungszentren vernetzt werden.

777

778 Zudem wollen wir den Breitbandausbau beschleunigen,
779 Infrastrukturen und Daseinsvorsorge weiterentwickeln
780 sowie die Gesundheitsversorgung vor Ort sichern. Mehr-
781 funktionshäuser sowie Räume zur gemeinschaftlichen
782 Nutzung, wie Co-Working-Spaces, wollen wir fördern.
783 Wir wollen außerdem attraktive Lebensbedingungen
784 für Familien mit Kindern, für junge und ältere Menschen
785 schaffen – von guten Nahverkehrsmöglichkeiten über
786 frühkindliche Bildung bis hin zu guten Pflegeangebo-
787 ten –, die gerade in den ländlichen Räumen Nordrhein-
788 Westfalens dringend gebraucht werden.

789

790 Der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen mausert
791 sich zum zweiten industriellen Herz unseres Landes. Wir
792 rechnen damit, dass starke Unternehmen in Dörfern
793 und kleinen Städten zunehmend die Attraktivität dieser
794 Kommunen steigern, und deshalb braucht es auch die
795 passende Infrastruktur. Genau deshalb werden wir die
796 Schließung von Krankenhäusern vor Ort beenden. Der
797 ländliche Raum muss attraktiv sein, damit er weiter den
798 wirtschaftlichen Erfolg des Landes vorantreiben kann.

799

800 **2.2 ZUSAMMEN AUFWACHSEN IN NORDRHEIN-** 801 **WESTFALEN - STARKE FAMILIEN UND EIN GERECH-** 802 **TES BILDUNGSSYSTEM FÜR UNSERE KINDER UND** 803 **JUGENDLICHEN**

804

805 Haben Sie schon einmal ein Kind beobachtet, wie es
806 lernt? So neugierig erkundet es die ganze Welt. Alles ist
807 von Interesse, alles will verstanden werden. Genau die-
808 se Wissbegierigkeit wollen wir erhalten und fördern. Ler-
809 nen in NRW soll lehrreich sein und glücklich machen.

810

811 Das Lernen ist ein lebenslanger Prozess und er verläuft
812 bei jedem Menschen anders. Es ist wie beim „Laufen ler-
813 nen“: jedes Kind hat sein eigenes Tempo und seine ei-
814 gene Taktik. Einige stehen gleich wie eine eins und lau-
815 fen los, andere krabbeln vor und zurück, und wiederum
816 andere brauchen eine Hand, die sie hält, damit sie nicht
817 hinfallen.

818

819 Genauso muss auch unser Bildungssystem funktionie-
820 ren. Ein System, in dem jedem Kind die Hand gereicht
821 wird und in dem jedes Kind die passende Begleitung
822 zum erfolgreichen Schulabschluss findet. Dieses Ziel
823 wollen wir mit unserer Bildungspolitik erreichen: Dass
824 es jedes Kind schafft.

825

826 Alle Kinder verdienen, unabhängig von ihrer familiären
827 Herkunft oder ihrer Postleitzahl, auf ihrem Bildungsweg
828 Unterstützung dabei, ihren individuellen Weg zu finden,
829 ob mit oder ohne Umweg. Da, wo Kinder nicht fit genug
830 sind, verdienen sie Unterstützung, um den Anschluss
831 nicht zu verlieren. Und da, wo sie besonders fit sind, und
832 besondere Talente haben, müssen sie gefördert werden,
833 damit diese Talente nicht verloren gehen. Jedes Kind ist
834 ein Individuum und jedes Kind verdient, dass wir all sei-
835 ne Facetten betrachten und das Bildungssystem an sei-
836 nen individuellen Bedürfnissen ausrichten. Wir werden
837 allen Kindern ein Sprungbrett für ihr Leben bauen und
838 gleichzeitig ein Sprungtuch spannen, damit sie aufge-
839 fangen werden.

840

841 Viel in der Bildung entscheidet sich in der Familie und
842 deshalb wollen wir Bildung ganzheitlicher angehen.

843 Das, an Kitas erfolgreiche, Konzept der Familienzentren
844 wollen wir auch an Schulen ausbauen. Dort sollen alle
845 Angebote der Familienbildung und alle Unterstützungs-
846 programme gebündelt werden. Das erleichtert es Eltern,
847 den Bildungserfolg ihrer Kinder zu unterstützen.

848

849 Damit jedes Kind sein volles Potenzial entfalten kann,
850 schaffen wir einen Anspruch auf einen Bildungslotsen
851 aber der Geburt. Eine Person, die mit Rat und Tat zur Sei-
852 te steht, um das Erreichen der eigenen Ziele zu unter-
853 stützen. Ein zufriedenes Leben für jedes Kindes ist unser
854 Maßstab.

855

856 **Familien, die zusammenwachsen und Zeit füreinander**
857 **haben**

858

859 Für uns sind Familien dort, wo Kinder sind. Wir wollen
860 alle Familien, egal in welcher Konstellation, stärken und
861 ihnen mehr gemeinsame Zeit geben. Gleichzeitig wollen
862 wir Eltern ermöglichen, persönlichen beruflichen Erfolg
863 und eine glückliche Kindheit für ihr Kind übereinzubrin-
864 gen.

865

866 Mit einer Familienarbeitszeit wollen wir Familien er-
867 möglichen, Arbeitszeiten zu reduzieren und dennoch
868 nicht auf Einkommen verzichten zu müssen.

869

870 Dabei geht es uns vor allem darum, partnerschaftliche
871 Aufteilungen in der Betreuungs-Arbeit zu unterstützen.
872 Viele Eltern benötigen in den Randzeiten und zu frü-
873 her oder später Stunde weitere Betreuung für die Kin-
874 der. Diese soll im häuslichen Umfeld und zum Wohle des
875 Kindes stattfinden. Modelle wie beispielsweise die An-
876 gebote des Verbands alleinerziehender Mütter und Vä-
877 ter in Essen zur ergänzenden Kindertagesbetreuung zei-
878 gen, dass dadurch auch das Armutsrisiko vor allem von
879 Alleinerziehenden, spürbar gesenkt werden kann.

880

881 Damit Familien nach der Geburt eines Kindes ausrei-
882 chend Zeit zum Kennenlernen und Zusammenwachsen
883 haben, führen wir eine Partnerfreistellung nach der Ge-
884 burt ein. Um den Papierkram in den ersten Wochen des
885 Elternseins zu reduzieren, zum Beispiel beim Elterngeld,
886 wollen wir Familienbüros einführen, die sich um die An-
887 tragstellung in den ersten Lebenswochen kümmern und
888 Familien auch später bei der Beantragung von Leistun-
889 gen und dem Finden passender Angebote unterstüt-
890 zen. Das Angebot des Familienbüros kann auch bei den
891 neu an den Schulen geschaffenen Familienzentren an-
892 gedockt sein – damit Familien mehr Zeit für ihre Bedarfe
893 und Bedürfnisse haben.

894

895 **Bildung von Beginn an – Tagespflege und Kitas**

896

897 Länder, die im Bildungsvergleich sehr erfolgreich und in
898 der Familienpolitik sehr fortschrittlich sind, haben ei-
899 nes gemeinsam: Die Strategie, dass man in die kleinsten
900 Kinder am meisten investiert. Das heißt, dass der
901 Staat besonders viel Geld für die Unterstützungsleistungen
902 für junge Familien bereitstellt. Gerade für junge Familien
903 gibt es viele Herausforderungen, mit denen sie so
904 nicht allein gelassen werden.

905

906 Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung eines
907 Menschen besonders wichtig. Was in diesen frühen Jahren
908 nicht gefördert wird, kann in der Schule nur mit einem
909 hohen Ressourcenaufwand wieder aufgeholt werden. Bildung
910 und somit Chancengleichheit beginnt also schon in der
911 frühkindlichen Bildung

912

913 Damit wir alle Kinder schon in frühen Lebensjahren einen
914 Anschlag für ein gelingendes Leben geben, braucht es den
915 Ausbau von Frühförderstellen sowie ein Gesetz für die
916 frühkindliche Bildung, das die Finanzierung von Kitas und
917 Kindertagespflege und einen verbesserten Kind-Fachkraft-
918 Schlüssel beinhaltet. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt,
919 dass Alltagshelferinnen in der Kita, aber auch Mitarbeitende
920 aus anderen Professionen für die Entwicklung der Kinder
921 förderlich sind. Sie vermitteln grundlegende Sprachkenntnisse
922 bei den Kindern, deren Elternhäuser dies nicht leisten können.
923 Daher muss der derzeitige Sozialindex so weiterentwickelt
924 werden, dass es in Kitas, in denen besonders viel Unterstützungs-
925 bedarf besteht, mehr Personal gibt.

926

927 Eltern fragen sich, wie sie ihre Kinder bestmöglich fördern
928 können und suchen nach passenden Antworten. Deshalb wollen
929 wir gute Familienbildung in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.

930

931 Auch der bedarfsgerechte Ausbau der Kitas ist ein zentrales
932 Element dafür, dass Kinder einen guten Start ins Leben haben.
933 Das heißt, dass wir den Negativrekord der aktuellen Landesregierung
934 auf den Kopf stellen wollen. Statt wie zuletzt nur 3.349 neue
935 Plätze für Unterdreijährige durch die Landesregierung, werden
936 wir für jedes Kind das passende Angebot schaffen. Es gilt: Jedes
937 Kind braucht eine faire Chance. Diese Chance für jedes Kind
938 ist es wert; darf aber niemals einen Preis haben. Für uns ist es
939 selbstverständlich, dass Bildung nicht vom jeweiligen Geldbeutel
940 oder vom jeweiligen Wohnort abhängen darf. Wir wollen, dass
941 Eltern bei der Entscheidung, ob und wie lange sie einen Kita-
942 Platz für ihr Kind in Anspruch nehmen, nicht als Erstes an die
943 Gebühren denken müssen. Mit uns wird es eine umfängliche
944 Gebührens-freiheit geben.

949

950 Nur wenn in den Kitas genug Personal zur Verfügung
951 steht, können sie ihre wichtige Arbeit zur Zufriedenheit
952 aller leisten. Deshalb stellen wir die Kita-Finanzierung
953 neu auf. Statt Pauschalen für Belegungs- und Buchungs-
954 zeiten stellen wir Kitas so aus, dass sie keinen enormen
955 bürokratischen Aufwand mehr haben, um Geld zu bean-
956 tragen und abzurechnen. So bleibt mehr Zeit für jedes
957 Kind.

958

959 Nötig ist ein Kita-Zukunftsgesetz für Nordrhein-
960 Westfalen, das das Kindeswohl in den Mittelpunkt
961 stellt. Wir wollen eine Einrichtungsfinanzierung mit
962 einem verbesserten Personalschlüssel, der sich an
963 realen Öffnungszeiten orientiert, Erzieherinnen und
964 Erzieher entlastet und die Betreuungsqualität deutlich
965 verbessert. Um das Berufsbild der Erziehungsberufe
966 weiter zu stärken, wollen wir im System mehr Auf-
967 stiegsmöglichkeiten schaffen. Dies kann über weitere
968 Funktionsstellen, beispielsweise für Sprachförderung
969 oder Kinderschutz geschehen. Mehr pädagogisches Per-
970 sonal pro Gruppe ermöglicht eine bessere individuelle
971 Förderung der Kinder und sorgt so für mehr Chan-
972 cengleichheit und sozialen Aufstieg. Dafür brauchen
973 wir Kita-Helferinnen und -Helfer und Kita-Kaufleute.
974 Letztere entlasten die Leitung bei der administrativen
975 nicht pädagogischen Arbeit. Erstere knüpfen an die All-
976 tagshelferinnen und Alltagshelfer an und unterstützen
977 auf der einen Seite die Einrichtungen, auf der anderen
978 Seite sind sie auch Sprungbrett für die Ausbildung zur
979 pädagogischen Fachkraft und damit eine gute Chance
980 zur Überwindung des Fachkräftemangels.

981

982 **Guter Ganzttag bedeutet gute Bildung**

983

984 Ab 2026 kommt der Rechtsanspruch auf einen Offenen
985 Ganztagsschulplatz (OGS). Wir haben dafür gekämpft,
986 weil dieser Rechtsanspruch wichtig ist für Familien. Er
987 macht das Leben für Familien leichter, befördert die be-
988 rufliche Entwicklung von Eltern und ist gut für das Ler-
989 nen der Kinder. Eine große Aufgabe, die alle Mühe wert
990 ist!

991

992 Dieser Anspruch muss vorbereitet werden. Schätzun-
993 gen gehen davon aus, dass Nordrhein-Westfalen bis zu
994 200.000 zusätzliche OGS-Plätze inklusive Räume und
995 Personal braucht. Außerdem müssen wir die Ausgestal-
996 tung des Ganztags diskutieren, und zwar in einem Dia-
997 logprozess mit den Kommunen, den Trägern, den Schu-
998 len, den Beschäftigten und natürlich den Eltern. In je-
999 dem Fall muss deutlich mehr Geld in den Ganzttag inves-
1000 tiert werden.

1001

1002 Fast alle Grundschulen in Nordrhein-Westfalen sind Of-
1003 fene Ganztagschulen, aber OGS wird nicht überall als
1004 ganzheitliches Schulangebot betrachtet und gelebt. In
1005 vielen Köpfen und Einrichtungen gibt es nach wie vor ei-
1006 ne Trennung zwischen Schule und OGS, die wir endlich
1007 aufheben müssen.

1008

1009 Der Ganzttag muss verlässlicher werden. Zurzeit sind die
1010 Unterschiede von Schule zu Schule enorm, und das kann
1011 nur durch verbindliche Standards gelöst werden. Genau
1012 deshalb führen wir diese ein. Bis heute ist der Ganzttag
1013 nicht klar als Bildungsangebot definiert. Das werden wir
1014 ändern. Wir schaffen ein Ganzttagsgesetz mit Mindest-
1015 standards für die Qualität des Personals, der Räume, der
1016 Angebote wie auch des Mittagessens. Es muss selbstver-
1017 ständlich werden, dass der Ganzttag im ganzen Land ein
1018 Bildungsangebot auf gleichem, hohem Niveau ist.

1019

1020 Schulen – und damit auch Ganzttagsschulen – müssen
1021 gute Arbeitsplätze sein. Wir brauchen ein Fachkräftege-
1022 bot, müssen dabei aber sicherstellen, dass das Bestands-
1023 personal fortgebildet werden kann. Die Beschäftigten
1024 müssen gute, sichere und unbefristete Arbeitsverträ-
1025 ge erhalten. Sie brauchen Arbeitsplätze in der Schu-
1026 le und Zeit zur Vor- und Nachbereitung sowie für Be-
1027 sprechungen. Der Ganzttag funktioniert dort am besten,
1028 wo es einen guten Wechsel zwischen Anstrengung und
1029 Entspannung, zwischen Ruhe und Bewegung, zwischen
1030 Konzentration und Zerstreuung gibt und wo Beschäf-
1031 tigte aller Professionen an einem Strang ziehen, weil
1032 sie sich als Team verstehen. Guter Ganzttag wirkt über
1033 das Schulgebäude hinaus. Ideal ist die Zusammenarbeit
1034 mit Vereinen und Einrichtungen, zum Beispiel aus dem
1035 Sportbereich und der Kultur. Diese Ausrichtung werden
1036 wir fördern und zum Standard machen.

1037

1038 Die Interessen der Familien sind wichtig, denn es geht
1039 um ihre Kinder. Um für Familien eine Entlastung zu sein,
1040 muss der Ganzttag in seinen Kernzeiten kostenfrei wer-
1041 den. Im weiteren Beratungsprozess müssen die Erwar-
1042 tungen der Eltern an einen guten Ganzttag eine zentrale
1043 Rolle spielen.

1044

1045 Wir wollen Schule, Ganzttag und Familienzentrum zu-
1046 sammendenken und so Bildung, Erziehung und Betreu-
1047 ung miteinander verknüpfen.

1048

1049 **Kinder schützen und stärken**

1050

1051 Kinder haben unseren Schutz verdient. Deshalb sorgen
1052 wir für einheitliche Strukturen für den Kinderschutz. Ju-
1053 gendämter werden landesweit gleich ausgestattet sein.
1054 Die Zusammenarbeit zwischen Behörden wird einheit-

1055 lich geregelt und der Kinderschutz wird fester Bestand-
1056 teil bei Aus- und Fortbildungen in entsprechenden Be-
1057 rufgruppen. Das ist ein großer Wurf für besseren Kin-
1058 derschutz.

1059

1060 Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des
1061 Kinderschutzes abbilden und uns dabei deutlich von ei-
1062 ner Fokussierung allein auf die Jugendhilfe distanzie-
1063 ren. Dazu gehört auch die gemeinsame Entwicklung von
1064 Schutzkonzepten mit den Kindern und Jugendlichen in
1065 den Einrichtungen und Bildungsinstitutionen. Das wol-
1066 len wir in einem Kinderschutzgesetz fortlaufend weiter-
1067 entwickeln.

1068

1069 **Freiräume und politische Mitbestimmung für Kinder** 1070 **und Jugendliche**

1071

1072 Kindheit und Jugend sind für uns eigenständige Lebens-
1073 phasen. Diese müssen folgerichtig auch eigenständige
1074 Politikbereiche haben. Deshalb entwickeln wir eine ein-
1075 mischende Kinder- und Jugendpolitik. Kinder und Ju-
1076 gendliche haben ein Recht darauf, ihre Interessen ein-
1077 zubringen und an Entscheidungsprozessen beteiligt zu
1078 werden. Die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und
1079 jungen Erwachsenen haben für uns oberste Priorität.

1080

1081 Junge Menschen brauchen Freiräume. Sie benötigen
1082 freie Zeit, um selbstbestimmt Erfahrungen zu sammeln,
1083 sich eine eigene Meinung zu bilden und sich zu engagie-
1084 ren. Jugendliche und junge Erwachsene sind eben nicht
1085 nur Schülerinnen und Schüler, Azubis oder Studieren-
1086 de. Bildung findet auch außerhalb dieser institutionel-
1087 len Kontexte statt. Die Kinder- und Jugendverbände, die
1088 Freie Wohlfahrt und die offene Kinder- und Jugendar-
1089 beit sind für uns wichtige Partner, wenn es darum geht,
1090 jungen Menschen diese Freiräume zu ermöglichen. Dies
1091 haben sie zuletzt eindrucksvoll in der Corona-Pandemie
1092 und bei der Arbeit mit jungen Geflüchteten unter Be-
1093 weis gestellt.

1094

1095 Wir werden den Kinder- und Jugendförderplan in die-
1096 sem Sinne weiterentwickeln und besser finanziell aus-
1097 statten. Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachse-
1098 nen auf Augenhöhe zu begegnen, ist elementar für ih-
1099 re positive Entwicklung. Altersgerechte Mitsprache und
1100 Teilhabe in allen Belangen und Bildungsinstitutionen,
1101 stärkt ihren Selbstwert und ihre Resilienz. Gleichzeitig
1102 ist Kinder- und Jugendbeteiligung ein Weg, demokra-
1103 tische Teilhabe von Anfang an zu leben. Wir werden
1104 deshalb in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam
1105 mit den Jugendverbänden eine Strategie für eine ein-
1106 mischende Kinder- und Jugendpolitik auf Landesebe-
1107 ne verwirklichen und als Querschnittsaufgabe struktu-

1108 rell, krisenfest und verbindlich verankern. Dazu gehö-
1109 ren für uns niedrigschwellige Beteiligungsformate so-
1110 wie ein Kinder- und Jugendcheck in Gesetzgebungsver-
1111 fahren. Wir wissen: Echte Partizipation funktioniert nur,
1112 wenn wir jungen Menschen auch Gestaltungsmacht ge-
1113 ben.

1114

1115 **Guter Start ins Leben für alle Kinder**

1116

1117 Jedes Kind soll sein volles Potential erfüllen können. Wo
1118 familiäre, soziale oder kulturelle Ausgangssituationen
1119 dem im Weg stehen, räumen wir den Weg frei. Hier leis-
1120 ten Familienzentren hervorragende Arbeit. Familienz-
1121 tren sind Orte, an denen Familien gebündelt Informa-
1122 tionen und Angebote bereitgestellt bekommen. Sie för-
1123 dern Kinder individuell und unterstützen Familien um-
1124 fassend. Viele Kitas gehen hier schon mit gutem Beispiel
1125 voran. Wir wollen dieses Konzept an allen Grundschulen
1126 ermöglichen.

1127

1128 An diesen Grundschulen sollen Förder- und Hilfsange-
1129 bote unter einem Dach vereint werden. Auch die El-
1130 tern sollen gut begleitet werden. Ein wichtiges Instru-
1131 ment dafür ist die Familienbildung, dazu gehören un-
1132 ter anderem niedrigschwellige Formate des Austauschs,
1133 Spielgruppen, Forschungsprojekte oder Familienfreizei-
1134 ten. Zur Stärkung der Familienbildung im Sozialraum ist
1135 nicht nur eine sichere Förderung der Maßnahmen, son-
1136 dern auch eine gute Verzahnung der Arbeit der einzel-
1137 nen Träger und der Familienzentren notwendig. Das hilft
1138 auch Kommunen und Quartieren, die besonders stark
1139 von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind:
1140 Kein Kind soll aufgrund des Wohnorts oder der finenzi-
1141 ellen Situation der Eltern benachteiligt sein. Alle Kinder
1142 starten mit uns gut ins Leben.

1143

1144 Schülerinnen und Schüler können nur dort erfolgreich
1145 lernen, wo sie sich geborgen und sicher fühlen. Wir wol-
1146 len, dass alle Schulen die Möglichkeit haben, ihre Schü-
1147 lerinnen und Schüler individuell zu fördern und zu ei-
1148 nem Abschluss führen. Wir brauchen eine Kultur des
1149 Auffangens und Behaltens. Jede Schule muss das Ziel
1150 haben, die aufgenommenen Kinder auch zu behalten.
1151 Wenn ein Kind die Schule verlassen muss – wenn es
1152 abgeschult wird – hinterlässt das Narben auf der See-
1153 le. Wir brauchen eine neue Schulkultur, in der das ein-
1154 zeln Kind im Mittelpunkt steht. Wir wollen uns bei
1155 der Förderung nicht an den Defiziten orientieren. Wir
1156 müssen Stärken stärken und Schwächen schwächen. Die
1157 ausführliche Beschreibung von erworbenen Kompeten-
1158 zen jenseits von Schulnoten, die an einigen Schulen in
1159 Nordrhein-Westfalen die Zeugnisse ergänzen, sind ein
1160 richtiger Beitrag, um eine fördernde Lernkultur zu schaf-

1161 fen.

1162

1163 Wir wollen jedes Kind mit seinen Talenten fördern und
1164 fordern. Deshalb werden wir kommunale Bildungslo-
1165 tinnen und Bildungslotsen überall vor Ort einführen. Sie
1166 sollen dabei helfen, Schulabbrüche aktiv und frühzeitig
1167 zu verhindern. Vor allem aber sollen die Bildungslotsin-
1168 nen und Bildungslotsen unseren Kindern und Jugendli-
1169 chen helfen, ihren Kurs zu halten und zu ihrem selbst ge-
1170 setzten Ziel zu finden: Mit uns wird künftig jedes Kind
1171 einen Anspruch auf ein Bildungslotsen-Angebot haben!
1172

1173 Wir nehmen die Herausforderungen an. Deshalb wollen
1174 wir Bildungseinrichtungen, die in besonders herausfor-
1175 dernden Lagen sind, besonders helfen. Dort, wo die Lern-
1176 und Lebenssituation der Kinder instabil ist, müssen Bil-
1177 dungseinrichtungen ein stabiler Lebensraum sein und
1178 bedarf daher mehr personeller Unterstützung durch
1179 Fachkräfte und multiprofessionelle Teams (bestehend
1180 aus verschiedenen pädagogischen Fachkräften). Dafür
1181 braucht es deutlich mehr Geld. Wir wollen daher einen
1182 Sozialindex für unsere Bildungseinrichtungen einfüh-
1183 ren, der den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort und
1184 der Lebenswirklichkeit der Kinder entspricht. Wir schaf-
1185 fen gleiche Chancen für alle durch Schwerpunktsetzung,
1186 wo es sie braucht.

1187

1188 Für den schulischen Bereich werden wir 1000 Schulen in
1189 besonders herausfordernden sozioökonomischen Lagen
1190 in einem ersten Schritt mit zusätzlichen personellen und
1191 sachlichen Mitteln ausstatten.

1192

1193 Ein gehaltvolles Mittagessen für die gesundheitliche
1194 Entwicklung unserer Kinder sehr wichtig und darf nicht
1195 vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb kochen
1196 wir Mittagessen in den Bildungseinrichtungen nach
1197 Standard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Für
1198 die Kinder, deren Eltern es sich nicht leisten können ger-
1199 ne kostenfrei. In einem ersten Schritt wollen wir hier
1200 die Bildungseinrichtungen an Standorten mit besonde-
1201 ren Herausforderungen berücksichtigen. Im Rahmen ei-
1202 nes pädagogischen Konzepts und der eigenen Schwer-
1203 punktsetzung wollen wir diesen Kitas und Schulen die
1204 Möglichkeit geben, hier einen Schwerpunkt zu setzen.

1205

1206 Jedes Kind, das in eine Bibliothek geht, macht etwas
1207 richtig. Jedes Engagement im Verein stärkt Kinder. Des-
1208 halb brauchen Kinder Zugänge zu Vereinen und Biblio-
1209 theken, und zwar ohne finanzielle Hürden. Damit jedes
1210 Kind unabhängig von der finanziellen Ausgangslage Zu-
1211 gang zu Wissen erhält, sei es in Form eines Buchs oder
1212 auch digitaler Medien, wird jedes Kind einen kostenfrei-
1213 en Büchereiausweis bis zum Ende der Schulzeit erhalten.

1214

1215 Zu einer gerechten Welt gehört auch, dass wir Gesetze
1216 nicht nur daran messen, welche Bürokratiekosten durch
1217 sie entstehen, sondern auch, ob und in welcher Weise
1218 unsere Kinder davon betroffen sind. Die Auswirkungen
1219 von Gesetzgebungsvorhaben wollen wir daher zukünf-
1220 tig einer Bewertung unterziehen, inwieweit das Vorha-
1221 ben sich auf Kinder und Jugendliche auswirkt.

1222

1223 Frühe Entscheidungen über Bildungskarrieren führen in
1224 die Irre. Schulen, die die Begegnung und den Austausch
1225 zwischen unterschiedlichen Milieus fördern und länge-
1226 res gemeinsames Lernen ermöglichen sind hilfreich, den
1227 Bildungserfolg vom Status der Eltern abzukoppeln. Un-
1228 sere Gesamtschulen haben dies in den letzten 50 Jah-
1229 ren Zusammenhalt gefördert und beeindruckende Erfol-
1230 ge für den Bildungsaufstieg und die Chancengleichheit
1231 in Nordrhein-Westfalen vorzuweisen. Wir wollen unab-
1232 hängig von der jeweiligen Schulform allen Schülerinnen
1233 und Schülern den Weg hin zum Abitur ermöglichen.

1234

1235 **Mehr Personal für mehr Chancengleichheit**

1236

1237 Unterricht ist gut, wenn er stattfindet. Deshalb machen
1238 wir Schluss mit dem Unterrichtsausfall! Dafür ist gu-
1239 tes und zufriedenes Personal das Fundament. Wir brau-
1240 chen dringend mehr multiprofessionelle Teams in Form
1241 von: Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erzie-
1242 hern, Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern, Schulso-
1243 zialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, Sonderpäd-
1244 agoginnen und Sonderpädagogen, Pädagoginnen und
1245 Pädagogen, Kindheitspädagoginnen und Kindheitspäd-
1246 agogen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen,
1247 Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Kranken-
1248 pflegern und Therapeutinnen und Therapeuten. Die-
1249 se können sich gegenseitig unterstützen und vertreten
1250 und Kindern und Jugendlichen bestmögliche Lernum-
1251 gebungen bieten. In diesem Zusammenhang muss die
1252 Schulsozialarbeit gesichert und versteigt werden. Gutes
1253 Personal bekommt man nur, wenn die Rahmenbedin-
1254 gungen stimmen. Dafür wollen wir Ungerechtigkeiten
1255 im System beseitigen und zeitgemäße Voraussetzungen
1256 schaffen: Frühkindliche Bildung wird mit uns aufgewer-
1257 tet werden, die praxisintegrierte Ausbildung, die Fort-
1258 und Weiterbildung wird verbessert und ausgebaut wer-
1259 den. Es sind neue Aufgabenfelder in Kita und Schule ent-
1260 standen. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung für pädago-
1261 gisches Personal muss den gesellschaftlichen Heraus-
1262 forderungen wie Vielfalt, Antidiskriminierung, Digitali-
1263 sierung und Verbraucherschutz Rechnung tragen. Ins-
1264 besondere die Anerkennung von Berufserfahrungen für
1265 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger werden wir
1266 überarbeiten. Für das gesamte Personal bedarf es einer

1267 Chance auf einen beruflichen Aufstieg und einer guten
1268 Bezahlung.

1269

1270 Wir brauchen jetzt eine Personaloffensive. Diese muss
1271 gemeinschaftlich von den Berufskollegs und den Hoch-
1272 schulen gestaltet werden. Es gilt, alle Schulen entspre-
1273 chend ihren Bedarfen mit engagiertem und qualifizier-
1274 tem Personal für die zukünftigen Herausforderungen
1275 auszustatten. Dazu gehören auch beispielsweise die
1276 Werkstattlehrkräfte, die Expertise aus dem Handwerk
1277 mit pädagogischen Kompetenzen verbinden. Für die Zu-
1278 kunft wollen wir berufliche Kompetenzen und Abschlüs-
1279 se bei der Anerkennung für den Lehrberuf stärker be-
1280 rücksichtigen. Alle Lehrkräfte müssen den gleichen Lohn
1281 beim Eingangsgehalt verdienen. Zudem werden wir die
1282 Studienplätze für Lehramt, Sonderpädagogik und Sozi-
1283 alpädagogik massiv ausbauen und die Zugangsvoraus-
1284 setzungen sinnvoll anpassen, um mehr Lehrkräfte und
1285 pädagogisches Fachpersonal ausbilden zu können.

1286

1287 **Schulen, in denen Kinder keine Probleme sind**

1288

1289 Wir wollen Schulen, in der Kinder mit geistigen oder
1290 emotionalen Herausforderungen jederzeit willkommen
1291 sind. Nicht die Kinder und ihre Eltern sind das Pro-
1292 blem, sondern die aktuellen Rahmenbedingungen. Ge-
1293 nau deshalb wollen wir diese ändern. Eine gute Schule
1294 ist eine, die weder den Lehrkräften noch Kindern oder
1295 Eltern Probleme bereitet, sondern sie löst. Eines ist klar:
1296 Die UN-Behindertenrechtskonvention gilt. Das ist für
1297 uns unverhandelbar und das bedeutet, dass es der Auf-
1298 trag der Politik ist, dafür zu sorgen, dass sie eingehalten
1299 werden kann.

1300

1301 Das Wichtigste dabei ist, sich jetzt zu kümmern und die
1302 Familien und Lehrkräfte zu unterstützen. Inklusion soll
1303 Teil jeder Schule sein. Dafür schaffen wir die passenden
1304 Voraussetzungen.

1305

1306 Wir wollen daher an jeder Schule in Nordrhein-
1307 Westfalen ein pädagogisches Zentrum mit Expertinnen
1308 und Experten einrichten. Dabei ist uns wichtig, dass
1309 diese Zentren keine Parallelstruktur werden. Hier der
1310 Lehrbetrieb und da das pädagogische Zentrum. Statt-
1311 dessen wollen wir eine inklusiv arbeitende Schule mit
1312 einem gemeinsamen Kollegium aus verschiedenen
1313 Professionen. Ein pädagogisches Zentrum bündelt
1314 die pädagogische und sonderpädagogische Expertise
1315 zu Unterricht und inklusiver Schulentwicklung. Es
1316 unterstützt die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer,
1317 die Fachlehrerinnen und Fachlehrer und die unterrich-
1318 tenden Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen
1319 und steht zur schulinternen Beratung zur Verfügung.

1320 Es koordiniert die Zusammenarbeit mit Externen von
1321 der Schulpsychologie über Therapeutinnen und The-
1322 rapeuten bis zur Jugendhilfe. Hier gibt es zusätzliche
1323 Angebote und Auszeitangebote in Zusammenarbeit
1324 mit der Jugendhilfe, auch für Schülerinnen und Schüler,
1325 die in Konflikte geraten oder Verhaltensprobleme
1326 bearbeiten müssen.

1327

1328 Zusätzlich soll es zukünftig eine Art „Schnelle Unterstüt-
1329 zungsgruppe“ in jedem Schulbezirk geben, die bei aku-
1330 ten Herausforderungen mit Rat und verbindlicher Hilfe-
1331 stellung den Familien und Schulen zur Seite steht. Das
1332 bedeutet eine echte Entlastung für Eltern und Lehrkräf-
1333 te.

1334

1335 Wir wollen mit den Lehrerinnen und Lehrern, den an-
1336 deren pädagogischen Fachkräften, den Eltern, den Wis-
1337 senschaftlerinnen und Wissenschaftlern, aber auch Ärz-
1338 tinnen und Ärzten und Therapeutinnen und Therapeu-
1339 ten in Ruhe und vor allem mit Bedacht diese Unterstüt-
1340 zungssysteme gemeinsam entwickeln und die Inklusion
1341 in unseren Schulen ordentlich weiterentwickeln.

1342

1343 **Schulen auf der Höhe der Zeit**

1344

1345 Wir werden unser Bildungssystem so weiterentwickeln,
1346 dass es den Anforderungen einer veränderten und digi-
1347 talisierten Lebens- und Berufswelt gerecht wird. Dabei
1348 werden wir genau prüfen, was sich bewährt hat und was
1349 wir verbessern müssen. Wichtig ist, dass Bildungsinhal-
1350 te und zu erwerbende Kompetenzen allen Schülerinnen
1351 und Schülern auch in Zukunft gesellschaftliche Teilha-
1352 be und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Dafür
1353 werden wir eine Bildungskommission mit Expertinnen
1354 und Experten einrichten.

1355

1356 Die Bildungskommission wird sich neben den Bildungs-
1357 inhalten auch mit der Bildungsfinanzierung befassen.
1358 Wir brauchen mehr Geld für bessere und wirkungsvol-
1359 lere Bildungsangebote und ein verbindlicheres Zusam-
1360 menwirken aller Beteiligten vor Ort. Die gegenwärti-
1361 gen Zuständigkeiten sind weder für Familien noch für
1362 Schulen durchschaubar und Strukturen sind so ange-
1363 legt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen auf
1364 akute Probleme bereitstellen. Das werden wir anpacken
1365 und das Finanzierungsgeflecht entwirren. Eine klare und
1366 verbindlich geregelte Finanzierung der staatlichen Bil-
1367 dungsaufgaben zwischen Land und Kommunen muss
1368 auskömmlich sein für die notwendige Qualität des An-
1369 gebots, die sächliche Ausstattung in den Schulen, den
1370 Gebäudeunterhalt und für Investitionen in den Schul-
1371 neubau. Damit das gleichermaßen in finanzstarken wie
1372 finanzschwachen Kommunen gelingt, greifen wir finan-

1373 ziell mit unserem Sonderprogramm „Schulneubau und
1374 Schulsanierung“ dort unter die Arme, wo es gebraucht
1375 wird.

1376

1377 So zielgerichtet, wie wir bei der Schulsanierung helfen,
1378 wollen wir es auch bei einzelnen Kindern tun. Mit ei-
1379 ner Potenzialanalyse werden wir die Begabungen und
1380 Talente der Kinder einschätzen, um die Kinder gezielt in
1381 ihren Stärken anzusprechen.

1382

1383 Auch die Digitalisierung im Kita- und Schulwesen muss
1384 vorangetrieben werden. Wir brauchen mehr Geld für ei-
1385 ne bessere Infrastruktur und Ausstattung. Diese digita-
1386 le Infrastruktur muss von IT-Expertinnen und Experten
1387 verwaltet und gepflegt werden. Dies entlastet die Lehr-
1388 kräfte, die sich darauf konzentrieren können, den Kin-
1389 dern die nötige Medienkompetenz zu vermitteln. Weil
1390 Medienkompetenz uns besonders wichtig ist, werden
1391 wir das Budget für Fortbildungen pro Lehrkraft anheben.

1392

1393 **Berufliche Bildung früher in den Blick nehmen**

1394

1395 Schulen auf der Höhe der Zeit müssen auch Übergänge
1396 in eine akademische und handwerkliche Berufslaufbahn
1397 gleichermaßen ermöglichen und früh vorbereiten. Wir
1398 brauchen zum Beispiel gute Ingenieure, die nachhaltige
1399 Energien planen und gute Handwerker, die diese in die
1400 Tat umsetzen.

1401

1402 Hierfür müssen alle Schülerinnen und Schüler der Se-
1403 kundarstufe I gute strukturelle Voraussetzungen ha-
1404 ben, um eine duale Ausbildung mit ihrem jeweiligen
1405 Abschluss antreten zu können. Insbesondere mit dem
1406 Haupt- und dem Realschulabschluss soll auch eine gute
1407 berufliche Lebensplanung möglich sein. Diese Abschlüs-
1408 se müssen wieder mehr wert sein und wertgeschätzt
1409 werden.

1410

1411 Damit alle einen Abschluss bekommen, werden wir –
1412 wie im Kapitel Arbeit und Wirtschaft ausgeführt – das
1413 Erfolgsprogramm „KAoA – Kein Abschluss ohne An-
1414 schluss“ stärken, ausbauen und eine Ausbildungsplatz-
1415 garantie in Nordrhein-Westfalen einführen. Zudem wer-
1416 den wir an allen Schulformen praktische Unterrichtsin-
1417 halte in der Sekundarstufe I erhöhen und die starken An-
1418 gebote der Berufsorientierung an den Berufskollegs be-
1419 reits in die Sekundarstufe I ziehen. Gleichzeitig werden
1420 wir das BuS-Projekt (Betrieb und Schule) stärken und
1421 ausbauen. Diese BuS-Klassen gibt es seit einigen Jahren.
1422 Sie wurden vom Landesarbeitsamt initiiert, um Schüle-
1423 rinnen und Schüler, die im neunten Schulbesuchsjahr
1424 keine Versetzung in die Klasse 10 erreicht haben, die
1425 Möglichkeit zu bieten, auf dem Arbeitsmarkt einen Platz

1426 zu finden.

1427

1428 Wir wollen alle jungen Menschen in eine Arbeitswelt
1429 bringen – sei sie handwerklich oder intellektuell aus-
1430 gerichtet – die sie mit einer hohen Berufszufriedenheit
1431 ausfüllt.

1432

1433 Für uns bedeutet schulische Bildung das Lernen für das
1434 Leben, damit jeder die Voraussetzungen für ein selbst-
1435 bestimmtes und zufriedenes (Berufs-)Leben erlangen
1436 kann.

1437

1438 **Akademische Bildung und Wissenschaft**

1439

1440 Das Studium soll nicht nur lehrreich sein, sondern für
1441 Studierende auch zu den glücklichsten Phasen ihres Le-
1442 bens gehören. Neues Wissen wird erworben, man feiert,
1443 erkundet die Welt, politisiert und qualifiziert sich. Alles
1444 das trägt dazu bei, den eigenen Horizont zu erweitern
1445 und Netzwerke zu knüpfen. Dieses Glück soll nicht an
1446 Organisations- oder Finanzierungsfragen scheitern.

1447

1448 Wir wollen deshalb die Studierendenwerke so finanzia-
1449 ren, dass diese ihre Aufgabe sachgerecht durchführen
1450 können und Semesterbeiträge gesenkt werden können.
1451 Weniger finanzielle Sorgen bringen mehr Bildungser-
1452 folg und machen die Universität für alle jungen Men-
1453 schen leichter zugänglich. Mit dem Semesterbeitrag al-
1454 lein ist es nicht getan. Wer heute in einer Unistadt leben
1455 will, braucht auch bezahlbaren Wohnraum. Deshalb in-
1456 vestieren wir als Land in den Neubau und die Sanierung
1457 von Studierendenwohnanlagen. Am Mietmarkt soll die
1458 Bildung nicht scheitern. Das Bafög muss ein Studium
1459 ohne wirtschaftliche Existenzsorgen ermöglichen und
1460 genau deshalb hat die SPD dies mit den Koalitionspart-
1461 nern im Bund für die kommende Legislaturperiode ver-
1462 handelt.

1463

1464 Die Uni zu öffnen für alle jungen Menschen, auch wenn
1465 die Eltern wenig Geld haben, ist unser Ziel. Dafür set-
1466 zen wir an allen bekannten Problemen an und lösen
1467 sie. Zur Wissenschaft gehört aber auch, zu wissen, dass
1468 man noch nicht alles weiß. Wir wollen soziale Ungerech-
1469 tigkeiten an den Universitäten und in der Gesellschaft
1470 überwinden und deshalb investieren wir in Forschung,
1471 die uns die Augen öffnet. Wir wollen die Gründung ei-
1472 nes interdisziplinären Forschungsverbunds zu Aspekten
1473 der sozialen Ungleichheit und gesellschaftlichem Zu-
1474 sammenhalt.

1475

1476 Die Hochschulen werden besser, wenn sie gemeinsam
1477 gestaltet werden. Deshalb stehen wir für das Modell der
1478 demokratischen Hochschule ein. In allen Gremien sol-

1479 len wieder zu gleichen Teilen Studierende und Lehren-
1480 de zusammenarbeiten. Wir trauen unseren Studieren-
1481 den selbstverständlich Mitbestimmung und Eigenver-
1482 antwortung zu. Deshalb passen für uns Anwesenheits-
1483 pflichten nicht an eine Hochschule. Erwachsene Men-
1484 schen können selbst entscheiden, wann sie wie lernen.
1485 Anwesenheitspflichten machen Hochschullehre unnö-
1486 tig unflexibel. Studierende Eltern, pflegende Studieren-
1487 de oder nebenberuflich Studierende brauchen Optio-
1488 nen, sich ihre Zeit freier einzuteilen. Warum sollten sie
1489 nicht ihre Vorlesungen online als Video schauen, wenn
1490 es zeitlich passt, anstatt zu einer bestimmten Uhrzeit
1491 im Hörsaal zu sitzen? Wir werden deshalb Hochschulen
1492 dabei unterstützen, solche Angebote einzurichten und
1493 über den Europäischen bzw. den Deutschen Qualifikati-
1494 onsrahmen abzusichern. Generell wollen wir bei der Di-
1495 gitalisierung der Hochschulen schneller vorankommen.
1496 Die Universitäten müssen technisch besser ausgestattet
1497 werden und die Datensicherheit muss erhöht werden.
1498 Wir werden deshalb die digitale Lehre und die Datensi-
1499 cherheit professionalisieren, indem wir für diese dauer-
1500 haft Geld für Personal und technische Infrastruktur zur
1501 Verfügung stellen. So machen wir den Weg zum Hoch-
1502 schulabschluss durch gute Lehre leichter.

1503

1504 Aber selbst, wenn bei verbesserter Lehre eine Person an
1505 der Universität am Abschluss scheitert, sind wir uns si-
1506 cher, dass die studierten Semester nicht vergebens wa-
1507 ren. Ein Studium qualifiziert nicht nur durch einen for-
1508 malen Abschluss, sondern auch auf dem Weg. Deshalb
1509 werden wir die Hochschulen darin unterstützen, Studi-
1510 enabbrecherinnen und Studienabbrechern das bereits
1511 Gelernte zu zertifizieren und ihnen somit den Start in ei-
1512 ne Lehre zu erleichtern.

1513

1514 Frauen in akademischen Führungspositionen und im
1515 Mittelbau werden wir fördern, indem wir ein eigenes
1516 Landesprogramm zur Stärkung junger Akademikerin-
1517 nen in der Wissenschaft und an Hochschulen einführen.
1518 Denn Frauen bringen Spitzenleistung in der Forschung,
1519 erreichen aber noch immer nur selten die Spitzenposi-
1520 tionen.

1521

1522 Alle, für die wir die Hochschulen weiter öffnen, sol-
1523 len gute Arbeits- und Studienorte vorfinden. Deshalb
1524 werden wir die Hochschulgebäude sanieren und ener-
1525 getisch modernisieren. Dass wir gleichzeitig im Semi-
1526 narraum mit Studierenden die Auswirkungen des Kli-
1527 mawandels wissenschaftlich betrachten und dabei das
1528 Fenster undicht ist, darf nicht so bleiben.

1529

1530 Wir wollen nicht nur sanieren, sondern auch einen quali-
1531 tativen Zugewinn für unsere Hochschulen erzielen. Leh-

1532 re verändert sich, es wird interdisziplinärer gearbeitet
1533 und mehr Praxisbezüge werden hergestellt. Das begrüßen
1534 wir und erkennen daraus auch neue räumliche Notwen-
1535 digkeiten. Deshalb wollen wir die Weiterentwicklung
1536 der Campus an den Hochschulen dauerhaft fördern. Die-
1537 se sollen Lern- und Lebensorte werden: Pulsierende Her-
1538 zen des Hochschullebens.

1539

1540 **2.3 EINE BESSERE UND ZUKUNFTSFESTE GESUNDHEITS-** 1541 **UND PFLEGEVERSORGUNG**

1542

1543 Gesundheit ist Voraussetzung für Wohlbefinden. Nur,
1544 wer weiß, dass man im Krankheitsfall gut versorgt ist,
1545 kann frei leben. Deshalb ist Gesundheit einer unserer
1546 politischen Schwerpunkte. Wir stehen für die Freiheit
1547 von Sorge und Angst. Wir wollen Gewissheit für alle
1548 Menschen, dass sie die bestmögliche gesundheitliche
1549 Versorgung erhalten.

1550

1551 Deshalb betrachten wir Gesundheit nicht nur im Lich-
1552 te der aktuellen Corona-Krise, sondern weit darüber
1553 hinaus. Wir wollen eine Gesundheitspolitik, die immer
1554 überzeugt: Im Katastrophenfall genauso wie im Alltag.
1555 Dafür treten wir an.

1556

1557 Wir stellen sicher, dass Menschen, die krank werden, gut
1558 versorgt sind. Wir können dafür sorgen, dass die Ange-
1559 hörigen Zeit für ihre erkrankten Lieben haben, anstatt
1560 herumzutelefonieren, um einen Platz im Krankenhaus
1561 oder einen Termin beim Facharzt zu bekommen. Und wir
1562 können dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen ein
1563 Arbeitsplatz mit hoher Arbeitszufriedenheit wird. Das
1564 alles können wir tun und deshalb werden wir es tun.

1565

1566 **Zukunftsfähige Krankenhäuser**

1567

1568 Beginnen wir mit den Krankenhäusern. Sie sind doch
1569 mehr als Gebäude, in denen medizinische Versorgung
1570 organisiert wird. Sie sind gleichzeitig Arbeitgeber, Wirt-
1571 schaftsfaktor und Garant dafür, dass schnell geholfen
1572 werden kann, wenn Hilfe gebraucht wird. Genau des-
1573 halb – weil Krankenhäuser wichtig für die Gesellschaft
1574 sind – werden wir landesweit alle Krankenhausstandor-
1575 te erhalten. Mit Schließungen soll endlich Schluss sein.

1576

1577 Sie können einem kranken Menschen nicht erklären,
1578 dass es für sie oder ihn kein Krankenhaus in der Nä-
1579 he gibt, weil Krankenhausstandorte allein an Faktoren
1580 wie Bevölkerungsdichte und demografischer Struktur
1581 bemessen wurden. Wer krank ist, braucht ein Kranken-
1582 haus vor Ort. Eines, das so nah ist, dass ein lieber Freund
1583 mit Blumenstrauß leicht zu Besuch kommen kann.

1584

1585 Das zu organisieren ist möglich.

1586

1587 Dafür müssen wir den ambulanten und stationären
1588 Sektor neu ordnen. Das heißt, dass wir politisch da-
1589 für sorgen, dass ambulante Versorgungsangebote und
1590 bestehende Krankenhäuser enger zusammenarbeiten.
1591 Heute trennt man diese Angebote allein aus bürokrati-
1592 schen, aber nicht aus medizinischen Gründen. Wir ver-
1593 stehen unseren Auftrag so, dass wir solche bürokrati-
1594 schen Unsinnigkeiten zu verändern haben. Wir lösen da-
1595 her die künstlichen Grenzen von ambulant und statio-
1596 när, von gesetzlicher Krankenversicherung und gesetzli-
1597 cher Pflegeversicherung auf. Zusammenarbeit statt Zu-
1598 ständigkeitsabgrenzung. So entsteht mehr Wirtschaft-
1599 lichkeit ohne neuen Druck auf die Beschäftigten.

1600

1601 Die unwirtschaftlichen Strukturen der Krankenhausfi-
1602 nanzierung müssen reformiert werden. Weil ein solcher
1603 Prozess langwierig ist, gehen wir in zwei Schritten vor.
1604 Wir ändern schnell im bestehenden System die finan-
1605 ziellen Rahmenbedingungen und sorgen für Entlastung
1606 und arbeiten parallel an einem neuen Vergütungssys-
1607 tem gemeinsam mit dem Bund.

1608

1609 Wichtig ist uns dabei, dass wir aus der Corona-Pandemie
1610 die richtigen Schlüsse ziehen. Wir brauchen eine gute
1611 Finanzierung für den Alltag und müssen Reserven an-
1612 legen und Vorbereitungen für medizinische Krisenfäl-
1613 le treffen. Im besten Falle brauchen wir sie nie, aber
1614 wenn wir sie brauchen, ist getroffene Vorsorge besser,
1615 als überrumpelt zu werden.

1616

1617 Nie wieder sollen medizinische Masken und Spritzen
1618 ausgehen! Wir schaffen gesicherte Lieferketten und eine
1619 abgestimmte Lagerhaltung für krisenrelevante Produk-
1620 te wie z.B. persönliche Schutzausrüstung, Testkits und
1621 Desinfektionsmittel. Gesundheit ist so wichtig, dass uns
1622 das Lagerhaltungskosten wert ist.

1623

1624 Neue Kosten werfen immer die Frage auf, wo einge-
1625 spart werden soll. Für uns ist klar, dass dies nicht bei
1626 den Beschäftigten, nicht bei der Qualität, nicht bei den
1627 Standorten passieren darf. Stattdessen machen wir uns
1628 dran, Bürokratie und übermäßige Regulierung abzubauen.
1629 Das geht und im Zweifelsfall notwendig ist, ha-
1630 ben wir doch nun schon monatelang erlebt. Heute imp-
1631 fen auch Apothekerinnen und Apotheker und andere
1632 Professionen. Dass sie es lange nicht durften, war eine
1633 unsinnige Regulierung, von denen es sehr viele gibt. Ge-
1634 nau diese systematisch zu identifizieren und abzubauen,
1635 ist unser Auftrag in den kommenden Regierungsjah-
1636 ren.

1637

1638 Das alles hilft aber nur wenig, wenn jeder Gewinn aus
1639 weniger Bürokratie von privaten Klinikbetreibern aus
1640 dem System genommen wird. Wir wollen keine Ferien-
1641 häuser finanzieren, sondern guten Gesundheitsschutz
1642 hier vor Ort und deshalb werden wir die Gewinnent-
1643 nahme für private Klinikbetreiber, Klinikgesellschaften
1644 und Klinikkonzerne regulieren. Man darf mit Gesund-
1645 heit Geld verdienen, aber unser Gesundheitssystem darf
1646 nicht für den persönlichen Vorteil auf Verschleiß gefah-
1647 ren werden. Wer diesen Markt nach unserer Regulierung
1648 nicht mehr lukrativ genug findet, kann sich darauf ver-
1649 lassen: Wir scheuen uns nicht, Kliniken wieder in kom-
1650 munale Trägerschaft zu übernehmen.

1651

1652 Wir wollen, dass der Kostendruck sinkt und sind deshalb
1653 bereit, mehr in Gesundheit zu investieren. Im Gegenzug
1654 wollen wir aber auch, dass der Druck auf die Beschäftig-
1655 ten im Gesundheitswesen merklich sinkt. Dienstleistun-
1656 gen, die in Krankenhäusern anfallen und nicht zu den ei-
1657 gentlichen Gesundheitsdienstleistungen gehören – wie
1658 zum Beispiel die Reinigung, die Küche, die Logistik, die
1659 Wäsche – wollen wir nicht länger in Tochtergesellschaf-
1660 ten ausgliedern lassen. Tariffucht und Dumpingtarifver-
1661 träge in diesen Bereichen sind unsozial, unwürdig und
1662 gesamtwirtschaftlich nicht nachhaltig. Deshalb lautet
1663 unser Versprechen: Mehr Geld für Gesundheit und mehr
1664 Lebensqualität für die Beschäftigten.

1665

1666 **Gesundheit für Alle in ganz Nordrhein-Westfalen**

1667

1668 Wir wollen in allen Landesteilen einen guten und wohn-
1669 ortnahen Zugang zu medizinischer Versorgung und
1670 gute vorsorgende Angebote, damit Menschen weni-
1671 ger oft krank werden. Dazu stehen wir in Nordrhein-
1672 Westfalen vor zwei Herausforderungen: Wir müssen
1673 uns besonders um die Versorgung in ländlichen Berei-
1674 chen und um die Versorgung in den Stadtteilen küm-
1675 mern, in denen Menschen mit geringem Einkommen
1676 leben. Nach der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen
1677 Bundesvereinigung und der Kassenärztlichen Vereini-
1678 gung Westfalen-Lippe werden wir bis zum Jahr 2030 –
1679 also in 8 Jahren – rund 1.165 Hausärztinnen und Haus-
1680 ärzte weniger haben als heute.

1681

1682 Wir wollen mehr Hausärztinnen und Hausärzte für die
1683 ländlichen Bereiche Nordrhein-Westfalens und für die
1684 Stadtteile, in denen wenig Privatpatienten zu erwarten
1685 sind, finden. Dazu werden wir Anreizsysteme schaffen
1686 – durch Studienstipendien, Praxiskredite und mehr Stu-
1687 dienplätze für Medizin. Unser Ziel bleibt, dass der erste
1688 Anlaufpunkt im Gesundheitssystem die Hausärztin/der
1689 Hausarzt ist. Auch bei Fachärztinnen und Fachärzten
1690 und besonders Kinderärztinnen und Kinderärzten gehen

1691 wir neue Wege, um engagierte Frauen und Männer für
1692 diese Aufgabe zu gewinnen.

1693

1694 Der Einsatz von Hebammen muss flächendeckend si-
1695 chergestellt werden. Hebammen erfüllen eine zentrale
1696 Rolle für werdende Mütter und Familien. Man muss sich
1697 in Nordrhein-Westfalen darauf verlassen können, dass
1698 die Geburt eines Kindes gut begleitet wird.

1699

1700 Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen
1701 und stellen die Versorgungssicherheit bei Schwanger-
1702 schäftsabbrüchen her. Sie sollen Teil der ärztlichen Aus-
1703 und Weiterbildung sein. Die Möglichkeit zu kostenfrei-
1704 en Schwangerschaftsabbrüchen gehören zu einer ver-
1705 lässlichen Gesundheitsversorgung. Sogenannten Geh-
1706 steigbelastigungen von Abtreibungsgegnerinnen und
1707 Abtreibungsgegnern treten wir wirksam entgegen. Wir
1708 stellen die flächendeckende Versorgung mit Beratungs-
1709 einrichtungen sicher, die zukünftig auch online mög-
1710 lich sein soll. Wir unterstützen die Initiativen auf Bun-
1711 desebene zur Streichung des §219a, damit Ärztinnen
1712 und Ärzte öffentliche Informationen über Schwanger-
1713 schäftsabbrüche bereitstellen können, ohne eine Straf-
1714 verfolgung befürchten zu müssen.

1715

1716 Gleiches gilt für die zahnärztliche Versorgung. Es
1717 braucht sie flächendeckend und verlässlich im ganzen
1718 Land. Sie gehört zu den grundlegenden, notwendigen
1719 medizinischen Versorgungsangeboten in der Fläche.
1720 Wie wohnortnahe ausgerichtete Patienten-Zahnarzt-
1721 Beziehung ist für die Zahngesundheit der Bürgerinnen
1722 und Bürger wichtiger Bestandteil der Versorgung.
1723 Das erklärt sich ganz leicht: Man sollte regelmäßig
1724 zum Zahnarzt zur Kontrolle gehen. Je länger man es
1725 aufschiebt, desto schlimmer wird es. Je weniger Praxen,
1726 je weiter die Strecken zum Zahnarzt werden, desto
1727 größer wird die Barriere diese Vorsorgeuntersuchungen
1728 wahrzunehmen. Es ist also auch ökonomisch sinnvoll,
1729 lieber in die breite Prävention, statt in teure Zahn-
1730 behandlungen zu investieren, die hätten vermieden
1731 werden können.

1732

1733 Wir werden die derzeitigen Lücken bei der medizini-
1734 schen Versorgung, sei es ambulant oder stationär, bei
1735 psychischen und neurologischen Erkrankungen schlie-
1736 ßen.

1737

1738 Neben der Versorgung mit Krankenhäusern, Haus- und
1739 Fachärztinnen und -ärzten wollen wir das Wissen der
1740 Menschen über ihren Körper und ihre Gesundheit ver-
1741 mehren. Wir wollen präventive Angebote, die sehr nied-
1742 rigschwellig sind und es allen Menschen ermöglicht,
1743 mehr auf sich und die eigene Gesundheit zu achten. Wir

1744 wissen, dass es Lebenssituationen und Lebensumstän-
1745 de gibt, die es schwer machen, sich ausreichend um sich
1746 selbst zu kümmern. Wir wollen verschiedene Wege aus-
1747 probieren, um dies zu ändern.

1748

1749 Wir setzen Gesundheitslotsen ein, die Betroffenen
1750 und Angehörigen bei Fragen der Gesundheitsförderung
1751 und -prävention begleiten. Gesundheitslotsinnen und -
1752 lotsen können Betroffene und Angehörige auch bei Fra-
1753 gen der häuslichen, stationären und sozialen Versor-
1754 gung beraten und begleiten. Die Krankenkassen können
1755 eine aktive Rolle bei den Gesundheitslotsen spielen. Die-
1756 se Lotsen wollen wir mit Landesmitteln fördern.

1757

1758 Wir wollen in Ballungsräumen „Gesundheits-Kioske“
1759 einrichten und damit in den Stadtteilen sicherstellen,
1760 dass es ein leicht zugängliches Angebot vor Ort gibt, bei
1761 dem Menschen in Fragen von Gesundheitsförderung,
1762 Krankheit und Pflege Informationen und Unterstützung
1763 bekommen. Dazu gibt es bereits Projekte der AOK, die
1764 wir landesweit ausbauen wollen. Ziel muss es sein, Men-
1765 schen in einer persönlichen gesundheitlichen Notsitua-
1766 tion mit oder ohne Krankenversicherung zu helfen. Die
1767 Gesundheits-Kioske sollen ein vertrauensvoller und ak-
1768 zeptierter Anlaufpunkt im Stadtteil werden. Dazu ist es
1769 wichtig Menschen mit verschiedenen kulturellen Hin-
1770 tergründen und Sprachkenntnissen für die Arbeit vor
1771 Ort zu gewinnen. Die Gesundheits-Kioske können auch
1772 wichtige Aufklärungsarbeit übernehmen: zur Krebsvor-
1773 sorge, zur Ernährung und für Angebote aus dem Bereich
1774 Sport. Hier können viele Angebote, die es bereits in einer
1775 Stadt gibt, gebündelt vorgestellt werden.

1776

1777 Um Doppelstrukturen in den Kommunen zu vermeiden,
1778 können diese Aufgaben auch an bereits bestehende und
1779 etablierte Beratungsangebote vor Ort angedockt wer-
1780 den.

1781

1782 Die seelische Gesundheit eines jeden Menschen ist ne-
1783 ben der körperlichen Unversehrtheit das höchste Gut.
1784 Die seelische Gesundheit ist für jeden einzelnen Men-
1785 schen wichtig sowie für die gesamte Gesellschaft. Un-
1786 sere Lebenswirklichkeit wird sich weiter verändern. Wir
1787 müssen an unserer Anpassungs- und Widerstandsfähig-
1788 keit arbeiten. Themen wie Depression, Suizid und Ein-
1789 samkeit dürfen keine Tabuthemen bleiben. Wir müs-
1790 sen gerade junge Menschen aufklären und sensibili-
1791 sieren. Wir müssen die Krankheit Depression enttabui-
1792 sieren. Wir werden entsprechende Präventionsmaßnah-
1793 men entwickeln und die Anzahl an Klinikplätzen erhö-
1794 hen. Wir werden Beratungsangebote schaffen, die nied-
1795 rigschwellig sind und die kurzfristig zu erreichen sind.
1796 Damit ein Mensch in Not, der Hilfe benötigt, nicht mo-

1797 natelang auf einen Termin bei einer Psychologin oder ei-
1798 nem Psychologen warten muss.

1799

1800 Wir halten die Versorgungsverpflichtung bei psychi-
1801 scher Erkrankung vor der Notwendigkeit einer statio-
1802 nären Aufnahme für erforderlich. Dazu stärken wir die
1803 gemeindepsychiatrischen Verbände, wo sie bestehen
1804 und unterstützen ihren Aufbau landesweit zum Aufbau
1805 kooperativer leistungserbringerübergreifender Struktu-
1806 ren zur wohnortnahen Versorgung. Diese sollen die Un-
1807 terstützung unter Berücksichtigung von Selbstbestim-
1808 mung und Zwangsvermeidung in Kooperation sicher-
1809 stellen.

1810

1811 Apotheken sind in vielen Regionen ebenfalls erste An-
1812 laufstellen, wenn Menschen sich krank fühlen. Wir set-
1813 zen uns dafür ein, dass es öffentliche, inhabergeführ-
1814 te Apotheken gibt, die den gesetzlichen Auftrag zur
1815 flächendeckenden Arzneimittelversorgung gut leisten
1816 können. Apothekerinnen und Apotheker leisten in vie-
1817 len Situationen einen wertvollen Beitrag zur Gesundheit
1818 ihrer Kundinnen und Kunden in der ambulanten Versor-
1819 gung.

1820

1821 Für Familien wollen wir in den von uns neu geschaf-
1822 fenen Familienzentren an den Schulen Angebote zur
1823 gesundheitlichen Prävention anbieten. Gesunde Ernäh-
1824 rung, Sportangebote, Angebote zur Förderung der Zahn-
1825 gesundheit und die Begleitung durch Hebammen. All
1826 das trägt zu besserer Gesundheitsvorsorge bei und senkt
1827 damit mittel- und langfristig die Gesundheitskosten ins-
1828 gesamt. Ein Zugewinn an Lebensqualität für die Bürge-
1829 rinnen und Bürger und eine Entlastung für das Gesund-
1830 heitssystem.

1831

1832 **Pflege der Zukunft: Neue Konzepte für große Herausfor-**
1833 **derungen**

1834

1835 In Nordrhein-Westfalen werden aktuell 965.000 Men-
1836 schen gepflegt. Drei Viertel von ihnen erhalten liebevol-
1837 le Pflege durch ihre Angehörigen Zuhause. Eine Leistung
1838 der Angehörigen, die unseren Respekt verdient, die aber
1839 nicht überfordern darf. Wir wissen, dass der Bedarf an
1840 Pflege in den kommenden Jahren wegen der Alterung
1841 unserer Gesellschaft weiter ansteigen wird. Wir wissen
1842 auch, dass es der Wunsch der meisten Menschen ist, im
1843 eigenen Zuhause möglichst lange leben zu können. Da-
1844 mit das möglich ist, stellen wir jetzt die Weichen:

1845

1846 Unser Ziel ist es, die pflegenden Angehörigen zu entlas-
1847 ten. Dazu wollen wir umfassende und ganzheitliche Be-
1848 ratungsangebote schaffen. In Pflegekompetenzzentren
1849 wollen wir alles Wissen über gesundheitliche Leistun-

1850 gen, finanzielle mögliche Leistungen und Pflegeange-
1851 bote bündeln. Betroffenen und Angehörige sollen hier
1852 bestmöglich beraten werden.

1853

1854 Wir wollen Pflegestützpunkte einrichten, die eine medi-
1855 zinische und pflegerische Grundversorgung bieten, um
1856 stationäre Aufenthalte zu vermeiden. In diesen Pfl-
1857 gestützpunkten sollen neue, fachübergreifende Bera-
1858 tungsangebote eingerichtet werden. Dort sollen spezi-
1859 ell ausgebildete Lotsen mit Betroffenen und Angehö-
1860 rigen persönliche Unterstützungskonzepte entwickeln,
1861 die den langfristigen Erhalt der Lebensqualität zum Ziel
1862 hat. Das umfasst die Gesundheitsversorgung ebenso
1863 wie den pflegerischen Unterstützungsbedarf und die
1864 Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe in der nä-
1865 heren Umgebung. So wollen wir gewährleisten, dass
1866 Menschen mit Unterstützungsbedarf möglichst lange
1867 selbstbestimmt und zufrieden im eigenen Zuhause le-
1868 ben können. Gleichzeitig werden die Angehörigen so
1869 entlastet, weil sie auf verlässliche Strukturen mit festen
1870 Ansprechpartnern vertrauen können.

1871

1872 Wir wollen ein Projekt aus unserem Nachbarland
1873 Rheinland-Pfalz übernehmen und speziell und fach-
1874 übergreifend ausgebildete Gemeindegewestern ein-
1875 setzen. Die Gemeindegewester soll die Menschen nach
1876 vorheriger Anmeldung zuhause besuchen und individu-
1877 ell beraten. Das neue Angebot soll Beratung zur haus-
1878 wirtschaftlichen und gesundheitlichen Versorgung, zur
1879 Wohnsituation, Möglichkeiten der Mobilität und Pflege
1880 von Kontakten umfassen. Dazu soll aber auch die Ver-
1881 mittlung gut erreichbarer Teilhabeangebote wie Senio-
1882 rentreffen, Veranstaltungen und Bewegungskurse ge-
1883 hören. Wo solche Angebote weniger stark vorhanden
1884 sind, sollen die Gemeindegewestern diese auch anre-
1885 gen. Das schafft einen weiteren Baustein für die Ent-
1886 wicklung gesundheits- und selbstständigkeitsförder-
1887 der Angebote in den Kommunen.

1888

1889 Weil in den kommenden Jahren mehr Menschen
1890 pflegebedürftig werden, die keine eigenen Kinder
1891 oder andere familiäre Unterstützung am Wohnort
1892 haben, wollen wir alternative Wohnformen für Men-
1893 schen mit Unterstützungsbedarf besonders fördern.
1894 Dazu gehören beispielsweise Senioren- und Pflege-
1895 Wohngemeinschaften.

1896

1897 Wir wollen, dass auch Menschen mit Unterstützungsbe-
1898 darf von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitie-
1899 ren können. Dazu wollen wir die Entwicklung unterstüt-
1900 zender digitaler Instrumente fördern, die speziell Senio-
1901 ren und pflegebedürftigen Menschen dienen und ihren
1902 Alltag erleichtern.

1903

1904 Digitalisierung in Pflegeheimen heißt zum Beispiel das
1905 Zusammenwirken von Pflegepatient, qualifizierter Pfl-
1906 gekraft im Heim und Arzt ohne Notwendigkeit von
1907 Transporten und des damit verbundenen Verlassens der
1908 vertrauten Umgebung. Als Nebeneffekt wertet es die Tä-
1909 tigkeit der Pflegekräfte deutlich auf.

1910

1911 Wichtig für uns ist: Menschen sollen so selbstbestimmt
1912 wie möglich und so umsorgt wie nötig alt werden kön-
1913 nen – mit einer flächendeckenden Pflegestruktur.

1914

1915 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind für
1916 uns die Arbeitsverhältnisse in denen gepflegt sind von
1917 großer Wichtigkeit. Wir sehen, dass diejenigen, die in der
1918 Pflege ausgebildet sind und arbeiten, häufig die Ausbil-
1919 dung abbrechen oder im Durchschnitt nach sechs Jahren
1920 aus dem Beruf aussteigen. Daraus ziehen wir folgende
1921 Konsequenzen:

1922

1923 Wir wollen die Arbeitsbelastungen in den pflegenden
1924 Berufen reduzieren, um mehr Menschen für diese wich-
1925 tige Arbeit zu gewinnen. Dazu gehören kürzere, verläss-
1926 liche und damit familienfreundlichere Arbeitszeiten und
1927 eine angemessene Entlohnung, bessere Aufstiegschan-
1928 cen und Möglichkeiten zur Weiterbildung.

1929

1930 Wir wollen Menschen, die aus den pflegenden Berufen
1931 ausgestiegen sind, zurückgewinnen. Durch Programme,
1932 die nachqualifizieren und den Wiedereinstieg erleich-
1933 tern.

1934

1935 Eine Pflegekammer gegen den Willen der Beschäftigten,
1936 eine Zwangsmitgliedschaft, wird es mit uns nicht geben.
1937 Pflege- und Betreuungskräfte aus dem Ausland, vorwie-
1938 gend aus Osteuropa, sind zu einer wichtigen Säule der
1939 häuslichen Versorgung geworden und wir begrüßen das
1940 Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Entlohnung dieser
1941 Menschen. Wir wollen deren Arbeitsbedingungen ver-
1942 bessern, klare Regeln für Arbeits- und Ruhezeiten und
1943 so einen rechtlichen Rahmen für Beschäftigung in der
1944 häuslichen Pflege schaffen.

1945

1946 Der größte Pflegedienst in Deutschland ist die Familie.
1947 Pflegenden Angehörige sind eine entscheidende Stütze
1948 bei der häuslichen Pflege. Zeiten der Pflege müssen in
1949 der Berechnung der Rente berücksichtigt werden und
1950 wir müssen organisieren, dass die Angehörigen in ih-
1951 ren Berufen nicht abgehängt werden und Pflege, Familie
1952 und Beruf vereinbaren können und später nicht ausge-
1953 brannt und selbst krank werden.

1954

1955 Neben der Klärung materieller Fragen ist es wichtig,

1956 Netzwerke über die Pflegestützpunkte zu organisieren
1957 und die Angehörigen mit allem wichtigen Wissen zu un-
1958 terstützen und Wege zu weiterer Hilfe zu vereinfachen.
1959 Wo immer es möglich ist, schaffen wir bürokratische
1960 Hindernisse ab. Das Angebot der Tagespflege halten wir
1961 für ein wichtiges Instrument, um pflegende Angehöri-
1962 ge zu entlasten. Daher wollen wir ein Landesprogramm
1963 zur Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege-
1964 plätze in den Einrichtungen schaffen, um flächende-
1965 ckend und wohnortnah Entlastungsangebote zu schaf-
1966 fen. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau von Pfl-
1967 gehotels unterstützen, damit Pflegebedürftige und ih-
1968 re Angehörigen auch gemeinsam verreisen können. Au-
1969 ßerdem setzen wir uns für die Ausweitung des Modell-
1970 projekts der AWO Westliches Westfalen ein, die mit ih-
1971 rer Kurberatung pflegenden Angehörigen Kuren analog
1972 zum System der Mutter-Kind-Kuren anbietet.

1973

1974 Die Digitalisierung kann und muss auch in der Pflege ge-
1975 nutzt werden. Die Technik erleichtert (wenn man sie be-
1976 herrscht) das selbständige Leben in der eigenen Woh-
1977 nung und die Kontaktaufnahme, wenn man Hilfe benö-
1978 tigt oder auch „nur“ einen kleinen Plausch mit Freunden
1979 oder Familie halten möchte. Hier sollten wir alle Mög-
1980 lichkeiten nutzen – über Anwenderschulungen, Umrüs-
1981 tungen in den Wohnungen und die Digitalisierung der
1982 Pflegezentren, Pflegedienste und aller weiteren geplan-
1983 ten Angebote.

1984

1985 Investitionskosten fallen neben den Eigenanteilen in der
1986 stationären Pflege an und sind ein großer und vor allem
1987 steigender Kostenfaktor für Pflegeheimbewohnerinnen
1988 und -bewohnern. Wir setzen uns für eine öffentliche För-
1989 derung der Einrichtungen ein, um die Investitionskosten
1990 zu mindern und Pflegeheimbewohnende so finanziell zu
1991 entlasten. Gleichzeitig machen wir uns im Bund für eine
1992 Deckelung der Eigenanteile stark.

1993

1994 **2.4 BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE**

1995

1996 Zuhause soll es schön sein. Die Wohnung gibt Sicher-
1997 heit und Geborgenheit. Für Familien ist die Wohnung
1998 das Zentrum des Zusammenlebens. Die Wohnung ist
1999 Schutzraum und Rückzugsort. Die Wohnung ist wich-
2000 tig. Genau deshalb kämpfen wir darum, dass Menschen
2001 nicht aus ihren Wohnungen verdrängt werden - weder
2002 im Arbeitsleben noch im Alter. Wir schaffen durch Neu-
2003 bau für viele Menschen ein neues, gutes Zuhause, gehen
2004 gegen steigende Mieten vor und helfen dabei, dass man
2005 sich die eigene Wohnung mit normalem Gehalt wieder
2006 leisten kann.

2007

2008 Unser Ziel ist es, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht

2009 mehr als 30 Prozent unseres verfügbaren Haushalts-
2010 einkommens für die Miete ausgeben müssen. Das soll
2011 für alle zehn Millionen Mieterinnen und Mieter in
2012 Nordrhein-Westfalen gelten. So bleibt der allergrößte
2013 Teil des eigenen Einkommens für das gute Leben übrig.
2014 Gleichzeitig unterstreichen wir unser sozialdemokrati-
2015 sches Aufstiegsversprechen, und werden die Menschen
2016 beim Streben nach einer Immobilie unterstützen.

2017

2018 Ob Familien mit oder ohne Kinder, Alleinstehende, Se-
2019 nioren, Menschen mit Einschränkungen, Geringverdie-
2020 ner, Studierende oder Wohnungslose: Wir wollen für alle
2021 Menschen in Nordrhein - Westfalen ein bezahlbares, gu-
2022 tes, barrierefreies Wohnen in einem attraktiven, lebens-
2023 werten Umfeld schaffen.

2024

2025 **Bezahlbares Wohnen**

2026

2027 Menschen ziehen nach Nordrhein-Westfalen. Das ist
2028 gut, denn es zeigt: Unser Land ist attraktiv! Diese At-
2029 traktivität wollen wir nicht dadurch verlieren, dass hier
2030 der Wohnraum immer knapper wird. In Nordrhein-
2031 Westfalen herrscht Wohnungsnot. Nicht nur in den Me-
2032 tropolen, auch in immer mehr kleineren Städten und Ge-
2033 meinden finden Menschen kaum noch Wohnungen, die
2034 sie sich leisten können. Die Mieten steigen drastisch und
2035 fressen Einkommen, Kaufkraft und Wohlstand.

2036

2037 Wir brauchen pro Jahr 100.000 neue Wohnungen in
2038 Nordrhein-Westfalen.

2039

2040 Wir wollen passgenaue Lösungen erarbeiten – für die
2041 verdichteten Großstädte mit explodierenden Mieten
2042 und Wohnungsmangel ebenso wie für die dünner be-
2043 siedelten Regionen des Landes, in denen es manchmal
2044 sogar Leerstände gibt, und dabei gleichzeitig den Her-
2045 ausforderungen des Klimaschutzes gerecht werden.

2046

2047 Die Instrumente sind unterschiedlich, das Ziel ist aller-
2048 dings gleich: Wir wollen ausreichend und guten, bezahl-
2049 baren Wohnraum schaffen, überall im Land.

2050

2051 Um den Bestand an Sozialwohnungen zu halten, benö-
2052 tigen wir 25.000 neue Wohnungen mit sozialer Miet-
2053 preisbindung jährlich. Die zeitliche Befristung bei öf-
2054 fentlich geförderten Wohnungen lässt regelmäßig Woh-
2055 nungen aus der Mietpreisbindung fallen. Um den Weg-
2056 fall von mietpreisgebundenen Einheiten auszugleichen,
2057 müssen jedes Jahr neue öffentlich geförderten Wohnun-
2058 gen fertiggestellt werden. Um diesen Zyklus zu durch-
2059 brechen, werden wir eine zusätzliche Fördersäule für
2060 den gemeinwohlorientierten Wohnungsbau schaffen.
2061 Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, mit

2062 der Maßgabe die Sozialbindung zu erhalten.

2063

2064 Kommunale Wohnungsunternehmen und Wohnungs-
2065 genossenschaften entfalten eine bremsende Wirkung
2066 auf das örtliche Mietniveau. Gemeinwohlorientierte
2067 Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossen-
2068 schaften sind darüber hinaus besonders aktiv im
2069 Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen, wenn
2070 die notwendigen Rahmenbedingungen das zulassen.
2071 Wir werden die Gründung neuer kommunaler Woh-
2072 nungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften
2073 unterstützen und fördern. Bestehende Unternehmen
2074 und Genossenschaften werden wir bei der Realisierung
2075 neuer Vorhaben unterstützen. Dabei werden wir darauf
2076 achten, dass Unternehmen mit öffentlicher Beteili-
2077 gung – inklusive Tochterunternehmen – Tarifverträge
2078 anwenden.

2079

2080 Nicht jede Kommune verfügt über ein eigenes Woh-
2081 nungsunternehmen. Deshalb gründen wir eine Landes-
2082 wohnungsbaugesellschaft. Diese soll im Auftrag der
2083 Städte und Gemeinden arbeiten, die keine Wohnungs-
2084 unternehmen haben oder deren Wohnungsunterneh-
2085 men nicht schnell genug neue, bezahlbare Wohnungen
2086 schaffen kann.

2087

2088 Wer Wohnungen bauen will, braucht Grundstücke. Des-
2089 halb wollen wir in Nordrhein - Westfalen die Chan-
2090 ce nutzen, dass der Bund seine Grundstücke in unse-
2091 rem Land für preisgebundenen Wohnungsbau zur Ver-
2092 fügung stellt. So kann Wohnraum für Studierende, Aus-
2093 zubildende, Singles, und Familien entstehen.

2094

2095 Um die Anzahl der notwendigen neuen Wohnungen
2096 zu erreichen, braucht es schnellere Genehmigungsver-
2097 fahren. Voraussetzung für schnelles Bauen sind gut
2098 ausgestatte, digitalfähige Bauämter in den Kommu-
2099 nen. Wir werden die Kommunen finanziell stärken, da-
2100 mit sie in ihren Bau- und Planungsämtern in der Lage
2101 sind, die Aufgaben personell zu bewältigen. Wir wer-
2102 den Planungs- und Genehmigungsverfahren digitalisie-
2103 ren und beschleunigen.

2104

2105 Wo es Leerstände gibt – auch gewerblicher Art – , müs-
2106 sen sie nutzbar gemacht werden. Angefangen von der
2107 Förderung des Wohnungserwerbs (Jung kauft Alt, Miet-
2108 kauf, Gründung und Förderung von Genossenschaften)
2109 bis zum Abriss zur Aufwertung eines Quartiers reicht
2110 die Palette. Dort, wo sogenannte Schrottimmobilien
2111 die städtebauliche Entwicklung verhindern, werden wir
2112 die Kommunen unterstützen, dagegen vorzugehen und
2113 Quartiere attraktiver zu machen.

2114

2115 Wo Renovierungsbedarf besteht, muss Modernisierung
2116 auf den Weg gebracht werden. Dies gilt vor allem für
2117 die Klimaziele im Gebäudesektor. Das ist möglich. Kon-
2118 kret gelingt es beispielsweise in der ‚Innovation City‘ in
2119 Bottrop. Deshalb ist es richtig, diesen lokalen Erfolg zum
2120 Modell für ganz Nordrhein-Westfalen zu machen.

2121

2122 Das Wohnungsproblem ist lösbar. Deshalb packen wir es
2123 an.

2124

2125 **Mieterschutzland Nordrhein-Westfalen**

2126

2127 Unter einer von uns geführten Landesregierung wird
2128 Nordrhein-Westfalen zum Mieterschutzland.

2129

2130 Wir werden landesseitig die Spielräume, die uns das
2131 Bundesrecht gibt, nutzen: Dazu gehört beispielswei-
2132 se, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei
2133 der Ausweisung von angespannten Wohnungsmärkten
2134 auszuweiten, damit die Mietpreisbremse und andere In-
2135 strumente zur Bekämpfung der Mietpreisspirale nicht
2136 ausgebremst, sondern genutzt werden können.

2137

2138 Die Zahl der Kommunen, in denen mieterschützen-
2139 de Vorschriften gelten, werden wir erhöhen. Um ei-
2140 nen Mietpreisanstieg bei bestehenden Mietverhältnis-
2141 sen zu begrenzen, wollen wir eine Kappungsgrenzenver-
2142 ordnung einführen. Um bezahlbare Mieten zu gewähr-
2143 leisten, wollen wir zudem wieder eine Umwandlungs-
2144 verordnung einführen. Damit schaffen wir die Möglich-
2145 keit, die Luxusmodernisierung und Umwandlung von
2146 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu untersa-
2147 gen, wenn dadurch die Wohnungsversorgung der Bevöl-
2148 kerung bedroht wird. Auch eine Mietpreisbremse, mit
2149 der ein Mietpreisanstieg bei Mieterwechsel begrenzt
2150 wird, ist ein wichtiges Instrument des Mieterschutzes.

2151

2152 Wir wollen mehr Mieterschutz und genau deshalb wer-
2153 den wir aktiv den Mietmarkt in allen Kommunen in
2154 Nordrhein - Westfalen beobachten und dort eingrei-
2155 fen, wo es nötig ist. Dafür schaffen wir eine neue Mie-
2156 terschutzverordnung. Wir werden die Anwendung der
2157 Mietpreisbremse erleichtern und die Möglichkeiten des
2158 novellierten Bundesbaurechtes nutzen.

2159

2160 Die Möglichkeit Wohnungen kurzzeitig für zum Beispiel
2161 touristische Zwecke zu vermieten, werden wir zeitlich
2162 begrenzen. Dazu werden wir das Wohnraumstärkungs-
2163 gesetz überarbeiten. Die Kommunen werden wir bei
2164 der Umsetzung dieses Gesetzes eng einbinden. Darüber
2165 hinaus statten wir die Behörden so aus, dass die Umset-
2166 zung des Gesetzes kontrolliert werden kann.

2167

2168 Wir wollen die öffentlich-rechtliche Wohnungsaufsicht
2169 auch beim Schutz von Mieterrechten wieder stärken.
2170 Kommunen müssen rechtlich und materiell in die Lage
2171 versetzt werden, bei groben Verstößen gegen Bauord-
2172 nungsvorschriften und Mieterrechte auch hoheitlich tä-
2173 tig zu werden.

2174

2175 **Die eigenen vier Wände**

2176

2177 Wir wollen mehr Menschen den Traum von den eige-
2178 nen vier Wänden ermöglichen. Eigentum ist nicht nur
2179 das Zuhause. Es ist auch Altersvorsorge. Die Aussicht auf
2180 ein eigenes Heim ist für uns Teil des sozialdemokrati-
2181 schen Aufstiegsversprechens. Aus diesem Grund wollen
2182 wir die Förderung von Wohneigentum erweitern, damit
2183 sich ein deutlich größerer Bevölkerungskreis den Traum
2184 der ‚eigenen vier Wände‘ erfüllen kann. Die Fördervor-
2185 aussetzungen wollen wir sowohl inhaltlich so anpas-
2186 sen, dass mehr Menschen von der Förderung profitieren,
2187 als auch die Förderverfahren verschlanken und verein-
2188 fachen. Der Kauf von Genossenschaftsanteilen kann da-
2189 bei ein Beitrag sein, wie Eigentumsbildung auch in den
2190 besonders angespannten Wohnungsmärkten gelingen
2191 kann. Hierzu kann auch die NRW-Bank zusätzliche Hil-
2192 fen leisten.

2193

2194 Beim Erwerb einer ersten selbst genutzten Immobilie
2195 insbesondere durch Familien mit Kindern werden wir
2196 die Grunderwerbsteuer durch ein gezieltes Landespro-
2197 gramm kompensieren.

2198

2199 Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer wollen
2200 wir vor den ungerechten und bürokratischen Straßen-
2201 ausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz
2202 bewahren. Die Beiträge in oft fünfstelliger Höhe belas-
2203 ten besonders junge Familien sowie Rentnerinnen und
2204 Rentner. Vor allem letztere geraten dadurch in existenz-
2205 gefährdende Situationen, da ihnen kaum Kredite ge-
2206 währt werden. Wir werden daher die Straßenausbau-
2207 beiträge für Anliegerinnen und Anlieger abschaffen und
2208 den Einnahmeausfall der Kommunen kompensieren.

2209

2210 **Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

2211

2212 Auch in Nordrhein-Westfalen spekulieren Investoren
2213 mit Grundstücken und treiben damit die Preise nach
2214 oben. Dem schauen wir nicht tatenlos zu, sondern ver-
2215 setzen die Städte und Gemeinden in die Lage, entspre-
2216 chende Maßnahmen zu beschließen.

2217

2218 Dafür werden wir die Möglichkeiten im Baulandmobi-
2219 lisierungsgesetz für Nordrhein – Westfalen nutzen und
2220 so alle Potenziale ausschöpfen, um Mietwohnraum zu

2221 erhalten und mehr Wohnbauflächen zu schaffen.

2222

2223 Mit einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik wollen
2224 wir Baukosten senken. Dafür richtet das Land einen Bo-
2225 denfonds ein. In diesen fließen Grundstücke ein, die
2226 das Land in Treuhand der Kommunen erwirbt und zu
2227 Bauland entwickelt. Baureife Grundstücke werden zu
2228 Wohnzwecken vergeben. Das erfolgt im Zuge der neuen
2229 Gemeinnützigkeit ausschließlich in Erbpacht, zu einem
2230 günstigen Pachtzins. Die Pachtzinslöse fließen als Til-
2231 gungen dem Bodenfonds wieder zu. Auf diese Weise
2232 können Grundstücke langfristig für bezahlbaren Woh-
2233 nungsbau gesichert werden und es wird eine kosten-
2234 dämpfende Wirkung für den gemeinwohlorientierten
2235 Wohnungsbau erreicht.

2236

2237 Wir werden den Kommunen schnellstens die Möglich-
2238 keit geben, eine Grundsteuer C für unbebaute Grund-
2239 stücke einzuführen, um so gegen Spekulation vorzuge-
2240 hen. Die erzeugte Mobilisierung von Bauland hat beru-
2241 hende Wirkung auf den ganzen Markt.

2242

2243 Wir werden die Grunderwerbsteuer für die Errichtung
2244 mietpreisgebundenen Wohnraums durch ein gezieltes
2245 Landesprogramm erstaten, um weitere Anreize zur
2246 Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu setzen.

2247

2248 Landeseigene Grundstücke werden wir vorrangig für
2249 mietpreisgebundenen Wohnungsbau zur Verfügung
2250 stellen.

2251

2252 Wir werden insbesondere finanzschwache Kommunen
2253 dabei unterstützen, die Entwicklung von Baugebieten
2254 nicht nur privaten Investoren zu überlassen. Wir wer-
2255 den sie dabei unterstützen, selbst zu Akteuren zu wer-
2256 den. Dies kann über kommunale Vorkaufsrechte, Ent-
2257 wicklung von Bauland nur bei (zumindest anteiligem)
2258 Verkauf an die Kommune sowie bei der Entwicklung
2259 von Konzeptvergaben geschehen. Damit kommunale
2260 Grundstücke vor dem Hintergrund der Finanznot einer
2261 Kommune nicht allein an den Meistbietenden verkauft
2262 werden, werden wir Kommunen bei der Nutzbarma-
2263 chung für Lösungen für mietpreisgebundenen Wohn-
2264 raum unterstützen.

2265

2266 Die Kommunen werden wir bei der Erstellung kom-
2267 munalen Wohnungs- und Wohnflächenbedarfsanalysen
2268 unterstützen und ermutigen die Kommunen zur Nut-
2269 zung der Instrumente des Baulandmobilisierungsgeset-
2270 zes (Baugebote, Erleichterung des Ausbaus von Dachge-
2271 schossen, Grundsteuer C).

2272

2273 Damit wir beim Wohnungsbau nicht immer mehr Flä-

2274 chen im Land versiegeln, reaktivieren und stärken wir
2275 Instrumente zur Schaffung von Wohnbauflächen, ohne
2276 bisher ungenutzte Freiflächen zu bebauen. In sehr vie-
2277 len Kommunen bestehen noch Potentiale zur Verdich-
2278 tung des vorhandenen Wohnungsbestandes oder des
2279 Ausbaus von Dachgeschossen. Überdies haben wir ge-
2280 rade in den altindustriell geprägten Regionen Brachflä-
2281 chen, die vor der Inanspruchnahme von Freiraum reak-
2282 tiviert werden müssen. Bodenfonds können den Kom-
2283 munen des Weiteren helfen, ihre Wohnflächenbedarfe
2284 zu finanzieren. Erhebliche Potentiale ergeben sich auch
2285 durch Verbesserungen der Stadt-Umland-Beziehungen.
2286 Sowohl die Digitalisierung als auch ein massiver Aus-
2287 bau von Bus und Bahn kann einen maßgeblichen Beitrag
2288 zur Stärkung der Kommunen, der Bekämpfung des Woh-
2289 nungsmangels zur Stärkung der Eigentumsbildung leis-
2290 ten, weil Immobilien auf dem Land immer noch deutlich
2291 erschwinglicher als in den Zentren sind.

2292

2293 **Umbau statt Neubau**

2294

2295 Wir werden zusätzlich ein großangelegtes Programm
2296 zum „Umbau statt Neubau“ starten, um vorhandene
2297 Bausubstanz zu verbessern, Fehlnutzungen entgegen-
2298 zuwirken, Kosten zu sparen und das Klima zu schützen.
2299 Der größte Klimaschaden eines Hauses entsteht beim
2300 Bau. Deshalb ist es sinnvoll bestehende Bausubstanz
2301 möglichst zu erhalten, statt alles neuzubauen.

2302

2303 Häufig ist ein Umbau bestehender Immobilien
2304 ressourcen- und umweltschonender als der Neu-
2305 bau. Den Baubestand in Nachbarschaften, Orten und
2306 Dörfern wollen wir erhalten und modernisieren. Wir
2307 wollen das Aussterben der Ortskerne bei gleichzeitigem
2308 Wachstum am Ortsrand (Donut-Effekt) und damit
2309 fortschreitende Zersiedelung und Flächenversiegelung
2310 verhindern. Daher werden wir dazu ermutigen den
2311 aktuellen Bestand zu ertüchtigen und klima- und um-
2312 weltschonend zu sanieren. Damit die Kosten nicht allein
2313 getragen werden müssen, werden wir die energetische
2314 Sanierung sowie den Umbau auf modernen Standard
2315 und für altersgerechtes Wohnen stärker als bisher
2316 fördern.

2317

2318 Dafür werden Projekte wie „Jung kauft Alt“ fortführen,
2319 anpassen und ausweiten. Gleichzeitig werden wir stär-
2320 ker als bisher die Stadt-Umland-Beziehungen für eine
2321 zukunftsorientierte Wohnungspolitik nutzen. Deshalb
2322 sorgen wir für bessere Verkehrsverbindungen zwischen
2323 Stadt und Umland. Die Arbeitswelt wird smarter und
2324 auch mobiler. Die zunehmende Möglichkeit von Home-
2325 office kann hier unterstützend wirken. Dafür braucht es
2326 die entsprechenden Voraussetzungen. Gerade in ländli-

2327 chen Gebieten ist es für einen Arbeitsplatz zu Hause un-
2328 abdingbar, dass es ein vernünftiges Mobilfunknetz und
2329 eine gute Internetverbindung gibt.

2330

2331 Einen besonderen Fokus legen wir auf die Barrierefrei-
2332 heit für alle Generationen: Wir wollen, dass die Men-
2333 schen in Nordrhein-Westfalen auch im Alter dort wei-
2334 terleben können, wo sie verwurzelt sind. Wir werden da-
2335 her bei Umbaumaßnahmen Barrierefreiheit stärker un-
2336 terstützen.

2337

2338 **Lebenswerte Städte, Gemeinden und Dörfer**

2339

2340 Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir
2341 legen Wert darauf, dass sich die Menschen in ihrem
2342 Wohnumfeld wohlfühlen können. Dazu gehört eine gu-
2343 te Nah- und Gesundheitsvorsorge, eine breite Bildungs-
2344 infrastruktur, ein gesundes und nachhaltiges Mikrokli-
2345 ma in der Wohnumgebung sowie eine gute öffentliche
2346 Nah- und Fahrradverkehrsanbindung.

2347

2348 Die Städte und Gemeinden werden wir bei der Ent-
2349 wicklung von integrierten Siedlungskonzepten unter-
2350 stützen, die alle Aspekte von Wohnen mit kurzen Wegen
2351 vereinen.

2352

2353 Die Städtebauförderung und unsere Wohnungspolitik
2354 werden wir darauf ausrichten, dass die Aspekte von
2355 nachhaltigem und gesundem Leben in den Nachbar-
2356 schaften mit Blick auf das gesamte Wohn- und Lebens-
2357 umfeld Berücksichtigung finden.

2358

2359 Wir werden die Städte und Gemeinden bei notwendi-
2360 gen städtebaulichen und ökologischen Umbaumaßneh-
2361 men unterstützen. Zum Beispiel mit einem Investitions-
2362 und Förderprogramm „Mit Wasser und Natur das Quar-
2363 tier lebenswert machen“, um den Auswirkungen des Kli-
2364 mawandels mit neuen und Lebensqualität fördernden
2365 Konzepten zu begegnen. Grün- und Wasserflächen sor-
2366 gen dafür, dass Wasser Raum und Rückhalt findet, zum
2367 Beispiel Stadtgrün oder Dachbegrünung. Solche Flächen
2368 können Regenwasser gezielt aufnehmen, (zwischen-
2369)speichern und wirken zugleich wie große natürliche Kli-
2370 maanlagen.

2371

2372 Die Bedürfnisse von Kindern- und Jugendlichen sollen
2373 in besonderer Weise berücksichtigt werden. Dafür le-
2374 gen wir ein Landesprogramm „1.000 Spielplätze in Nord-
2375 rhein - Westfalen“ auf. Kinder und Jugendliche wollen
2376 wir bei der Entwicklung neuer Spiel- und Freizeitflächen
2377 aktiv beteiligen.

2378

2379 Eine gute Nah- und Gesundheitsversorgung sowie be-

2380 lebte Innenstädte sind für uns der Anspruch. Wir wer-
2381 den daher einen „Masterplan Innenstadt“ auf den Weg
2382 bringen. Auf diesem Weg bringen wir einen attraktiven
2383 Mix aus Handel, Arbeit, Wohnen, Kultur, Handwerk und
2384 Gastronomie in unsere Innenstädte und machen unsere
2385 Kommunen zur aktiven Kraft der Innenstadtpolitik. Un-
2386 ser Ziel: Ein belebter Dorfplatz, eine belebte Innenstadt.
2387

2388 Corona hat die Krise unserer Innerstädte und Stadtteil-
2389 zentren offen zu Tage treten lassen. Die Innenstädte sind
2390 häufig unsere Visitenkarte, Orte der Begegnung, der
2391 Kultur, der Gastronomie, Hotels, nicht nur des Einkaufs.
2392 Zur Strategie der Reaktivierung unserer Innenstädte
2393 wollen wir auch bessere Möglichkeiten schaffen, das
2394 Wohnen in den Städten wieder zu ermöglichen. Dazu
2395 werden wir die Städtebauförderung des Landes ebenso
2396 wie das Baurecht im Rahmen unserer Möglichkeiten an-
2397 passen. Bestehende Förderprogramme des Bundes und
2398 der Länder zeigen, dass es vielfältige Ansätze zur Ver-
2399 bindung von online- und stationärem Handel gibt und
2400 Wohnen in den Innenstädten möglich ist, wenn die so-
2401 ziale und verkehrliche Infrastruktur verbessert wird. Das
2402 Modellprojekt „Smart Cities“ zeigt zahlreiche Beispiele
2403 einer digitalen Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern
2404 zeigt, dass die Digitalisierung vieler Lebensbereiche in
2405 den Kommunen die Lebensqualität verbessert.

2406

2407 **3. EIN MODERNER STAAT DER BÜRGERINNEN UND BÜR-** 2408 **GER: DIGITAL, HANDLUNGSFÄHIG, VERLÄSSLICH**

2409

2410 Der Staat dient uns Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb
2411 soll er gut funktionieren. Die Corona-Pandemie und Flut-
2412 katastrophe haben den Modernisierungsbedarf unse-
2413 res Landes schonungslos offengelegt. Ob Infrastruktu-
2414 ren oder Behörden und Verwaltungen: staatliches Han-
2415 deln muss schneller und effektiver werden. Es geht dar-
2416 um, das Leben der Menschen einfacher zu machen.

2417

2418 Modernisierung fängt bei richtig verstandener Digitali-
2419 sierung an. Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Gu-
2420 te analoge Verfahren werden zu guten digitalen Prozes-
2421 sen. Genau deshalb beteiligen wir alle entscheidenden
2422 Akteure in der Verwaltung und der Zivilgesellschaft am
2423 Digitalisierungsvorhaben. Es sollen gute digitale Prozes-
2424 se entstehen, die Verwaltung leichter statt schwer ma-
2425 chen.

2426

2427 Ein moderner Staat – digital, handlungsfähig und ver-
2428 lässlich – ist die Voraussetzung für gute Politik und funk-
2429 tionierende Demokratie. Als Dienstleister soll der Staat
2430 den Bürgerinnen und Bürgern partnerschaftlich und auf
2431 Augenhöhe begegnen. Gleichzeitig sollen sich alle dar-
2432 auf verlassen können, dass es in Nordrhein-Westfalen

2433 läuft und vorangeht. Das ist unser Anspruch und unser
2434 Versprechen.

2435

2436 Die Voraussetzung eines modernen und handlungsfähigen
2437 Staates sind Investitionen in die Zukunft, eine nach-
2438 haltige Finanzierung sowie ein leistungsfähiger und at-
2439 traktiver Öffentlicher Dienst.

2440

2441 **3.1 WIR MODERNISIEREN DIE VERWALTUNG UND MA-
2442 CHEN NORDRHEIN-WESTFALEN DIGITALER**

2443

2444 Die Verwaltung muss agiler und digitaler werden. Wir
2445 werden die Digitalisierung der Landesverwaltung voran-
2446 treiben und eng mit der Umsetzung des Onlinezugangs-
2447 gesetzes vernetzen. Gemeinsam mit dem Bund und den
2448 Kommunen sorgen wir für eine bürgernahe und effi-
2449 ziente öffentliche Verwaltung, die das Leben der Men-
2450 schen erleichtert und den konkreten Nutzen der Digita-
2451 lisierung verdeutlicht. Weg vom Silo-Denken hin zu ei-
2452 ner handlungsfähigen öffentlichen Verwaltung auf al-
2453 len staatlichen Ebenen. Dies steigert die Akzeptanz und
2454 reduziert mögliche Vorbehalte gegen digitale Prozesse.

2455

2456 **Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen machen wir ge-
2457 meinsam**

2458

2459 Wir wollen die digitale Verwaltung in Nordrhein-
2460 Westfalen für alle Menschen gleichermaßen mit
2461 niedrigen Hürden nutzbar machen. Hier gilt es, die
2462 IT-Infrastruktur in allen Kommunen und auch in der
2463 Landesverwaltung auf einen aktuellen leistungsfä-
2464 higen Stand zu bringen und die Mitarbeitenden in
2465 den Verwaltungen auf diesem Weg von Anfang an
2466 mitzunehmen.

2467

2468 Unser Versprechen ist klar: Für uns ist Digitalisierung
2469 kein Stückwerk, sondern folgt einem echten Masterplan.
2470 Genau diesen erstellen wir am Anfang der kommenden
2471 Wahlperiode und sorgen dafür, dass bis 2030 unser Land
2472 digitales Vorbild in Deutschland wird.

2473

2474 Für uns ist klar, wir brauchen im Rahmen des Master-
2475 plans „Digitales NRW 2030“ eine klare Strategie zur
2476 öffentlichen Datenhoheit, wir wollen einen Digitalrat
2477 gemeinsam mit zentralen Akteuren der Digitalisierung
2478 einführen und gemeinsam mit der IT- und Digitalwirt-
2479 schaft offene Standards und Schnittstellen definieren.
2480 So sorgen wir dafür, dass die öffentliche Verwaltung in
2481 ganz Nordrhein - Westfalen mit Bürgerinnen und Bür-
2482 gern und Unternehmen unkompliziert zusammenarbei-
2483 ten kann.

2484

2485 Die Digitalisierung ist schneller und innovativer als heu-

2486 tige Verwaltungsprozesse. Deshalb schaffen wir Experi-
2487 mentieräume und Reallabore, um damit digitale Tech-
2488 niken gemeinsam frühzeitig und schnell mit Nutzerin-
2489 nen und Nutzern zu testen.

2490

2491 Und weil Digitalisierung Kompetenz braucht und nicht
2492 mal eben nebenbei gemacht werden kann, schaffen wir
2493 attraktive Arbeitsplatzmodelle für IT-Berufe innerhalb
2494 der Landes- und Kommunalverwaltungen.

2495

2496 Zudem wollen wir bereits in der Ausbildung in der öf-
2497 fentlichen Verwaltung ein stärkeres Gewicht auf digita-
2498 le Fähigkeiten legen sowie zur Personalgewinnung neue
2499 Tarifmodelle einführen, Fachkarrieren ermöglichen und
2500 den Quereinstieg aus der Praxis mit verbesserten Quali-
2501 fizierungsangeboten erleichtern.

2502

2503 Gemeinsam mit dem Bund wollen wir für schnelle
2504 Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren
2505 sorgen, um private wie staatliche Investitionen schnell,
2506 effizient und zielsicher umsetzen zu können. Unser Ziel
2507 ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Da-
2508 durch treiben wir auch den flächendeckenden Gigabit-
2509 und 5G-Ausbau konsequent voran. Deshalb werden wir
2510 gemeinsame Standards im Rahmen der Digitalisierung
2511 von Kommunen und Behörden schaffen, um Reibungs-
2512 verluste künftig zu vermeiden. Dazu gehört auch, Behör-
2513 den und Verwaltungen – vor allem auch auf kommuna-
2514 ler Ebene – personell besser auszustatten.

2515

2516 Wir wollen gesellschaftliche, soziale und wirtschaftli-
2517 che Innovationen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft
2518 bestmöglich fördern und so für eine transparente und
2519 partizipative Digitalpolitik sorgen, die über alle Politik-
2520 felder hinweg strategisch umgesetzt wird.

2521

2522

2523 **3.2 WIR MACHEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST ATTRAK-**
2524 **TIVER**

2525

2526 Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst – gute Schulen,
2527 eine präzise Polizei und Justiz, handlungsfähige Ge-
2528 nehmigungsbehörden, eine starke Finanzverwaltung –
2529 sind von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des
2530 Landes. Ohne einen handlungsfähigen Staat, ohne gu-
2531 te Dienstleistungen für die Menschen durch einen leis-
2532 tungsfähigen öffentlichen Dienst verlieren die Bürgerin-
2533 nen und Bürger Vertrauen in unser Land.

2534

2535 Angesichts von zurzeit fast
2536 **[aktuelle Zahlen vor Parteitagsbeschluss einfügen]**

2537 unbesetzten Stellen beim Land NRW ist die Hand-
2538 lungsfähigkeit des Staates akut gefährdet. Deshalb

2539 ist Sicherung der Handlungsfähigkeit des öffentlichen
2540 Dienstes in NRW, durch die Besetzung offener Stellen,
2541 eine zentrale Aufgabe einer neuen Landesregierung.
2542 Die dazu notwendige Attraktivierung des öffentlichen
2543 Dienstes geht nur mit und nicht gegen die Beschäftig-
2544 ten. Die alte Landesregierung hat es nicht geschafft,
2545 diese Attraktivierung voranzubringen. Auch weil sie
2546 darüber mit den Gewerkschaften keinen Dialog auf
2547 Augenhöhe geführt hat. Uns ist bewusst, dass eine
2548 Attraktivierung der Öffentlichen Dienstes nicht zum
2549 Nulltarif zu erreichen ist

2550

2551 Um den Öffentlichen Dienst für die jungen Menschen in
2552 NRW, aber auch für die jetzt Beschäftigten, attraktiver
2553 zu machen, werden wir im Dialog mit den Beschäftigten
2554 und ihren Gewerkschaften ein Maßnahmenpaket erar-
2555 beiten und umsetzen.

2556

2557 Das heißt ganz konkret:

2558

2559 Wir werden die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beam-
2560 ten schrittweise zurückfahren und an die Arbeitszeit der
2561 Tarifbeschäftigten angleichen. In einem ersten Schritt
2562 werden wir zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Fa-
2563 milie und Beruf die Arbeitszeit von Beamtinnen und Be-
2564 amten mit kleinen Kindern, mit pflegebedürftigen Fami-
2565 lienmitgliedern und im Schichtdienst verringern.

2566

2567 Wir werden die Langzeitarbeitszeiten besser ausgestal-
2568 ten und zu einer Verkürzung der Arbeitszeit nutzen.

2569

2570 Wir werden für eine gerechte und gleiche Besoldung für
2571 Lehrkräfte sorgen.

2572

2573 Wir werden verbindliche Regeln für das Home Office
2574 schaffen.

2575

2576 Wir werden die Kostendämpfungspauschale abschaf-
2577 fen.

2578

2579 Wir werden dem Beispiel anderer Bundesländer folgen
2580 und Landesbeamtinnen und Landesbeamten die Wahl
2581 der Krankenkasse (GKV) ermöglichen, indem das Land
2582 einen Zuschuss für die Beamtinnen und Beamten zahlt,
2583 die sich gesetzlich versichern wollen. So schaffen wir
2584 echte Wahlfreiheit.

2585

2586 Wir werden Schritte zur verbesserten Eingangsbesol-
2587 dung unternehmen.

2588

2589 Wir werden die sachgrundlosen Befristungen in der Lan-
2590 desverwaltung abschaffen.

2591

2592 Wir werden die Bewertungskriterien für Beförderungen
2593 auf strukturelle Benachteiligung von Frauen überprü-
2594 fen, um die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen für
2595 Führungspositionen zu ermöglichen.

2596

2597 **3.3 DEMOKRATIE VON GRUND AUF STÄRKEN**

2598

2599 Demokratie muss man jeden Tag verteidigen. Sie ist
2600 keine Selbstverständlichkeit – auch wenn sie sich zum
2601 Glück in unserem Alltag oft so anfühlt. Wir wollen ein
2602 Land, das sich um seine Demokratinnen und Demo-
2603 kraten bemüht, das Demokratie vermittelt und dazu er-
2604 zieht. Wir stehen für das demokratische Nordrhein -
2605 Westfalen.

2606

2607 **Wir stärken die Politische Bildung**

2608

2609 Zentrales Instrument zur Stärkung der Demokratie ist
2610 die politische Bildung. Sie muss in der Kita beginnen, in
2611 allen Schulformen fortgesetzt und fester Bestandteil der
2612 Weiterbildung sein. Der hohe Anteil fachfremd erteil-
2613 ten Politikunterrichts muss reduziert werden. Wir wer-
2614 den daher auch das Fach Sozialwissenschaften in be-
2615 währter Form wieder einführen. Auch im außerschuli-
2616 schen Bereich muss die politische Bildung für alle ge-
2617 stärkt werden. Dazu wollen wir die Landeszentrale für
2618 politische Bildung als eigenständige Einrichtung besser
2619 ausstatten. Die Förderrichtlinien wollen wir anpassen,
2620 damit bereits Projekte mit Teilnehmenden ab 14 Jah-
2621 ren unterstützt werden können. Den jährlichen Demo-
2622 kratiebericht für Nordrhein-Westfalen werden wir fort-
2623 schreiben.

2624

2625 Politische Bildung findet in Nordrhein-Westfalen auf
2626 vielfältige Weise statt. Demokratischen Bildungsorte
2627 wollen wir noch stärker in ihrer Arbeit unterstützen
2628 und miteinander vernetzen. Die wichtige Arbeit der Ge-
2629 denkstätten in Nordrhein-Westfalen werden wir weiter
2630 fördern und den Ausbau der Gedenkstätte des Kriegsge-
2631 fangenenlagers ‚Stalag 326‘ unterstützen. Wir werden
2632 die Grundlage schaffen, dass junge Menschen bis zum
2633 Eintritt in ihr Berufsleben zumindest einmal eine Ge-
2634 denkstätte oder einen Erinnerungsort besucht haben.
2635 In dem Zusammenhang wollen wir auch die internatio-
2636 nale Jugendarbeit, besonders die Austausche mit Israel,
2637 sowie die Präventionsarbeit mit jungen Menschen, ziel-
2638 gruppenspezifisch, stärken.

2639

2640 **Wir gehen konsequent gegen Rechtsextremismus vor**

2641

2642 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie zum Bei-
2643 spiel Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus sowie
2644 rechte Gewalt sind eine zunehmende Bedrohung für

2645 das gute Zusammenleben der Menschen in Nordrhein-
2646 Westfalen. Rechtsradikale versuchen immer stärker,
2647 Hass als demokratisch legitimierte politische Position zu
2648 tarnen.

2649

2650 Wir stellen uns jeder Form von Rechtsradikalismus ent-
2651 gegen! Jegliche Zusammenarbeit mit rechtsradikalen
2652 Kräften schließen wir aus und werden die auch stets
2653 klar benennen, wenn andere Parteien mit diesen zusam-
2654 menarbeiten. Eine Verharmlosung des Rechtsextremis-
2655 mus durch Verweise und Vergleiche mit anderen Extre-
2656 mismusformen lehnen wir ab. Antifaschistische Arbeit
2657 in Politik und Zivilgesellschaft hat für uns einen hohen
2658 Stellenwert. Wir stehen Schulter an Schulter mit all je-
2659 nen, die sich für unsere Demokratie engagieren. Hier-
2660 zu unterstützen wir die SPD auf Bundesebene bei der
2661 Loslösung dieses Engagements aus der Projektlogik, hin
2662 zu einer langfristigen Unterstützung mithilfe eines De-
2663 mokratiefördergesetzes. Die zukünftige Förderung muss
2664 zudem auf Tarifsteigerungen reagieren.

2665

2666 Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus und
2667 zur Prävention gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-
2668 Westfalen werden wir durch Unterstützung bei ihrer
2669 Vernetzung und durch ihren Ausbau stärken.

2670

2671 Auch die Arbeit im Bereich der Beratung und Aufklärung,
2672 der Engagierten gegen den Hass im Netz, der Opferbe-
2673 ratungen und den staatlichen wie insbesondere nicht
2674 staatlichen Hilfen für Ausstiegswillige werden wir wei-
2675 ter unterstützen und dort, wo es nötig ist, ausbauen.
2676 Bereits die letzte SPD geführte Landesregierung brachte
2677 das „integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextre-
2678 mismus“ auf den Weg. An diesem wollen wir anknüp-
2679 fen, die Evaluierung auswerten und das Konzept ge-
2680 benenfalls erweitern. Das kommunale Förderprogramm
2681 „NRWeltoffen“ wollen wir im Rahmen eines Landesde-
2682 mokratiefördergesetzes von einem Förderprogramm zu
2683 einer dauerhaft finanzierbaren Aufgabe machen und
2684 gleichzeitig ausweiten.

2685

2686 Die im SPD „Masterplan gegen Rechtsextremismus“
2687 benannten Punkte werden wir umgehend umsetzen
2688 und, soweit Gesetzesänderungen erforderlich sind, die-
2689 se auf den Weg bringen. Hierzu gehören unter ande-
2690 rem, dass Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden für
2691 rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibili-
2692 siert werden müssen, dass ein Lagebild Antisemitismus,
2693 Rassismus und Diskriminierung erstellen werden muss,
2694 das jährlich dezidiert Auskunft darüber gibt, wie Men-
2695 schen aufgrund ihrer Herkunft, Abstammung und Reli-
2696 gion Opfer von Gewalttaten, rassistischen Angriffen und
2697 Unterdrückung werden und, dass die gesellschaftswis-

2698 senschaftlichen Fächer gleichermaßen über alle Schul-
2699 formen hinweg gestärkt werden, um allen Schülerin-
2700 nen und Schülern die gleiche Ausgangsbasis für die ge-
2701 sellschaftliche Teilhabe in einer Demokratie zu ermögli-
2702 chen.

2703

2704 **Wir modernisieren und stärken die Politische Beteili-**
2705 **gung**

2706

2707 Politische Beteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil
2708 jeder Demokratie. Der Schlüssel zur politischen Teilha-
2709 be ist das Wahlrecht. Wir streben eine umfassende Re-
2710 form des Wahlrechts und Wahlsystems in Nordrhein-
2711 Westfalen an, so dass der Grundsatz der Allgemeinheit
2712 der Wahl erfüllt, die Wahlbeteiligung erhöht und die
2713 Größe des Landtages angemessen begrenzt wird. Wir
2714 wollen das aktive Wahlrecht für Landtagswahlen auf
2715 16 Jahre herabsenken und das kommunale Wahlrecht
2716 auch auf Ausländer und Ausländerinnen aus Nicht-
2717 EU-Staaten erweitern. Schließlich treten wir weiterhin
2718 für eine gleichberechtigte Besetzung von Parlamenten
2719 durch ein verfassungskonformes Paritätsgesetz ein.

2720

2721 Damit Kinder- und Jugendliche gut vorbereitet und
2722 mündig ihre Wahlentscheidung schon mit 16 Jah-
2723 ren treffen können, machen wir die Beteiligung von
2724 Kindern- und Jugendlichen in den Kommunen zur
2725 Pflicht. Dabei legen wir uns keine feste Form der Betei-
2726 ligung fest, sondern ermuntern zum Erproben vielfälti-
2727 ger Formen und Verfahren der Kinder- und Jugendbetei-
2728 ligung im ganzen Land.

2729

2730 Darüber hinaus wollen wir die parlamentarischen und
2731 direktdemokratischen Verfahren durch beratende For-
2732 men der Bürgerbeteiligung, wie zum Beispiel Bügerrä-
2733 te ergänzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzu-
2734 geben. Auf Landesebene werden wir Bügerräte zu kon-
2735 kreten Fragestellungen einsetzen und hierdurch der so-
2736 zial ungleichen Teilhabe an politischen Prozessen ent-
2737 gegenwirken, indem möglichst viele Interessen frühzei-
2738 tig eingebunden werden, die sonst keine Berücksichti-
2739 gung finden. Die Erfahrungen mit Bügerräten sollen
2740 mittelfristig in ein Bürgerbeteiligungsgesetz einfließen.
2741 Zudem werden wir auf kommunalen Ebene Verfahren
2742 prüfen, die den gemeinsamen Austausch und das kol-
2743 lektive Abwägen konkreter Entscheidungsprobleme be-
2744 inhalteln. Außerdem wollen wir Kommunen dabei unter-
2745 stützen, sich Regelungen für ihre Bürgerbeteiligungsver-
2746 fahren (z.B. Bürgerbeteiligungssatzungen) zu geben. So
2747 wird für die Menschen in den Städten und Gemeinden
2748 transparent, wie sie sich außerhalb von Wahlen einbrin-
2749 gen können. Gleichzeitig wird der kommunalen Selbst-
2750 verwaltung Rechnung getragen.

2751

2752 Die Rahmenbedingungen für das kommunale politische
2753 Ehrenamt werden wir verbessern, zum Beispiel durch
2754 familienfreundliche Sitzungszeiten oder digitale Sitzun-
2755 gen. Wir wirken außerdem darauf hin, Aufsichtsgremi-
2756 en und Vorstände von öffentlich-rechtlichen Unterneh-
2757 men paritätisch zu besetzen. Die Attraktivität des kom-
2758 munalpolitischen Ehrenamtes soll in Zusammenarbeit
2759 mit den kommunalpolitischen Vereinigungen erhöht
2760 und Rahmenbedingungen angepasst werden, um bis-
2761 her unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen für
2762 die Kommunalpolitik zu gewinnen.

2763

2764 **Wir stärken das ehrenamtliche Engagement**

2765

2766 Ein weiteres Fundament unserer offenen demokrati-
2767 schen Gesellschaft bildet das ehrenamtliche Engage-
2768 ment. Die rund sechs Millionen Ehrenamtlichen in
2769 Nordrhein- Westfalen in rund 120.000 Vereinen und
2770 Organisationen werden wir strukturell stärken. Eine
2771 besondere Herausforderung wird dabei in den kom-
2772 menden Jahren die durch die Corona-Pandemie weg-
2773 gebrochene ehrenamtliche Struktur darstellen, die wir
2774 gemeinsam mit den Kommunen reaktivieren werden.
2775 Hierzu werden wir ein Landesprogramm, sowie auch
2776 kommunale Programme zur Demokratieförderung auf-
2777 bauen. Die Engagementstrategie inklusive der Kleinst-
2778 förderung werden wir weiterentwickeln und fortschrei-
2779 ben. Wir wollen junge Menschen für das Ehrenamt be-
2780 geistern und gemeinsam mit dem Bund Haftungsrisi-
2781 ken reduzieren. Insbesondere in strukturschwachen Re-
2782 gionen wollen wir bürgerschaftliches Engagement auch
2783 mit Hilfe der Deutschen Stiftung für Engagement und
2784 Ehrenamt stärken.

2785

2786 **3.4 HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN GARANTIEREN LE- 2787 BENSWERTE HEIMAT**

2788

2789 Lebenswerte Städte und Gemeinden sind die Basis für
2790 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kommunen sind Hei-
2791 mat für die Menschen! Denn nur dort, wo Menschen
2792 sich zuhause fühlen, übernehmen sie auch Verantwor-
2793 tung für ihre Stadt, ihr Dorf und ihr Wohnviertel. Hier
2794 existieren intakte Nachbarschaften, vor Ort hält man zu-
2795 sammen und gestaltet eine gemeinsame Zukunft.

2796

2797 Nur mit gesunden Finanzen sind Städte und Gemeinden
2798 auch politisch handlungsfähig. Deshalb wollen wir die
2799 Kommunen als Herzkammern unseres demokratischen
2800 Systems wieder befähigen, aktiv die Zukunft der Städ-
2801 te und Gemeinden zu gestalten und dafür sorgen, dass
2802 die Stadtparlamente relevante Entscheidungsspielräu-
2803 me haben. Verwaltungen müssen mehr sein als Such-

2804 maschinen für das nächste Förderprogramm. Zudem
2805 müssen kommunale Verwaltungen vom teilweise un-
2806 einheitlichen und unverhältnismäßig hohen bürokrati-
2807 schen Aufwand bei der Inanspruchnahme, Umsetzung
2808 und Abwicklung von Förderprogrammen entlastet wer-
2809 den. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden
2810 wieder aus eigener Kraft kommunale Infrastruktur und
2811 hochwertige öffentliche und bürgernahe Dienstleistun-
2812 gen zur Verfügung stellen können. Eine SPD-geführte
2813 Landesregierung führt den Dialog mit den Kommunen
2814 auf Augenhöhe und bindet sie stärker in Entscheidungs-
2815 prozesse ein.

2816

2817 **Wir lassen die Kommunen bei den Folgen der Coronakri-**
2818 **se nicht im Regen stehen**

2819

2820 Dem guten Beispiel anderer sozialdemokratisch regier-
2821 ter Bundesländer folgend, nehmen wir die Kommunen
2822 bei den Gewerbesteuerausfällen unter den Rettungs-
2823 schirm. Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2021
2824 und 2022 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von
2825 100% des pandemiebedingten Ausfalls bei der Gewerbe-
2826 steuer zu. Nach Möglichkeit wollen wir die Kommunen
2827 auch im Jahr 2023 in dieser Weise unterstützen.

2828

2829 Wir sichern für die kommunalen Haushalte 2022 bis
2830 2024 entsprechende Ausgleichsmittel in Höhe von 50%
2831 des pandemiebedingten Ausfalls bei der Gewerbesteu-
2832 er zu und setzen auf die Mithilfe des Bundes bei den ver-
2833 bleibenden 50%.

2834

2835 Die Kommunalfinanzen auf Grund der Coronapandemie
2836 aufzustocken war richtig und notwendig. Wir lehnen
2837 aber die „Kreditierung“ ab, wie es Schwarz-Gelb umge-
2838 setzt hat. Unter einer SPD-geführten Landesregierung
2839 wird es keine Rückforderung der Ausgleichsbeträge für
2840 2021 & 2022 und in späteren Jahren geben. Vielmehr
2841 werden wir die Kommunen auch in den Jahren 2023 bis
2842 2025 wirksam von den Corona bedingten Lasten schüt-
2843 zen. Deswegen braucht es echte finanzielle Unterstüt-
2844 zung, um die Kommunen nicht in eine „neue“ Altschul-
2845 denfalle laufen zu lassen.

2846

2847 **Wir stellen die Kommunalfinanzen auf neue und nach-**
2848 **haltige Füße**

2849

2850 Gemeinsam mit dem Bund schaffen wir eine Lösung für
2851 die kommunalen Altschulden, damit Zukunfts- und Ent-
2852 wicklungsperspektiven landesweit wieder gleich stark
2853 werden. Notfalls werden wir eine landeseigene Lösung
2854 schaffen.

2855

2856 Wir werden die Kommunen in die Lage versetzen, ziel-

2857 gerichtet in Zukunftsprojekte (wie z.B. attraktive Innen-
2858 städte) investieren zu können. Hierfür stellen wir daher
2859 ausreichende Mittel bereit.

2860

2861 Wir machen die Kommunen widerstandsfähig für künf-
2862 tige Krisenzeiten. Dazu braucht es eine dauerhafte und
2863 aufgabenangemessene Grundfinanzierung der Städte,
2864 Gemeinden und Kreise. Wir stellen zudem fest, dass vie-
2865 le Kommunen an Kapazitätsgrenzen stoßen, was die In-
2866 anspruchnahme der vielfältigen Förderprogramme der
2867 Bundes- und Landesebene angeht. Zunehmend müs-
2868 sen Städte und Gemeinden zusätzliche Personalressour-
2869 cen nur für die Administration von Fördermitteln ein-
2870 setzen. Dem wollen wir Rechnung tragen und die breite
2871 Förderkulisse übersichtlicher und weniger bürokratisch
2872 gestalten zugunsten einer verbesserten Grundfinanze-
2873 rung der Kommunen. Wir werden daher den Verbund-
2874 satz schnellstmöglich auf zunächst 24 Prozent anheben.
2875 Die Anhebung des Verbundsatzes auf 25 Prozent ver-
2876 knüpfen wir mit der Evaluation der Förderprogramme,
2877 um die hierdurch freiwerdende Finanzmittel zur Gegen-
2878 finanzierung einzusetzen.

2879

2880 Wir stärken daher den kommunalen Finanzausgleich.
2881 Er soll die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingun-
2882 gen unserer Kommunen ausgleichen und so das Errei-
2883 chen gleichwertiger Lebensbedingungen befördern. Die
2884 Verlagerung von Mitteln hin zu finanzkraftunabhängi-
2885 gen Zuweisungen lehnen wir ab. Das GFG ist so auszu-
2886 gestalten, dass echte Zuweisungen die Last für die kom-
2887 munale Ebene wirksam reduzieren – und zwar auch bei
2888 deren Sozialausgaben.

2889

2890 Die Kommunen brauchen mehr Unterstützung bei den
2891 Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Hier werden wir
2892 ansetzen und partnerschaftlich eine Lösung für die Auf-
2893 wärtdynamik bei den Kosten erreichen. Wir brauchen
2894 einen familienpolitischen Neustart in der Kinderbetreu-
2895 ung mit fairer Kostenverteilung. Weitere familienpoli-
2896 tisch sinnvolle Maßnahmen bringen wir gerne auf den
2897 Weg, aber wir stellen sicher, dass dann auch der Grund-
2898 satz gilt: Wer bestellt, der bezahlt auch. Wir stellen so
2899 sicher, dass das Land keine Versprechen macht, die von
2900 den Kommunen finanziert werden müssen.

2901

2902 Wir stellen Förderprogramme und das kommunale Ver-
2903 gaberecht auf den Prüfstand, um bürokratische Hemm-
2904 nisse zu beseitigen. Insbesondere die Kommunen, die
2905 kaum in der Lage sind, Eigenbeiträge im Rahmen von
2906 Förderprogrammen zu erbringen, brauchen unsere Un-
2907 terstützung. Tariftreue, die Unterbindung von Kinderar-
2908 beit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden in einem
2909 modernen Vergaberecht garantieren, ohne dafür kom-

2910 munale Vergabeprozesse zu verlängern. Gerade in der
2911 Zeit nach Corona brauchen wir unsere Kommunen als
2912 Impulsgeber für einen Konjunkturaufschwung.

2913

2914 **Gute Zusammenarbeit**

2915

2916 Wir bekennen uns zu interkommunaler und regionaler
2917 Zusammenarbeit – und fördern diese. Das Wohlergehen
2918 der eigenen Kommunen darf nicht durch ruinösen Wett-
2919 bewerb auf dem Rücken der Nachbarn aufbauen.

2920

2921 **Zukunftsfähige Daseinsvorsorge**

2922

2923 Die kommunalen Unternehmen gewährleisten vor Ort
2924 eine hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge in den Be-
2925 reichen Wohnen, Energie, Entsorgung, Verkehr, Wasser
2926 und Telekommunikation. Mit den kommunalen Unter-
2927 nehmen befinden sich wichtige Teile der lokalen Infra-
2928 struktur in Bürgerhand. Wir werden die Strukturen für
2929 kommunale Unternehmen weiter verbessern und un-
2930 terstützen die vielfältigen Kooperationen mit der örtli-
2931 chen Wirtschaft.

2932

2933 Unsere Sparkassen sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen
2934 sie weiter stärken. Eine Privatisierung des Sparkassen-
2935 sektors kommt für uns nicht in Frage. Durch die an-
2936 haltende Niedrigzinsphase und immer höhere Regulie-
2937 rungsanforderungen vom Bund und der EU ist ihr Ge-
2938 schäft schwieriger geworden. Trotzdem bleiben die Fili-
2939 alden und die Kundennähe ein Markenkern der Spar-
2940 kassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigten
2941 in den Sparkassen weiterhin angemessen entlohnt wer-
2942 den und die Tarifbindung nicht infrage gestellt wird.

2943

2944 **3.5 ZUKUNFTSINVESTITIONEN UND NACHHALTIGE FI-** 2945 **NANZEN**

2946

2947 Die Infrastruktur in Deutschland ist in vielen Bereichen
2948 nicht zukunftsfest. Das wollen wir nicht beklagen, son-
2949 dern schlicht ändern.

2950

2951 Wir folgen hierbei klar den Hinweisen der Wissenschaft.
2952 Denn inzwischen sind sich alle führenden Wirtschafts-
2953 institute Deutschlands einig, dass Haushaltskonsolidie-
2954 rung um jeden Preis und notwendige Investitionen nicht
2955 zusammenpassen. Allein in Nordrhein - Westfalen be-
2956 steht eine Investitionslücke von mindestens 27 Milliar-
2957 den Euro. Ein Kaputtsparen aus dieser Krise darf und
2958 wird es mit uns nicht geben.

2959

2960 Weil die Abschaffung der Schuldenbremse im Bund ak-
2961 tuell keine Mehrheit finden wird, müssen wir alternative
2962 Wege gehen. Daher werden wir andere Instrumente, die

2963 uns zur Verfügung stehen aktiv nutzen.
2964
2965 Die Schuldenbremse mauert uns nicht so sehr ein, wie
2966 sie aktuell in Nordrhein - Westfalen gelebt wird. Wir
2967 wollen Spielräume geben, statt sie weiter zu begren-
2968 zen. Deshalb werden wir die „Konjunkturkomponente“
2969 in der Schuldenbremse in Nordrhein - Westfalen weni-
2970 ger restriktiv verankern als heute. Unser Ziel: Spielräu-
2971 me für Investitionen gewinnen.
2972
2973 Wir gehen aber auch alternative Finanzierungswege.
2974 Wir haben gelernt: Das Programm „Gute Schule 2020“
2975 war ein Erfolg. Die Abwicklung und Bereitstellung der
2976 Mittel über die NRW.Bank und die Tilgung durch den
2977 Landeshaushalt sind ein Modell, was auch für zukünfti-
2978 ge Investitionsausgaben umgesetzt werden sollte. Hier-
2979 bei können andere Länder wie Berlin oder Hamburg Vor-
2980 bilder sein.
2981
2982 Wir werden prüfen, ob der Corona-Rettungsschirm über
2983 2022 hinaus genutzt werden kann, um einen wirkli-
2984 chen Neustart aus der Krise zu meistern. Auch hier kön-
2985 nen andere Bundesländer Vorbild sein. Gleichzeitig wer-
2986 den wir einen Tilgungsplan zur Rückzahlung der „Coro-
2987 naschulden“ des Landes vorlegen.
2988
2989 Fördermittel des Bundes werden von den Kommunen
2990 aufgrund bürokratischer Hürden oder schlicht fehlender
2991 Planungs- und Baukapazitäten zu wenig abgerufen. Hier
2992 setzen wir uns für eine weitere Verschlankung der An-
2993 tragsverfahrens ein. Für uns gilt: Kein Euro darf verfal-
2994 len.
2995
2996 Die Haushalte von Schwarz-Gelb waren vor allem da-
2997 durch geprägt, dass hunderte Millionen Euro – aufgrund
2998 fehlenden Personals – nicht ausgegeben wurde. Zehn-
2999 tausend offene Stellen in den Schulen, den Finanzäm-
3000 tern und bei der Justiz zeigen, dass diese Landesregie-
3001 rung keinen Plan hat, wie sie dieses Problem angehen
3002 soll. Offene Stellen unterrichten aber keine Schüler*in-
3003 nen oder genehmigen Brücken und Straßen.
3004
3005 Jede Betriebsprüfung bringt im Schnitt mehr als ei-
3006 ne Millionen Euro Mehreinnahmen für die öffentliche
3007 Hand. Wir werden das Personal in diesem Bereich weiter
3008 verstärken, weil es sich direkt finanziell positiv auswirkt.
3009
3010 Den Kampf gegen jede Form der Steuerhinterzie-
3011 hung, -vermeidung und -betrug werden wir in der
3012 erfolgreichen Tradition unseres ehemaligen NRW-
3013 Finanzministers Norbert Walter-Borjans konsequent
3014 weiterführen – sei es gesetzgeberisch oder personell.
3015 Hierzu werden wir auch die Möglichkeiten der Digi-

3016 talisierung der Steuerbehörden nutzen. Wir dürfen
3017 den Entwicklungen nicht hinterherrennen, sondern
3018 müssen sie schon im Keim ersticken. Die juristische
3019 Aufarbeitung des betrügerischen Steuerraubs durch
3020 CumEx werden wir aktiv unterstützen.

3021

3022 Das Gleiche gilt für den Bereich Geldwäsche. Die Län-
3023 der haben hier die Aufgabe, Nichtfinanzinstitutionen,
3024 Makler, Notare und Händler zu überwachen. Es bedarf
3025 massiv mehr Personal und Mittel, um dieser Aufgabe
3026 nachzukommen. Hier müssen mögliche Gesetzeslücken
3027 geschlossen werden. Wir werden die Einrichtung einer
3028 Landesbehörde zur Bekämpfung der Geldwäsche, in der
3029 die bisher zersplitterten Zuständigkeiten auf Landes-
3030 ebene gebündelt werden sollen, prüfen.

3031

3032 Die positiven Auswirkungen der Neuregelung der Bund-
3033 Länder-Finzen unter Hannelore Kraft wirken sich bis
3034 heute positiv auf den Haushalt aus.

3035

3036 Durch die gescheiterte Reform der Erbschaftssteuer und
3037 der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer werden
3038 die finanziellen Spielräume der Länder eingeschränkt.
3039 Diese Mittel fehlen für dringend notwendige Maßnah-
3040 men. Zusätzliche finanziellen Spielräume können so
3041 nur durch steigende Steuereinnahmen auf Grund wirt-
3042 schaftlicher Dynamik entstehen. Umso wichtiger ist es
3043 durch staatliche Investitionen und die Unterstützung
3044 der Wirtschaft für den Neustart aus der Krise diese Dy-
3045 namik zu fördern.

3046

3047 Geringe Steuereinnahmen auf Grund von Entscheidun-
3048 gen des Bundes, zum Beispiel durch sogenannte Su-
3049 perabschreibungen, sind für den Landeshaushalt nicht
3050 finanzierbar. Entsprechende Einnahmeverluste müssen
3051 den Ländern und Kommunen kompensiert werden.

3052

3053 Befristete Hilfen des Bundes für Integration, Bildung
3054 und weitere Aufgaben, müssen verstetigt werden.

3055

3056 Wir als SPD stehen für eine starke und handlungsfähige
3057 öffentliche Hand. Wir wollen die Finanzmittel aufbrin-
3058 gen, die es für gute Schulen, gute Straßen und Brücken
3059 und für eine moderne Verwaltung braucht. So machen
3060 wir das Leben vieler Menschen besser und stärken aktiv
3061 die Wirtschaft in Nordrhein - Westfalen. Denn LKW müs-
3062 sen über Brücken fahren, Züge müssen rollen, Fachkräfte
3063 müssen ausgebildet werden. Deshalb ist eine Landesre-
3064 gierung, die investiert, das Rückgrat eines erfolgreichen
3065 Landes. Investitionen in die Zukunft, mehr Mittel für Bil-
3066 dung und entschlossene Maßnahmen gegen die Folgen
3067 der Pandemie werden dazu beitragen zukünftige finan-
3068 zielle Belastungen für das Land zu vermeiden. Genau so

3069 eine Landesregierung wollen wir anführen.

3070

3071

3072

3073 **4. WIE WIR (MITEINANDER) LEBEN WOLLEN**

3074

3075 **4.1 WIR SCHAFFEN MODERNE MOBILITÄT: VERLÄSSLICH,**

3076 **BEZAHLBAR UND ÖKOLOGISCH**

3077

3078 Mit uns wird es diesen derzeitigen Stillstand in

3079 Nordrhein-Westfalen nicht mehr geben. Unser Ziel

3080 ist umfassende Verkehrs- und Mobilitätswende, um

3081 umweltschonender, verlässlicher und für alle bezahlbar

3082 unterwegs zu sein.

3083

3084 Mobilität ist für uns ein zentraler Baustein der Daseins-

3085 vorsorge, Voraussetzung für gleichwertige Lebensver-

3086 hältnisse und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft-

3087 und des Logistikstandorts Nordrhein-Westfalen. Wir

3088 wollen und wir müssen die Verkehrsinfrastruktur unse-

3089 res Landes ausbauen und modernisieren, auch damit die

3090 vielfältigen Mobilitätsangebote für die Menschen zu-

3091 kunftssicher aufgestellt sind

3092

3093 Wir nehmen dafür Geld in die Hand, um deutlich mehr in

3094 die öffentlichen Verkehrsangebote und in die Verkehrs-

3095 infrastruktur unseres Landes zu investieren.

3096

3097 Wir wollen, dass unser Land seinen Beitrag zur Errei-

3098 chung der Klimaschutzziele für 2030 und 2045 leistet.

3099 Deshalb werden wir uns für eine deutlich stärkere Ver-

3100 lagerung von Verkehrsanteilen auf die Anbieter öffentli-

3101 cher Verkehre wie den öffentlichen Personennahverkehr

3102 (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sowie

3103 Deutsche Bahn für die Fernstrecken einsetzen. Auch die

3104 Schienengüterverkehre und die Verkehre auf den Bin-

3105 nenwasserstraßen wollen wir nachhaltig und stärker

3106 fördern. Zu unserem Aufbruch in der Mobilitätspolitik

3107 gehört eine umfassende Digitalisierung, wie auch eine

3108 Erhöhung des Innovationstempos.

3109

3110 Wir wollen die Verkehrswege so ausbauen, dass al-

3111 le Verkehrsträger attraktive Angebote für die Mobili-

3112 tät der Menschen und der Wirtschaft bieten können.

3113 Das bedeutet einen erheblichen Ausbau der Verkehrs-

3114 infrastruktur vom Fuß- und Radverkehr über ÖPNV und

3115 Schiene bis zur Stärkung der Binnenschifffahrtswege.

3116 Mobilitätsangebote müssen für jeden erreichbar und

3117 bezahlbar sein, denn Mobilität sichert gesellschaftliche

3118 Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg.

3119

3120 **Fuß- und Radverkehr (Nahmobilität)**

3121

3122 Wir wollen die Nahmobilität deutlich stärken. Das be-
3123 deutet einen Umbau der Verkehrsinfrastruktur, insbe-
3124 sondere in den Kommunen sowie viele Maßnahmen zur
3125 Steigerung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und
3126 Radfahrer. Die Förderung der Nahmobilität muss Chef-
3127 sache werden. Deswegen wollen wir eine Stabsstelle
3128 Nahmobilität beim Landesverkehrsministerium schaf-
3129 fen.

3130

3131 Wir wollen die Radwegenetze im Land ausbauen und Lü-
3132 cken in den Vorrangnetzen für den Radverkehr schlie-
3133 ßen. Die bereits definierten Radschnellwege werden
3134 mit uns auch schnell Gestalt annehmen. Dazu nutzen
3135 wir die neuen Chancen des Bundes, um Planungs- und
3136 Bauverfahren zu beschleunigen.

3137

3138 Allein werden wir all dies nicht schaffen. Insbesondere
3139 die Kommunen sind unsere Partner und zentrale Akteu-
3140 re für die Verkehrswende. Gemeinsam wollen wir mit
3141 den Kommunen konkrete Ziele für die Fahrrad- und Nah-
3142 mobilität vereinbaren und die vereinbarten Maßnah-
3143 men mit ausreichend finanziellen Mitteln hinterlegen.
3144 n. Das gilt vor allem für die Umgestaltung der vorhande-
3145 nen Verkehrsflächen und den Ausbau der zugehörigen
3146 Infrastruktur, wie z.B. Radwegenetze, Fahrradabstellan-
3147 lagen und Servicestationen, Ladestationen für E-Bikes,
3148 Pedelecs usw.

3149

3150 **Schienerverkehr, ÖPNV und SPNV**

3151

3152 Für den von uns angestrebten Modernisierungsschub ist
3153 auch eine durchgängige Digitalisierung der Kundenan-
3154 gebote für den Personenverkehr erforderlich. Mit lan-
3155 deseinheitlicher Kunden-App auf dem Smartphone und
3156 Kilometer genauer Abrechnung der Beförderungsleis-
3157 tung, wollen wir für ganz Nordrhein - Westfalen einen
3158 wichtigen Schritt in die digitale Zukunft machen.

3159

3160 Dieser Mobilisierungsschub soll an den ländlich gepräg-
3161 ten Räumen des Landes nicht vorbeigehen. Deshalb
3162 werden wir die Erreichbarkeit von ÖPNV- und SPNV-
3163 Angeboten für jeden Menschen im Land per Mobilitäts-
3164 garantie, d.h. ab der eigenen Haustür bis zum nächs-
3165 ten Anknüpfungspunkt öffentlicher Verkehrsinfrastruk-
3166 tur, gewährleisten.

3167

3168 Wir werden die Elektrifizierung und Reaktivierung von
3169 Bahnstrecken weiter vorantreiben, das vorhandene Stre-
3170 ckenetz ausweiten und barrierefreie Mobilitätsstatio-
3171 nen zur Verknüpfung von Mobilitätsangeboten ver-
3172 schiedenster Art besonders fördern. Auch die Schienen-
3173 güterverkehre wollen wir in enger Abstimmung mit der
3174 Deutschen Bahn AG im Rahmen unserer Möglichkeiten

3175 entschlossen fördern, um die Straßen vom Güterverkehr
3176 zu entlasten.

3177

3178 Den Dschungel an Sonder-Tickets und Monatskarten für
3179 junge Menschen werden wir abschaffen. Für Schülerinnen
3180 nen und Schüler werden wir ein kostenfreies Ticket ein-
3181 führen. Damit entlasten wir nicht nur die Schulträger,
3182 Kommunen und Verkehrsunternehmen von erheblicher
3183 Bürokratie, sondern stärken die umweltfreundliche Mo-
3184 bilität von Kindesbeinen an.

3185

3186 Wie bereits im Kapitel „Die gute Arbeit von morgen“
3187 ausgeführt, werden wir die Kosten für das Azubiticket
3188 reduzieren und dem Niveau von Studierendentickets an-
3189 gleichen.

3190

3191 Ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr setzt
3192 Verlässlichkeit der Mobilitätsangebote voraus. Grundla-
3193 ge dieser Verlässlichkeit ist eine gute personelle Ausstat-
3194 tung der Verkehrsunternehmen mit qualifizierten Ar-
3195 beitskräften. Deswegen werden wir uns auch zukünft-
3196 ig für tarifliche- und soziale Standards und gute Aus-
3197 bildungsbedingungen für die Beschäftigten einsetzen.

3198

3199 **Straßenverkehr**

3200

3201 Hauptverkehrsträger in Nordrhein-Westfalen ist weiter-
3202 hin die Straße mit jeweils rund 70 % Verkehrsanteil bei
3203 Personen und Gütern. Deshalb werden wir die Investi-
3204 tionen in den Erhalt des vorhandenen Landesstraßen-
3205 netzes fortführen und die Kommunen weiterhin verläss-
3206 lich unterstützen. Gute Straßenverhältnisse verhindern
3207 Staus und senken die Lärmbelastung für die Anwohne-
3208 rinnen und Anwohner.

3209

3210 Hinsichtlich der Autobahn GmbH werden wir uns,
3211 mit Blick auf die neue Zuständigkeit des Bundes in
3212 Nordrhein-Westfalen, für die Einsetzung eines politi-
3213 schen Beirates einsetzen, um eine landesseitige de-
3214 mokratische Kontrolle und Interessenvertretung zu ge-
3215 währleisten. Die Abarbeitung des Bundesverkehrswege-
3216 plans 2030, insbesondere was den vordringlichen Bedarf
3217 mit Engpassbeseitigung angeht, werden wir weiterhin
3218 nachhaltig unterstützen.

3219

3220 Der erschreckende Anstieg des Straßengüterverkehrs
3221 treibt unser Land weiter in den Stau. Deswegen werden
3222 wir uns dafür einsetzen eine vermehrte Verlagerung von
3223 Güterverkehren auf die Schiene und die Binnenwasser-
3224 straßen zu bewirken.

3225

3226 Den Ausbau der E-Mobilität werden wir als ein weite-
3227 res zentrales Element einer gelingenden Verkehrswen-

3228 de weiter fördern. Dazu gehört auch die Entwicklung der
3229 entsprechenden Infrastruktur, wie zum Beispiel von La-
3230 desäulen.

3231

3232 **Luftverkehr**

3233

3234 Der Luftverkehr ist das Tor in eine globalisierte Welt.
3235 Auch hier wollen wir Nordrhein-Westfalen zukunfts-
3236 orientiert fortentwickeln. Das heißt Planungssicherheit
3237 für die Flughäfen durch ein Nordrhein - Westfalen-
3238 Luftverkehrskonzept einerseits und vermehrten Lärm-
3239 schutz für die Anwohnerinnen und Anwohner anderer-
3240 seits.

3241

3242 Das dezentrale Luftverkehrssystem in Nordrhein-
3243 Westfalen hat sich bewährt. Wir brauchen auch
3244 zukünftig die Anbindung der Regionen an die Hubs des
3245 internationalen Luftverkehrs und einen Frachtflughafen
3246 Köln/Bonn, der 7 Tage die Woche und 24 Stunden am
3247 Tag geöffnet ist. Wir wollen das verbinden mit einem
3248 wirksamen Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner
3249 vor Fluglärm und sonstigen Emissionen, indem wir auf
3250 den Einsatz modernsten Fluggeräts drängen. Zudem
3251 werden wir eine stärkere Spreizung von Start- und
3252 Landeentgelten für die Fluggesellschaften unter ökolo-
3253 gischen Gesichtspunkten schaffen. Das gilt auch für die
3254 Überschreitung von Betriebszeiten.

3255

3256 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die
3257 Förderung des Luftverkehrs ohne Wettbewerbsverzer-
3258 rungen stattfinden kann. Das bedeutet mit einer star-
3259 ken Stimme in Berlin und in Brüssel auf eine Harmoni-
3260 sierung der Rahmenbedingungen für den Luftverkehr in
3261 Europa zu dringen.

3262

3263 **Binnenschifffahrt**

3264

3265 Die Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen ist ein
3266 schlafender Riese, den wir wachrütteln wollen. Mit 720
3267 km Binnenwasserstraßen, davon 240 km Rhein und 480
3268 km Schifffahrtskanälen, mit rund 120 Häfen, verfügt un-
3269 ser Land über eine starke Infrastruktur für diesen Ver-
3270 kehrsträger. Mit Blick auf den Gütertransport liegen hier
3271 erhebliche Kapazitäts- und Entwicklungspotenziale. Die
3272 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen kann einen
3273 wichtigen Beitrag zu einer umfassenden Verkehrswen-
3274 de, mit Blick auf mehr Klimaschutz und moderne Mobi-
3275 lität, leisten, indem deutlich mehr Güter auf dem Was-
3276 ser und nicht mehr auf der Straße transportiert werden.
3277 Deswegen wollen wir Nordrhein-Westfalen als Hafen-
3278 und Logistikstandort weiter ausbauen.

3279

3280 Wir werden uns zuallererst dafür einsetzen, dass der

3281 Instandhaltungsstau bei den Binnenwasserstraßen in
3282 Nordrhein-Westfalen schneller überwunden wird. Dar-
3283 über hinaus wollen wir uns für den zukunftsgerech-
3284 ten Ausbau dieser Bundesverkehrswege, nämlich die Be-
3285 schleunigung von Brückenanhebungen für mehrlagigen
3286 Containerverkehr, für größere Wendebecken in den Hä-
3287 fen und für mehr trimodale Standorte einsetzen. Den
3288 Bau einer zweiten Schleuse für den Hafen Dortmund
3289 werden wir auch weiterhin in Berlin einfordern. Dazu
3290 gehört für uns auch die Sicherung von Entwicklungsflä-
3291 chen für unsere Häfen.

3292

3293 Wir begrüßen die Initiative der neuen Bundesregierung
3294 zur Stärkung der Hinterland-Anbindungen unserer Hä-
3295 fen. In Berlin werden wir mit Nachdruck dafür wer-
3296 ben, dass diese Politik auch unserem Land Nordrhein-
3297 Westfalen zugutekommt, was die Anbindung an die für
3298 uns wichtigen Häfen in Belgien und den Niederlanden
3299 angeht.

3300

3301 Wir selbst wollen einen stärkeren Beitrag zur Förde-
3302 rung der Binnenschifffahrt leisten. Zu dieser unserer
3303 modernen Mobilitätspolitik gehört ein Förderprogramm
3304 zur Ökologisierung der Binnenschifffahrt, mit dem die
3305 Emissionen der Dieselmotoren von Binnenschiffen im
3306 Bestand minimiert werden. Damit wollen wir konkret
3307 den in Nordrhein-Westfalen ansässigen Binnenschif-
3308 fern durch ein Zuschuss- und Kreditprogramm in Ab-
3309 stimmung mit der NRW.BANK helfen. Darüber hinaus
3310 werden wir uns gegenüber dem Bund dafür einset-
3311 zen, Hemmnisse bei der Landstromversorgung von Bin-
3312 nenschiffen im steuerlichen Bereich zu beseitigen und
3313 eine Wiedereinführung der Negativbescheinigung für
3314 Großraum- und Schwerguttransporte prüfen.

3315

3316 **4.2 KLIMA, UMWELT UND ARTENVIELFALT SCHÜTZEN**

3317

3318 Der Erhalt unseres Planeten ist für uns eine Quer-
3319 schnittsaufgabe. Wie wir diese Aufgabe lösen wollen,
3320 haben wir unter anderem in den Bereichen „Arbeit und
3321 Wirtschaft“ oder „Mobilität“ deutlich gemacht. Unsere
3322 weiteren Ziele und unsere Schritte, diese Ziele zu errei-
3323 chen sind:

3324

3325 **Flächenverbrauch durch Kooperation und konsequente 3326 Planung stoppen**

3327

3328 Wir halten fest an unserem Ziel, den täglichen Flächen-
3329 verbrauch auf 5 Hektar zu begrenzen. Dabei sind wir
3330 nicht naiv, denn wir wissen, dass wir auch in Zukunft
3331 Flächen brauchen, zum Beispiel um den dringenden Be-
3332 darf an bezahlbaren Wohnungen zu decken, Maßnah-
3333 men zum Klimaschutz, der Energiewende und der Kli-

3334 maanpassung vorzunehmen, um Gewerbegebiete aus-
3335 zuweisen oder Fahrradwege zu bauen. Wichtig dabei ist,
3336 dass wir dafür vermehrt auf innerörtliche, bereits er-
3337 schlossene Flächen setzen und auf die Ausweisung von
3338 Flächen auf der grünen Wiese weitgehend verzichten –
3339 und die Innenentwicklung gemeinschaftlich mit den un-
3340 terschiedlichen öffentlichen und privaten Akteuren an-
3341 gehen. Zusätzlich werden wir die in weiten Gebieten un-
3342 seres Landes existierenden Brachflächen ehemaliger In-
3343 dustriestandorte für die Bedarfe in den Blick nehmen
3344 und wieder nutzbar machen.

3345

3346 Dabei nehmen wir mehrere Strategiebausteine zur Um-
3347 setzung der flächenpolitischen Ziele in den Blick: Die
3348 Steuerung über Raumordnung, die Bauleitplanung als
3349 Instrument der sparsamen Nutzung der Fläche und
3350 der Innenentwicklung, bodenrechtliche Ansätze zur
3351 Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen, die
3352 (Weiter-)Entwicklung kommunaler Bodenpolitik und ih-
3353 re Ausrichtung auf eine effiziente und effektive Bauland-
3354 bereitstellung, verbindliche regionale Planungen, Flä-
3355 chenentwicklung in interkommunaler Verantwortung,
3356 interkommunale Interessensausgleiche sowie der Ein-
3357 satz von fiskalischen, Finanzierungs- und Förderinstru-
3358 menten.

3359

3360 **Endliche Rohstoffe sparsam nutzen**

3361

3362 Nordrhein-Westfalen ist reich an Primärrohstoffen wie
3363 Kies und Sand. Damit decken wir weit mehr als nur
3364 den hiesigen Bedarf. Dadurch kommt es derzeit zu ei-
3365 nem nicht nur vor Ort als übermäßig empfundenen Ab-
3366 bau, der die Landschaft irreversibel verändert und da-
3367 bei keine Rücksicht darauf nimmt, dass die Ressource
3368 endlich ist. Wir werden deshalb eine landesweite Roh-
3369 stoffstrategie einführen, die den verantwortungsvollen
3370 Abbau oberflächennaher, nicht-nachwachsender Roh-
3371 stoffe zum Ziel hat. Dazu gehört auch eine Entkopp-
3372 lung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenabbau
3373 beziehungsweise -einsatz. Dies geht mit einer kritischen
3374 Überprüfung des Bedarfsbegriffs einher: Künftig darf
3375 der Bedarf nicht mehr allein aus den aktuellen Förder-
3376 mengen berechnet werden.

3377

3378 Im Falle von Kies und Sand wollen wir die Förderung
3379 schrittweise zurückführen und den als Baustoff be-
3380 nötigten Primärrohstoff parallel dazu durch recycelten
3381 Bauschutt ersetzen. Da, wo eine Substitution endlicher
3382 Rohstoffe nicht umgesetzt werden kann, müssen über
3383 Forschung und Entwicklung schnellstmöglich Alterna-
3384 tiven gefunden beziehungsweise schonendere Verfah-
3385 rensweisen entwickelt werden, damit wir unsere Hei-
3386 mat auch für kommende Generationen bewahren kön-

3387 nen. Deshalb werden wir in die Baustoff-Forschung so-
3388 wie die Entwicklung moderner Recycling-Anlagen inves-
3389 tieren. Diese sollten, wenn möglich, dort entstehen, wo
3390 absehbar Förderstätten durch Aufbereitungsstätten er-
3391 setzt werden könnten. Unter diesen Gesichtspunkten
3392 werden wir den Landesentwicklungsplan entsprechend
3393 anpassen sowie den Versorgungszeitraum wieder auf
3394 20 Jahre verkürzen.

3395

3396 **Wasser als Lebensmittel Nr. 1 schützen: Für eine nach-**
3397 **haltige und klimaangepasste Wasserbewirtschaftung**
3398

3399 Wir wollen zusammen mit den Kommunen und den Ak-
3400 teuren der Wasserwirtschaft ein nachhaltiges und lang-
3401 fristiges Konzept „Nachhaltiges Wassermanagement
3402 2030“ entwickeln. Dabei orientieren wir uns an der im
3403 Sommer 2021 veröffentlichten „Nationalen Wasserstra-
3404 tegie“. Das Konzept Wassermanagement wird konkrete
3405 Maßnahmen benennen zum Schutz bei Starkregen und
3406 Hochwasser, Hitzeperiode, Dürre und Wassermangel als
3407 auch eine langfristige sichere Trinkwasserversorgung.
3408

3409 Wir wollen die zukünftigen Wasserbedarfe, Wasser-
3410 entnahmen und Wasserdargebote identifizieren und
3411 quantifizieren und diese Erkenntnisse für ein nachhal-
3412 tiges landesweites Wassermanagement (Erfassung der
3413 Wasservorkommen und der Wassernutzung, verstärkte
3414 Vernetzung der Wasserversorgungsgebiete, Krisenma-
3415 nagement bei Wetterextremen) der Zukunft nutzen.
3416

3417 Wir werden festlegen, wer zu welchem Zweck, welcher
3418 Qualität und Quantität Wasser bei Knappheit nutzen
3419 darf, die Trinkwassergewinnung durch die Regionalpla-
3420 nung sichern, Wasserschutzgebiete im Interesse der All-
3421 gemeinheit schützen, um so schon heute eine siche-
3422 re Wasserversorgung für die Zukunft zu gewährleisten.
3423 Die Entnahme und Neubildung von Grundwasserstän-
3424 den werden wir durch ein neues, nachhaltiges Manage-
3425 ment regeln. Dabei werden wir auch die Anbindung der
3426 Gewässer an ehemalige Auen, deren Vernetzung mit
3427 dem Grundwasser sowie neue Überflutungsflächen ein-
3428 beziehen

3429

3430 Wasser und Stadtgrün wollen wir gegen die Überhit-
3431 zung der Städte nutzen und dabei das Prinzip der
3432 Schwammstadt stärker in der Stadtplanung fördern.
3433 Durch Flächenentsiegelung wollen wir die Grundwas-
3434 serbestände sichern, Industrie- und Gewerbegebiete
3435 nachhaltig und ökologisch so gestalten, dass trotz des
3436 Mangels an Flächen und der fortschreitenden Versie-
3437 gelung die Biodiversität weiterentwickelt werden kann.
3438 Die Renaturierung und die Förderung von Biodiversität
3439 insbesondere an Gewässern wollen wir stärken und för-

3440 dern. Wir wollen Förderprogramme für die Ökolandwirt-
3441 schaft ausbauen sowie den Einsatz von Dünger und von
3442 Pestiziden reduzieren.

3443

3444 **Artenschutz stärken, biologische Vielfalt in Nordrhein-**
3445 **Westfalen erhalten**

3446

3447 Über 43.000 verschiedene Tier-, Pilz- und Pflanzenar-
3448 ten gibt es in Nordrhein – Westfalen. Diese große bio-
3449 logische Vielfalt wollen wir erhalten. Vielerorts ist die-
3450 ses Naturerlebnis noch möglich, aber leider ist dieses
3451 scheinbare Idyll immer stärker gefährdet. Rund 45 Pro-
3452 zent der Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet, vom
3453 Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben.

3454

3455 Deshalb unterstützen wir die von der Volksinitiative
3456 Artenvielfalt Nordrhein-Westfalen aufgeführten Hand-
3457 lungsfelder für den Erhalt und die Förderung der Ar-
3458 tenvielfalt in Nordrhein-Westfalen. Wir werden die Zie-
3459 le der Volksinitiative umsetzen. Dazu gehört, den Flä-
3460 chenfraß verbindlich zu stoppen, Schutzgebiete wirk-
3461 sam zu schützen, naturnahe und wilde Wälder zuzu-
3462 lassen, naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranzu-
3463 bringen, den Biotopverbund zu stärken und auszuwei-
3464 ten, lebendige Gewässer und Auen zu sichern, den Ar-
3465 tenschutz in der Stadt zu fördern und den Nationalpark
3466 in der Senne auszuweisen.

3467

3468 Wir werden die Überarbeitung des Leitfadens Arten-
3469 schutz voranbringen, um mit standardisierten Kriteri-
3470 en und Verfahren den Ausbau der Windenergie zu er-
3471 möglichen, Rechtssicherheit zu schaffen und gleichzei-
3472 tig effektiven Artenschutz zu ermöglichen. Denn Klima-
3473 schutz ist gleichzeitig aktiver Artenschutz.

3474

3475 Die hohe Bedeutung von Hecken und Feldgehölzen so-
3476 wohl für die Landwirtschaft als auch für die Artenviel-
3477 falt wird von uns unterstützt. Wir werden ein landes-
3478 weites Konzept vorlegen, um die Zerschneidungseffekte
3479 von Lebensräumen durch Verkehrswege zu minimieren
3480 und die Verbindung von Freiräumen zu erhöhen. Auf die-
3481 se Weise schaffen wir in Nordrhein-Westfalen ein lan-
3482 desweit sichtbares und gefördertes System und Zeichen
3483 des vernetzten Artenschutzes.

3484

3485 **Unser Wald ist mehr als nur ein Sehnsuchtsort**

3486

3487 Der Wald erfüllt viele Funktionen. Er speichert CO₂, si-
3488 chert Natur- und Artenschutz und filtert unser Trink-
3489 wasser. Zudem liefert er uns den alternativen Baustoff
3490 Holz. Er ist für viele Menschen Erholungsort und ist
3491 zugleich die Lebensgrundlage vieler Waldbesitzerinnen
3492 und Waldbesitzer. Trockenperioden und Borkenkäfer ha-

3493 ben unsere Waldbestände stark reduziert. Statt blühen-
3494 der Wälder prägen vielerorts nun braune, Flächen unse-
3495 re Landschaften.

3496

3497 Wir wollen den Aufbau klimastabiler Wälder durch eine
3498 aktive naturnahe Waldbewirtschaftung. Dazu muss der
3499 Wildbestand im nötigen Umfang durch ein waldfreund-
3500 liches Jagdmanagement reguliert werden. Eine naturna-
3501 he Waldbewirtschaftung heißt für uns, eine konsekuen-
3502 te Umstellung auf Ökosystemleistungen, für die wir För-
3503 dermöglichkeiten bereitstellen werden.

3504

3505 **4.3 DEN AGRARSTRUKTURWANDEL GERECHT GE-**
3506 **STALTEN: GESUNDE ERNÄHRUNG, TIERWOHL,**
3507 **LANDSCHAFTS- UND KLIMASCHUTZ**

3508

3509 Landwirtschaft geht uns alle an, auch in einem Indus-
3510 trieland wie Nordrhein-Westfalen. Landwirtinnen und
3511 Landwirte versorgen uns mit Lebensmitteln, pflegen
3512 Kulturräume, stützen den ländlichen Raum und sind
3513 wichtige Akteure im effektiven Schutz von Natur, Ar-
3514 tenvielfalt und Klima. Landwirtschaftliche Betriebe sind
3515 oft seit Generationen in Familienhand. Um ihren Fort-
3516 bestand zu sichern, müssen wir sie auch im Struktur-
3517 wandel der Landwirtschaft stärken. Niedrige Erzeuger-
3518 preise, hohe Investitionskosten, steigende Boden- und
3519 Pachtpreise und eine benachteiligte Marktposition ge-
3520 genüber großen Abnehmern setzen die Landwirte eben-
3521 so unter Druck wie der Klimawandel und das Artenster-
3522 ben.

3523

3524 Gleichzeitig wächst das Interesse vieler Menschen an
3525 der Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel. Verbrau-
3526 cherinnen und Verbraucher stellen hohe Anforderungen
3527 an Ernährung, Tierwohl und Produktionsbedingungen.

3528

3529 Wir wollen Landwirtinnen und Landwirten ermöglichen,
3530 wieder von guter Arbeit gut zu leben. Wertschätzung für
3531 Lebensmittel beginnt beim Respekt für diejenigen, die
3532 sie produzieren. Das gilt für Familienbetriebe, Beschäf-
3533 tigte und Saisonarbeitskräfte.

3534

3535 **Regionale Wertschöpfung stärken, faire Marktbedin-**
3536 **gungen für landwirtschaftliche Betriebe fördern, Bo-**
3537 **denmarkt regulieren**

3538

3539 Wir wollen dem Agrarstrukturwandel und den Konzen-
3540 trationsprozessen auf allen Stufen der Wertschöpfung
3541 mit stärkerer Regionalisierung begegnen. Wir wollen
3542 kürzere, regionale Wertschöpfungsketten neu aufbauen
3543 und vernetzen. Wir setzen uns für dezentrale, vielfältige
3544 Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen in den Regionen
3545 und regionale Wertschöpfungszentren ein. Das stärkt

3546 die Marktpositionen der Landwirtinnen und Landwirte
3547 gegenüber Großabnehmern. Aus demselben Grund set-
3548 zen wir uns für die effektive Umsetzung der europäi-
3549 schen Richtlinie zu unlauteren Handlungspraktiken und
3550 deren Ergänzung um das Verbot von Dumpingpreisen
3551 ein. Zeitgleich müssen wir Landwirte und Landwirtin-
3552 nen entlasten, insbesondere durch eine Bodenreform.
3553 Landwirtschaftsflächen wollen wir zudem mit einem
3554 Schutzstatus versehen, der sich an ihrer Ertragsfähigkeit
3555 und ökologischen Wertigkeit orientiert.

3556

3557 **Gesundes Essen als soziale Frage: Ernährungspolitik**
3558 **kommunal und zivilgesellschaftlich verankern**

3559

3560 Um das zu erreichen, müssen wir unsere Ernährung än-
3561 dern. Wir wollen in der Breite eine Ernährungsweise
3562 unterstützen, die unserer Gesundheit und dem Klima
3563 dient, und so landwirtschaftlichen Betrieben neue Ab-
3564 satzmärkte erschließt. Wir wollen eine stärkere regiona-
3565 le und kommunale Verankerung der Ernährungspolitik.
3566

3567 Gesunde Ernährung ist dabei auch eine soziale Frage.
3568 Noch immer spielt unser Einkommen eine zu große Rolle
3569 in unserer Gesundheit – auch weil gesunde Lebensmit-
3570 tel teuer sind. Es muss jedem Menschen möglich sein,
3571 sich gesund zu ernähren. Indem wir dafür sorgen, be-
3572 kämpfen wir nicht nur unmittelbare Gesundheitsfolgen,
3573 sondern auch die wachsende soziale Ungleichheit.

3574

3575 In der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung werden
3576 wir die Nachhaltigkeitsstandards der DGE perspekti-
3577 visch verbindlich machen, um eine ausgewogene und
3578 ökologisch nachhaltige Ernährung zu befördern. Über
3579 die Beschaffung für die Gemeinschaftsverpflegung wer-
3580 den wir einen stetig wachsenden Markt für die regio-
3581 nale Landwirtschaft und für Bio-Produkte schaffen, der
3582 allen Menschen Zugang zu gesunder Ernährung ermög-
3583 licht, und den ökologischen Wandel der Landwirtschaft
3584 bestärkt.

3585

3586 **Natur und Klima schützen, Engagement entlohnen**

3587

3588 Unser Ziel ist es, Landwirtschaft und Umweltschutz
3589 nicht länger als Gegensätze, sondern als Komplementär
3590 zu sehen. Wir unterstützen eine multifunktionale Land-
3591 wirtschaft, der wir bei öffentlichen Leistungen zusätz-
3592 liche betriebliche Perspektiven bieten, zum Beispiel in
3593 den Bereichen Naturschutz und Landschaftspflege.

3594

3595 Diese öffentlichen Leistungen kann man in konkretem
3596 Handeln messen und bewerten. Daher setzen wir uns
3597 für die Implementierung von Bewertungssystemen für
3598 Nachhaltigkeit ein, die alle Stufen der Wertschöpfungs-

3599 kette beinhalten. Dadurch können „wahre Preise“ der
3600 Produktion sichtbar gemacht werden. Ziel muss eine
3601 Gemeinwohlprämie sein, die positive, bisher am Markt
3602 unvergütete Leistungen entlohnt, wie Artenschutzmaß-
3603 nahmen, gute Arbeitsbedingungen, schonende Boden-
3604 bearbeitung, etc. So können auch die gesellschaftli-
3605 chen Kosten von Nahrungsmittelproduktion preislich
3606 abgebildet werden (Nachhaltigkeitsbilanzierung). Da-
3607 durch werden Marktvorteile derjenigen ausgeschlossen,
3608 die auf Kosten von Umwelt oder Sozialstandards ei-
3609 nen Wettbewerbsvorteil erzielen – das Fleisch aus kli-
3610 maschädlicher Massentierhaltung darf nicht länger ei-
3611 nen preislichen Vorteil gegenüber fair und umweltver-
3612 träglich produziertem Fleisch haben. Ein solcher Para-
3613 digmenwechsel dient der Nachhaltigkeit der Produktion
3614 und dem respektvollen Umgang mit Landwirtinnen und
3615 Landwirten.

3616

3617 Besonders dringend ist der Handlungsbedarf in der in-
3618 tensiven Tierhaltung. Wir wollen Tierhalterinnen und
3619 Tierhaltern helfen, Haltungssysteme tierwohlgerichter
3620 umzugestalten und so mit weniger Tieren ein angemes-
3621 senes Auskommen zu erzielen. Wir werden uns dafür
3622 einsetzen, ein verpflichtendes staatliches Tierwohllabel
3623 für alle Tierarten auf Bundesebene einzuführen. Wir un-
3624 terstützen eine Finanzierung des Umbaus der Nutztier-
3625 haltung nach den Leitlinien des Kompetenznetzwerks
3626 Nutztierhaltung Auch eine an die eingesparten Klima-
3627 gase gekoppelte Prämie für Betriebe, die ihre Bestände
3628 reduzieren, ist in diesem Kontext denkbar.

3629

3630 **4.4 SOZIALER ZUSAMMENHALT DURCH SOZIALEN AUS- 3631 GLEICH**

3632

3633 Die Herstellung gleicher Lebenssituationen und Lebens-
3634 bedingungen sowie insbesondere die Verbesserung der
3635 Chancen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen
3636 ist der Antrieb für die Politik der Sozialdemokratie.

3637

3638 Die unterschiedlichen Chancen für Menschen wollen
3639 wir beseitigen und beginnen dabei bei der Unterstüt-
3640 zung der Kinder, der Menschen in besonders herausfor-
3641 dernden Lebenssituationen und sichern soziale Teilhabe
3642 für alle.

3643

3644 **Ehrenamt**

3645

3646 Die Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden
3647 und den freien Trägern der sozialen Unterstützung für
3648 alle Lebenslagen halten wir für einen wesentlichen
3649 Baustein unseres Sozialstaates. Sie sind eine Stütze
3650 des Sozial- und Gesundheitswesens. Die Hilfsdienste
3651 unterstützen im Gesundheits- Sanitäts- und Bevölke-

3652 rungsschutz. Insbesondere die ehrenamtlich Engagier-
3653 ten Menschen tragen mit ihrem Einsatz wesentlich dazu
3654 bei, unsere Gesellschaft zu erhalten und verdienen un-
3655 sere Wertschätzung.

3656

3657 **Armut**

3658

3659 Wir kämpfen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Wir
3660 fördern die Teilhabe des Einzelnen, unabhängig von
3661 Einkommen, wir bieten gleiche Lebenschancen für al-
3662 le Menschen in Nordrhein- Westfalen unabhängig von
3663 Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder des
3664 Glaubens. Das Erkennen von strukturellen Benachteili-
3665 gungen durch Sozialberichterstattung ist Grundlage für
3666 die zielgerichtete Bekämpfung von Armut und zur För-
3667 derung von benachteiligten Quartieren und Stadtteilen.
3668

3669 Wir unterstützen die Einführung der bundesweiten Kin-
3670 dergrundsicherung, damit Kinder nicht in Armut auf-
3671 wachsen. Die Unterstützung aller Kinder durch allge-
3672 meine Lernmittelfreiheit setzen wir fort.

3673

3674 Um Armut und Ausgrenzung zu verhindern, unterstüt-
3675 zen wir die Beratungsangebote der Schuldenberatung
3676 und des Verbraucherschutzes.

3677

3678 Wir werden die Arbeitslosenzentren und Erwerblosen-
3679 beratungsstellen weiter fördern und ihre Arbeit stärken.
3680

3681 **Housing first**

3682

3683 Wir unterstützen das Konzept „housing first“ zur unmit-
3684 telbaren Bekämpfung von Wohnungslosigkeit.

3685

3686 Jeder Mensch hat ein Recht auf eine eigene Wohnung,
3687 in der er selbst wählen darf, welcher Unterstützung er
3688 bedarf. Wohnraum wird nicht an Bedingungen der An-
3689 nahme von Hilfsangeboten geknüpft. Beratung und Un-
3690 terstützung ist an den Menschen und seine individuel-
3691 len Bedürfnisse zu orientieren und dessen Wahlfreiheit
3692 wird berücksichtigt.

3693

3694 **Einsamkeit**

3695

3696 In den Zeiten der sozialen Distanzierung, nicht zuletzt
3697 durch die Pandemie ist Entfremdung, Einsamkeit und
3698 Isolation zu einem breiten Phänomen geworden. Sozia-
3699 le Beziehungen spielen für die psychische und physische
3700 Gesundheit eine große Rolle.

3701

3702 Wir fördern daher unterschiedliche Möglichkeiten der
3703 Begegnung für alle Lebenssituationen.

3704

3705 Erhaltung des Lebensumfeldes im Alter

3706

3707 Die demografische Entwicklung und die Entwicklung
3708 der Zahl der pflegebedürftigen Menschen erfordern
3709 konkrete Aktivitäten und Maßnahmen, damit auch in
3710 dieser Lebensphase die Teilhabe am Leben gesichert und
3711 der Zugang zu allen Angeboten und Dienstleistungen
3712 im jeweiligen Lebensraum möglich ist. Das Alten- und
3713 Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen sieht deswegen aus-
3714 drücklich die Förderung der Entstehung, Entwicklung
3715 und Qualität von Dienstleistungen vor. Bisher fehlt es an
3716 jedweder Konkretisierung, welche Strukturen und An-
3717 gebote im Lebensraum unverzichtbar sind, und wie die-
3718 se erhalten bzw. entwickelt und dazu auch gefördert
3719 werden können. Wir werden zur Klärung und Konkreti-
3720 sierung ein Forschungsprojekt vergeben und nach des-
3721 sen Ergebnis konkrete Maßnahmen zur weiteren Förde-
3722 rung entwickeln.

3723

3724 Die demografische Alterung ist eine der zentralen Zu-
3725 kunftsherausforderungen in NRW. Die Lebensphase Al-
3726 ter ist vielfältig und bedarf einer differenzierten Her-
3727 angehensweise: Von der Frage älterer Arbeitnehmer*in-
3728 nen über gesellschafts-politische Teilhabe älterer Men-
3729 schen bis zum Thema Pflege Hochbetagter. Wir betrach-
3730 ten Alter nicht nur aus der Perspektive der Risiken, son-
3731 dern ebenso aus der Perspektive der Chancen und Po-
3732 tenziale. Die Bekämpfung der sich ausweitenden Alters-
3733 armut ist eine zentrale Aufgabe. Zur Gestaltung der de-
3734 mografischen Alterung ist die Stärkung der Alternsfor-
3735 schung in NRW unerlässlich. Insbesondere werden wir
3736 die Kommunen dabei unterstützen, die Lebensqualität
3737 älterer Menschen zu verbessern. Kommunale Senior*In-
3738 nenvertretungen und Teilhabe- und Lernmöglichkeiten
3739 älterer Menschen werden wir weiter stärken. Dabei ist
3740 die Generationensolidarität elementar für den sozialen
3741 Zusammenhalt der Gesellschaft.

3742

**3743 Langfristige Finanzierung der Demenz- und Wohnbera-
3744 tungsstellen**

3745

3746 Demenz- und Wohnberatung sind unabdingbar, damit
3747 pflegebedürftige oder von Pflegebedürftigkeit bedrohte
3748 Menschen so lange wie möglich im vertrauten eigenen
3749 Wohnumfeld leben können. Wir werden die langfristige
3750 Finanzierung dieser Beratung sicherstellen.

3751

3752 Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege

3753

3754 Wir werden den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege-
3755 plätze vorantreiben und dabei prüfen, ob eine verbes-
3756 serte Investitionskostenförderung dabei wirksam ist.
3757 Für die Weiterentwicklung der Tagespflege streben wir

3758 ein Programm zur Erhaltung und Verbesserung der
3759 Selbstbestimmungs- und Teilhabefähigkeit der Teilneh-
3760 mer und dafür eine gesonderte Förderung an.

3761

3762 In Wohneinrichtungen werden wir selbstbestimmte
3763 Teilhabe durch das WTG Gesetz etablieren.

3764

3765 **Beratung, Unterstützung und Begleitung**

3766

3767 Pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinde-
3768 rungen, chronisch Kranke Menschen beklagen mangeln-
3769 de Transparenz und fehlende Unterstützung bei der Be-
3770 antragung von Leistungen des Sozialgesetzbuches, Be-
3771 gleitung bei der Ausführung von Leistungen und bei der
3772 Durchsetzung ihrer Rechte, obwohl in den Sozialgesetz-
3773 büchern eine Vielzahl von Auskunfts- und Beratungs-
3774 möglichkeiten geregelt sind und darüber hinaus eine
3775 große Zahl weiterer Beratungs- und Unterstützungsan-
3776 gebote durch Nichtregierungsorganisationen vorgehal-
3777 ten werden. Oftmals finden sich die Schnittstellen des
3778 gegliederten Systems auch in den Beratungsstrukturen
3779 wieder. Es mangelt danach nicht an gesetzlichen Rege-
3780 lungen, offensichtlich aber an Vernetzung und individu-
3781 eller Begleitung. Wir werden die Diskrepanz zwischen
3782 vorhandenen Strukturen bzw. rechtlichen Grundlagen
3783 und dem tatsächlichen Unterstützungsbedarf wissen-
3784 schaftlich untersuchen lassen und auf dieser Grundlage
3785 geeignete Maßnahmen zu einer besseren Vernetzung
3786 der Strukturen und individueller Unterstützung der Be-
3787 troffenen ergreifen.

3788

3789 **Inklusion**

3790

3791 Wir stärken die Inklusion von Anfang an und ermögli-
3792 chen individuelle Teilhabe auch für Menschen, die im
3793 Laufe Ihres Lebens Behinderungen erwerben oder er-
3794 kranken. Teilhabe am Arbeitsleben und am gesellschaft-
3795 lichen Leben unterstützen wir für alle Menschen in
3796 Nordrhein- Westfalen. Die Beratung von Beschäftigung
3797 von Menschen, die im Laufe ihres Arbeitslebens eine Be-
3798 hinderung erworben haben, werden wir fördern.

3799

3800 Dazu unterstützen wir die medizinische Rehabilitation
3801 und schließen die Lücken bei der Versorgung von Men-
3802 schen mit psychischen und neurologischen Erkrankun-
3803 gen. Die Weiterentwicklung von ambulanten und sta-
3804 tionären Versorgungsformen zu eigenverantwortlichem
3805 Leben und der Teilhabe am Arbeitsmarkt treiben wir vor-
3806 an. Die guten Erfahrungen mit Coaching und Gesund-
3807 heitsberatung zur Unterstützung von Langzeitarbeitslo-
3808 sen setzen wir fort.

3809

3810 Die Unterstützung für die LAG (Landesarbeitsgemein-

3811 schaft) Selbsthilfe NRW wollen wir weiter ausbauen und
3812 auch die Arbeit des Landesbehindertenrats stärken.

3813

3814 **Drogen**

3815

3816 Die vom Bund geplante Freigabe von Cannabis beglei-
3817 ten wir mit einem flächendeckende Präventions- und Ju-
3818 gendschutzprogramm.

3819

3820 Die Beratung von Suchtgefährdeten und deren Angehö-
3821 rigen sichern wir ab. Der Unterstützung von Familien
3822 und Kindern kommt dabei eine besondere Bedeutung
3823 zu.

3824

3825 **Frauen**

3826

3827 Die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern wir
3828 aktiv. Wir wirken gezielt auf einen Ausgleich von Be-
3829 nachteiligungen hin.

3830

3831 Die psychosoziale Beratung für Frauen werden wir lang-
3832 fristig sichern und ausbauen, ebenso wie Frauenbera-
3833 tung, Frauenhäuser, Mädchenberatung, Beratung für
3834 Prostituierte und Opfer von Menschenhandel.

3835

3836 Schwangerschaftskonfliktberatung ist ein wichtiger Be-
3837 standteil der Gesundheitsfürsorge für Frauen.

3838

3839 **4.5 INNERE SICHERHEIT STÄRKEN, LEBEN IN FREIHEIT 3840 SCHÜTZEN**

3841

3842 Wir wollen, dass sich alle in unseren Städten und Ge-
3843 meinden geborgen fühlen. Wir sorgen für ein geschütz-
3844 tes, lebenswertes Wohnumfeld.

3845

3846 Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates,
3847 für die Sicherheit der Bevölkerung Sorge zu tragen und
3848 diese vor Übergriffen und Kriminalität zu schützen. Für
3849 uns gehört auch dazu, das Erscheinungsbild des öffent-
3850 lichen Raums im Sinne von Pflegezustand, Sicherheit
3851 und Ordnung. Nur sehr reiche Menschen können sich
3852 einen schwachen Staat leisten und sich gegebenenfalls
3853 selbst schützen. Die Allgemeinheit ist jedoch auch hier
3854 auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. Wir wer-
3855 den auch bei dieser Aufgabe die Handlungsfähigkeit des
3856 Staates erhöhen.

3857

3858 Freiheit und Sicherheit denken wir zusammen. Sie be-
3859 dingen sich für uns gegenseitig. Sicherheit ist eine Vor-
3860 aussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Um-
3861 gekehrt dürfen Freiheitsrechte nicht durch eine einsei-
3862 tige und ausschließliche Fixierung des Staates auf Si-
3863 cherheitsbedürfnisse erstickt werden. Denn sämtliche

3864 Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit müs-
3865 sen letztendlich das Ziel verfolgen, unser Leben in Frei-
3866 heit zu schützen und zu bewahren. Der Staat muss für
3867 eine vernünftige Balance zwischen beiden Polen einste-
3868 hen und eine vorausschauende Politik betreiben, die ge-
3869 gen Kriminalität und ihre Ursachen konsequent vorgeht,
3870 dabei aber Augenmaß wahrt.

3871

3872 Wir stehen deshalb für eine Innenpolitik, in der Sicher-
3873 heit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Wir brau-
3874 chen dazu eine breite Einbindung aller relevanten ge-
3875 sellschaftlichen Akteure und Gruppen: Sicherheitsbe-
3876 hörden, Wissenschaft, Vereine und Verbände, Schulen
3877 und nicht zuletzt auch engagierte Bürgerinnen und Bür-
3878 ger.

3879

3880 Prävention

3881

3882 Dabei setzen wir vor allem auch auf die Prävention
3883 von Kriminalität. Wir müssen in Zukunft stärker voraus-
3884 schauend und vorbeugend agieren. Es reicht nicht, erst
3885 dann einzugreifen, wenn das Kind bereits in den Brun-
3886 nen gefallen ist. Die „beste Kriminalität“ ist nach wie vor
3887 diejenige, die niemals stattfindet!

3888

3889 Präventionsprogramme zur Bekämpfung von Jugendkri-
3890 minalität und politischem und religiösem Extremismus
3891 werden wir deshalb ausbauen und verstetigen. Damit
3892 verhindern wir frühzeitig, dass sich Menschen von ei-
3893 nem friedlichen Zusammenleben und unseren freiheit-
3894 lichen und demokratischen Werten entfernen.

3895

3896 Eine gute Kriminalprävention beginnt dabei bereits auf
3897 der kommunalen Ebene. Denn in den Kommunen be-
3898 steht ein unersetzbares Wissen über die lokalen Gege-
3899 benheiten und Probleme. Kriminalpräventive Räte bie-
3900 ten hier die Möglichkeit, alle relevanten Akteure der Si-
3901 cherheitspolitik - Polizei, Jugend- und Sozialämter, So-
3902 zialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, Wohlfahrtsverbän-
3903 de – an einen Tisch zu bringen und Kriminalität und ihre
3904 Ursachen vor Ort koordiniert zu bekämpfen. Die krimi-
3905 nalpräventiven Räte auf kommunaler Ebene wollen wir
3906 deshalb stärken und weiter ausbauen.

3907

3908 Und nicht zuletzt beinhaltet eine vorausschauende Si-
3909 cherheitspolitik auch, die soziale Kluft zu überwinden
3910 und Aufstiegschancen und Wohlstand für alle wieder
3911 möglich zu machen.

3912

3913 Dafür sind starke Kommunen, eine starke Wirtschaft mit
3914 guten und fairen Löhnen für die Arbeitnehmerinnen und
3915 Arbeitnehmer sowie gute Bildung- und Freizeitmöglich-
3916 keiten Bedingung. Hierfür machen wir uns stark. Wir ge-

3917 ben den Menschen in Nordrhein- Westfalen soziale Si-
3918 cherheit und fangen sie auf, wenn es einmal im Leben
3919 nicht so gut läuft.

3920

3921 **Unsere Polizei vor Ort. Freundlich und hilfsbereit**

3922

3923 Wir wollen die Präsenz unserer Polizei in den Stadtquar-
3924 tieren und auf den Straßen vor Ort verstärken. Polizei
3925 muss für die Menschen sichtbar, schnell ansprechbar
3926 und schnell am Einsatzort sein. Die Bezirksbeamtinnen
3927 und -beamten sind für uns dafür unerlässlich. Sie schaf-
3928 fen mit ihrer wertvollen Arbeit Nähe zwischen Polizei
3929 und Bevölkerung und sind gleichzeitig ein Frühwarnsys-
3930 tem für die Probleme vor Ort. Wir wollen deshalb diesen
3931 Bezirksdienst erhalten und weiter ausbauen. Dies stärkt
3932 sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das Ver-
3933 trauen der Bürgerinnen und Bürger in unser Gemeinwe-
3934 sen.

3935

3936 Die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprech-
3937 partner unterstreicht unseren Politikansatz. Rechts-
3938 extremismus und die Ausübung rechtswidriger Gewalt
3939 haben in unserer Polizei keinen Platz und müssen kon-
3940 sequent aus dem Dienst entfernt werden! Wir werden
3941 nicht akzeptieren, dass eine kleine Minderheit den gu-
3942 ten Ruf unserer in Demokratie und Rechtsstaat fest ver-
3943 ankerten Polizei beeinträchtigt. Darüber hinaus wollen
3944 wir, dass zukünftig ein unabhängiger Polizeibeauftrag-
3945 ter als Ansprechpartner für Menschen innerhalb und au-
3946 ßerhalb der Polizei zur Verfügung steht, um Konflikte zu
3947 schlichten und das Vertrauen zwischen Polizei und Bür-
3948 gern zu stärken.

3949

3950 Für die anspruchsvolle Arbeit unserer Polizistinnen und
3951 Polizisten bedarf es einer guten Ausbildung mit ständi-
3952 ger Fort- und Weiterbildung. Für ihren oft gefährlichen
3953 Einsatz für uns rüsten wir die Polizei bestmöglich aus,
3954 damit sie sich gut schützen kann. Dies gilt vor allem für
3955 ihre digitale Ausstattung. In einer zunehmend digitali-
3956 sierten Welt darf die Polizei in ihrer technischen Aus-
3957 stattung nicht hinterherhinken. In diesem Zusammen-
3958 hang wollen wir zukünftig auch ein noch stärkeres Au-
3959 genmerk auf die Bekämpfung von neuen Kriminalitäts-
3960 formen – wie zum Beispiel Internetkriminalität – sowie
3961 auf die Möglichkeiten der digitalen Fahndung richten.

3962

3963 Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten sowie gegen
3964 die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdiensten
3965 ist nicht hinnehmbar und muss konsequent verfolgt
3966 werden. Dies ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir
3967 wollen sicherstellen, dass sämtliche Gewaltdelikte ge-
3968 gen Einsatzkräfte durch die Behördenleitungen ange-
3969 zeigt und vor Gericht verhandelt und ausgeurteilt wer-

3970 den. Nur so erfahren die Opfer Wertschätzung und die
3971 Täterinnen und Täter Konsequenzen.

3972

3973 **Kriminalität bekämpfen**

3974

3975 Wir werden eine weitere Aufstockung des Personals der
3976 Polizei vornehmen, denn bedingt durch die aktuell hohe
3977 Anzahl an Pensionierungen und den Zuwachs an Auf-
3978 gaben kommt es nach wie vor zu personellen Engpäs-
3979 sen bei der Polizei. Das führt zum Beispiel bei der Kripo
3980 dazu, dass eine effiziente Verbrechensbekämpfung oft-
3981 mals nur unter erschwerten Umständen wahrgenom-
3982 men werden kann und dass Ermittlungserfolge im Be-
3983 reich der Kontrollkriminalität - wie z.B. bei Drogen- oder
3984 Bandendelikten - spärlicher als erforderlich ausfallen, da
3985 hier mit einem hohen Personaleinsatz gearbeitet wer-
3986 den muss.

3987

3988 Wir werden in diesem Zusammenhang für eine Perso-
3989 nalentwicklung „aus einem Guss“ für die gesamte Poli-
3990 zei sorgen. Die jährlichen Einstellungszahlen werden wir
3991 so erhöhen, dass mindestens die pensionierungsbeding-
3992 ten Abgänger durch Neueinstellungen ersetzt werden,
3993 damit es nicht zu Überlastung, Überstunden und De-
3994 fiziten bei der Kriminalitätsbekämpfung kommt. Dabei
3995 ist es unser Ziel, bei den Einstellungen auch die Vielfalt
3996 in unserer Gesellschaft abzubilden. Zudem wollen wir
3997 im Rahmen der bewährten Polizeiausbildung geeigne-
3998 te Fördermaßnahmen entwickeln, um die aktuell hohe
3999 Abbrecherquote in der Polizeiausbildung zu reduzieren.
4000

4001 Wir wollen das sog. „Dunkelfeld“ erhellen, denn bei der
4002 Kriminalitätsentwicklung liegen in zu vielen Bereichen -
4003 zum Beispiel bei der organisierten Kriminalität, bei Se-
4004 xualdelikten oder bei der häuslichen Gewalt - nur un-
4005 zureichende Daten. Die jährliche polizeiliche Kriminal-
4006 statistik gibt nur einen Teilaspekt der Kriminalitätsla-
4007 ge wieder. Um ein vollständiges Bild über die Krimina-
4008 litätsentwicklung zu erlangen und um die Maßnahmen
4009 zur Kriminalitätsbekämpfung künftig gezielter auszu-
4010 richten und zu verbessern, werden wir deshalb einen
4011 regelmäßigen Periodischen Sicherheitsbericht erstellen
4012 lassen.

4013

4014 Wir wollen unserer Polizei helfen, bessere Strategien
4015 und Lösungen bei der Kriminalitätsbekämpfung zu ent-
4016 wickeln. Wir werden deshalb ein Institut für Sicher-
4017 heitsforschung errichten, das zukünftig als unabhängi-
4018 ge Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Pra-
4019 xis dient. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen hier ge-
4020 sammelt, gebündelt und für die Politik und die prakti-
4021 sche Arbeit der Sicherheitsbehörden verfügbar gemacht
4022 werden. Darüber hinaus werden wir einen unabhängi-

4023 gen und interdisziplinären Sachverständigenbeirat ein-
4024 richten, der Landtag und Landesregierung zu sämtlichen
4025 innenpolitischen Fragen berät. Als politisch unabhängi-
4026 ge Stimme – ähnlich dem „Rat der Wirtschaftsweisen“ –
4027 soll er abseits der Tagespolitik langfristige Themen set-
4028 zen und Handlungsoptionen aufzeigen.

4029

4030 Wir werden uns aller verfügbaren rechtlichen Mittel be-
4031 dienen, um organisierte Kriminalität schon im Ansatz
4032 zu bekämpfen. Die Bekämpfung der organisierten Kri-
4033 minalität ist in den letzten Jahren zu kurz gekommen
4034 und benötigt einen „langen Atem“ und eine umfassen-
4035 de Strategie. Wir werden für ihre Verfolgung mehr per-
4036 sonelle Ressourcen bereitstellen. Entscheidend ist, dass
4037 bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu-
4038 künftig stärker dort angesetzt wird, wo es den Verbre-
4039 chern am meisten weh tut. Und hier ist es das Geld,
4040 das die wesentlichen Anreize für die Straftaten setzt.
4041 Wir werden deshalb die behördenübergreifende Zusam-
4042 menarbeit ausbauen und die Gewerbe- und Finanzkon-
4043 trollen ausweiten, um die Geldwäsche effizienter als bis-
4044 her zu bekämpfen. Neben der Polizei und der Staatsan-
4045 waltschaft müssen dabei auch die Finanzämter, die Job-
4046 center, die Ausländerbehörden sowie Ordnungs- und Ju-
4047 gendämter beteiligt sein.

4048

4049 Mit der konsequenten Einziehung von illegalem Ver-
4050 mögen werden wir der organisierten Kriminalität die
4051 Grundlage für weitere kriminelle Geschäfte nehmen.
4052 Dafür werden wir die Finanzämter mit genügend Steu-
4053 erfahndern und Analysten ausstatten, um somit illegale
4054 le Finanzströme und Steuerhinterziehung konsequent
4055 ahnden zu können.

4056

4057 Kriminalpolitik darf keine Bevölkerungsgruppe unter
4058 Generalverdacht stellen. Zur Bekämpfung der soge-
4059 nannten „Clan-Kriminalität“ bedarf es mehr als nur öf-
4060 fentlichkeitswirksamer Razzien. Hier geht es insbeson-
4061 dere darum, nicht nur Boten, sondern Bosse zu fangen,
4062 um die konsequente Einziehung von illegalem Vermö-
4063 gen sowie um Ausstiegs- und Präventionsangebote für
4064 Familienangehörige. Auch die zunehmende Bandenkri-
4065 minalität im Zusammenhang mit der Sprengung von
4066 Geldautomaten wollen wir entschieden bekämpfen. In
4067 diesem Zusammenhang wollen wir die Zusammenar-
4068 beit mit den Polizeibehörden in den Niederlanden wei-
4069 ter intensivieren und gemeinsam mit Sicherheitsbehör-
4070 den sowie Banken und Sparkassen erreichen, dass die
4071 Verbesserung der technischen Sicherheitsvorkehrungen
4072 zum Schutz vor den Geldsprengungen weiter forciert
4073 werden.

4074

4075 Wir wollen sichere und attraktive Bahnhöfe, denn

4076 der heutige Zustand vieler Bahnhöfe wird oftmals als
4077 „Angstraum“ wahrgenommen. Menschen fühlen sich
4078 unwohl und unsicher. Das ändern wir, indem wir mit
4079 dem Bund, der Deutschen Bahn und den Verkehrsver-
4080 bänden ein Konzept für die Einführung einer „Bahn-
4081 hofsaufsicht“ zu entwickeln. Diese soll als Ansprech-
4082 partnerin für Fahrgäste dienen und als „Kümmerer vor
4083 Ort“ für eine Verbesserung des Zustands der Bahnhö-
4084 fe und Haltepunkte sorgen. Zudem wollen wir eine
4085 verbesserte Zusammenarbeit und Vernetzung der ver-
4086 schiedenen Akteure – Bundespolizei, Landespolizei, DB-
4087 Sicherheitsdienst, kommunale Ordnungsdienste, Sozi-
4088 alarbeiter – erreichen, die für die Sicherheit an den
4089 Bahnhöfen und ihrem unmittelbaren Umfeld verant-
4090 wortlich sind. Darüber hinaus wollen wir die Einrich-
4091 tung von dauerhaften Waffenverbotszonen im Umfeld
4092 der großen Bahnhöfe.

4093

4094 **Wehrhafte Demokratie – Wir zeigen klare Kante gegen**
4095 **Extremismus**

4096

4097 Wir wollen die Bekämpfung des politischen und reli-
4098 giösen Extremismus weiter ausbauen und den Kampf
4099 gegen Gewalt und Terror, Hasskriminalität und rassisti-
4100 sche Volksverhetzung verstärken. Denn ein demokrati-
4101 scher Rechtsstaat muss wehrhaft sein! Er hat nicht nur
4102 das Recht, sondern auch die Pflicht sich und die mit ihm
4103 verbundenen Werte zu schützen und sich Verfassungs-
4104 feinden jedweder Richtung energisch entgegenzustel-
4105 len. Die größte Gefahr für die Demokratie droht dabei
4106 derzeit durch den Rechtsextremismus.

4107

4108 Für diese Aufgaben wollen wir Polizei und Verfassungs-
4109 schutz stärken, ohne dass sie dabei ihre Bürgerorien-
4110 tierung aufgeben. Menschenfeindliche Positionierun-
4111 gen innerhalb staatlicher Institutionen werden wir nicht
4112 dulden. Wir werden dafür sorgen, dass die Behörden für
4113 rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibi-
4114 lisiert werden.

4115

4116 Zwingend erforderlich ist eine Unterbindung des Waf-
4117 fenbesitzes in Händen von Extremisten. Hierzu setzen
4118 wir uns für eine noch strengere Überwachung ein. Die
4119 Mitgliedschaft in extremistischen Netzwerken bedeutet
4120 für, dass zwangsläufig der Entzug des Waffenscheins er-
4121 folgt.

4122

4123 Offene Haftbefehle gegen Rechtsextremist*innen sind
4124 schnellstmöglich zu vollstrecken. Auch die Auswertung
4125 und Analyse dieser offenen Haftbefehle muss um-
4126 gehend erfolgen. Wir werden die Zuständigkeit der
4127 Zentralstelle Terrorismusbekämpfung bei der General-
4128 staatsanwaltschaft Düsseldorf um Ermittlungen gegen

4129 rechteextreme Täter*innen ergänzen und diese dort bün-
4130 deln.

4131

4132 Die Bekämpfung des Phänomens der Hasskriminali-
4133 tät und insbesondere die Bekämpfung der Verbreitung
4134 hasserfüllter Parolen wollen wir deutlich verstärken. Es
4135 darf nicht hingenommen werden, dass Extremisten ver-
4136 suchen das gesellschaftliche Klima in unserem Land zu
4137 vergiften. Denn eine solche Hetze gegen andere Men-
4138 schen ist häufig nur die Vorstufe für tätliche Gewalt.
4139 Verfassungsschutz und Polizei wollen wir deshalb ins-
4140 besondere auch zur Bekämpfung von extremistischer
4141 Hasskriminalität im Internet weiter personell aufsto-
4142 cken, ebenso wie die Zentral- und Ansprechstelle Cy-
4143 bercrime Nordrhein-Westfalen. Zudem wollen wir er-
4144 reichen, dass bei der Bekämpfung der Extremisten ne-
4145 ben den staatlichen Ermittlungsbehörden und der Jus-
4146 tiz auch die Betreiber entsprechender Internetpattfor-
4147 men wie Facebook oder YouTube stärker in die Pflicht
4148 genommen werden. Sie müssen Botschaften mit men-
4149 schenverachtenden und extremistischen Inhalten zügi-
4150 ger und energischer als bisher entfernen.

4151

4152 In diesem Zusammenhang wollen wir flankierend auch
4153 die Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus wei-
4154 ter intensivieren. Eine wichtige Maßnahme ist in die-
4155 sem Zusammenhang die Ausdehnung des zur Bekämp-
4156 fung des Islamismus eingeführten Programms „Weg-
4157 weiser“ auf sämtliche Formen des Extremismus. Wir
4158 wollen, dass die bisherigen Anlaufstellen ergänzend zu
4159 den guten Angeboten der Mobilien Beratungsteams ge-
4160 gen Rechtsextremismus und den Beratungsstellen für
4161 Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu Prä-
4162 ventionszentren ausgebaut werden.

4163

4164 Wir werden eine kritische Bestandsaufnahme der ein-
4165 griffsintensiven „Sicherheitsgesetze“ der letzten Jah-
4166 re durchführen. Es muss umfassend evaluiert werden,
4167 welche Eingriffe in die Grundrechte sich tatsächlich
4168 als verhältnismäßig, weil unbedingt notwendig erwie-
4169 sen haben. Wir werden das bestehende Versammlungs-
4170 gesetz durch ein Versammlungsfreiheitsgesetz erset-
4171 zen. Wir werden es nicht zulassen, dass Rechtsextre-
4172 misten die Tage zum Gedanken an die Opfer der NS-
4173 Gewaltherrschaft und Shoa missbrauchen und die Opfer
4174 verächtlich machen.

4175

4176 **Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz**

4177

4178 Wenn man eines aus der Pandemie und der Flutkata-
4179 strophe im Juli 2021 lernen kann, dann der Bevölkerungs-
4180 schutz in Nordrhein-Westfalen ganz neu gedacht wer-
4181 den muss. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht

4182 und wollen die die Strukturen im wahrsten Sinne des
4183 Wortes krisenfest machen.

4184

4185 Im Katastrophenfall werden wir den Krisenstab auf Lan-
4186 desebene einberufen. Wir werden Gemeinden und Krei-
4187 se im Katastrophenschutz eine dauerhaft bessere orga-
4188 nisatorische Unterstützung geben.

4189

4190 Dafür werden wir eine einheitliche Stabs- und Leitstel-
4191 lensoftware für eine bessere Vernetzung des Lagebilds
4192 im Katastrophenfall zwischen sämtlichen Ebenen – Krei-
4193 se, kreisfreie Städte, Bezirksregierungen und Landesre-
4194 gierung – beschaffen.

4195

4196 Wir stärken die Einsatzkräfte in der nicht-polizeilichen
4197 Gefahrenabwehr.

4198

4199 Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen
4200 sind in vielen Bereichen ehrenamtlich organisiert und
4201 leisten hervorragende Arbeit. Wir sorgen dafür, dass
4202 sie auf eine moderne Ausstattung, ein breites Angebot
4203 an Aus- und Weiterbildung, vereinfachte Freistellung
4204 der Arbeitgeber sowie bei Bedarf auf psychologische
4205 Unterstützung zurückgreifen können.

4206

4207 Wir entwickeln das BHKG und die Katastrophenschutz-
4208 pläne des Landes konsequent weiter. Die vorhandenen
4209 Landeskonzepte werden wir quantitativ und qualita-
4210 tiv (hier vor allem mit Blick auf Logistik, IT, psycho-
4211 soziale Notfallversorgung und internationale Zusam-
4212 menarbeit) ausbauen. Es braucht ein Ressourcenma-
4213 nagement zur Vorhaltung u.a. von technischer Ausstat-
4214 tung im Katastrophenschutz, notwendigen medizini-
4215 schen Produkten für die Bevölkerung (Stichwort: Mas-
4216 ken) und behelfsmäßiger Infrastruktur (Stichwort: Er-
4217 satzbrücken).

4218

4219 Wir sorgen für eine effiziente und zielgerichtete War-
4220 nung der Bevölkerung in Notsituationen. Das modula-
4221 re Warnsystem muss ausgebaut werden - dabei verste-
4222 hen wir analoge Sirenen und Hinweistafeln genauso als
4223 Bestandteil eines Warnmixes wie Apps, Cell-Broadcast-
4224 Systeme und die Einbindung des öffentlich-rechtlichen
4225 Rundfunks. Städte, Gemeinden und Kreise werden vom
4226 Land beim Ausbau der Warn-Infrastruktur vor Ort un-
4227 terstützt. Warnungen wirken nur dann, wenn die Be-
4228 völkerung ausreichend informiert und sensibilisiert ist.
4229 Wir streben daher eine flächendeckende Förderung der
4230 Selbsthilfefähigkeit der Bürgerinnen und Bürger an.

4231

4232 Wir machen die Kommunikation von Einsatzkräften
4233 und Behörden krisenfest. Die Erfahrungen der Flutka-
4234 tastrophe haben uns gezeigt, wie anfällig Festnetz-

4235 Anschlüsse, Mobilfunknetze und Digitalfunk im Kata-
4236 strophenfall bzw. bei länger anhaltenden Stromausfäl-
4237 len sind. Dem wollen wir mit der Bereitstellung von sa-
4238 tellitengestützter Technik als Rückfallebene begegnen.
4239 Gleichzeitig soll das Land die Verwundbarkeit eigener
4240 Einrichtungen und Liegenschaften der kritischen Infra-
4241 struktur untersuchen.

4242

4243 Wir werden dafür sorgen, dass die Bereichsausnahme
4244 bei der Vergabe der rettungsdienstlichen Leistungen
4245 für die kommunalen Rettungsdienste und anerkannt-
4246 ten Hilfsorganisationen rechtssicher angewendet wer-
4247 den kann.

4248

4249 **4.6 DIE JUSTIZ IN NORDRHEIN-WESTFALEN MUSS WIE-** 4250 **DER EINEN SPITZENPLATZ EINNEHMEN!**

4251

4252 Auch die Justiz in Nordrhein – Westfalen wird mit uns
4253 wieder den Spitzenplatz unter den Bundesländern bele-
4254 gen, den sie bereits vor Jahren hatte. Das zu erreichen
4255 bedeutet für uns, dass wir ihr die Rückendeckung und
4256 das Vertrauen entgegenbringen, das sie verdient hat.
4257 Nur so erhalten wir auf Dauer eine leistungsfähige und
4258 durchsetzungsfähige Justiz. Daher werden wir es unter-
4259 lassen, auf Beurteilungen von Richterinnen und Richtern
4260 aus dem Ministerium heraus Einfluss zu nehmen. Auch
4261 werden wir den Einfluss aus dem Ministerium auf ein-
4262 zelne Ermittlungsverfahren wieder entscheidend redu-
4263 zieren.

4264

4265 Aus Nordrhein-Westfalen werden wir wieder wichtige
4266 justizpolitische Debatten, wie zum Beispiel beim Unter-
4267 nehmensstrafrecht oder bei der Entkriminalisierung von
4268 Bagatellkriminalität auf Bundesebene anstoßen und
4269 die entscheidenden Lösungsansätze bieten. Mit einer
4270 angemessenen tatsächlichen Personalausstattung, gut
4271 bezahlten und hoch motivierten Bediensteten ist die-
4272 ses Ziel wieder erreichbar. Dafür wollen wir jeden Ge-
4273 schäftsbereich in den Blick nehmen und keinen verges-
4274 sen. Wir wissen, dass es von den Vereinen und Verbän-
4275 den der Justiz viele gute Ideen für eine Verbesserung der
4276 Arbeit gibt. Diesen Sachverstand wollen wir nutzen und
4277 eine Beteiligung auf Augenhöhe für die besten Lösun-
4278 gen ermöglichen.

4279

4280 **Gute Arbeit in der Justiz**

4281

4282 Wir werden dafür sorgen, dass der Justiz nicht nur die
4283 erforderlichen Stellen auf dem Papier, sondern auch tat-
4284 sächlich zu Verfügung stehen. Die Verstetigung des Pak-
4285 tes für den Rechtsstaat gemeinsam mit dem Bund ist
4286 hierfür ein wichtiger Schritt. Die Zahl der befristeten
4287 Stellen werden wir reduzieren und sachgrundlosen Be-

4288 fristungen auch in der Justiz abschaffen. Dazu gehö-
4289 ren auch besoldungsrechtliche Verbesserungen in der
4290 Justiz. Wir werden die Rechtsprechung des Bundesar-
4291 beitsgerichts zur Eingruppierung von Justizbeschäftig-
4292 ten in Serviceeinheiten und Geschäftsstellen bei Gericht-
4293 ten und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen
4294 endlich umsetzen. Außerdem werden wir dafür sorgen,
4295 dass das angestellte Pflegepersonal in den Justizvoll-
4296 zugsanstalten so wie die Beamt*innen eine Zulage er-
4297 halten werden. Ferner werden wir für die Beamt*innen
4298 der Justiz zukünftig ein Wahlrecht zwischen Beihilfe und
4299 gesetzlicher Krankenversicherung ermöglichen.

4300

4301 Wir werden dafür sorgen, dass Vertretungen für ehren-
4302 amtliche Richter*innen, so wie jetzt schon in der Ar-
4303 beitsgerichtsbarkeit, auch in den anderen Gerichtsbar-
4304 keiten gewählt werden können. Auch werden wir für ei-
4305 ne bessere Freistellungsregelungen für die ehrenamtli-
4306 chen Richter*innen sorgen und sie so wirksam unter-
4307 stützen.

4308

4309 Berufsbetreuer und Berufsbetreuerinnen leisten einen
4310 wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag. Diesen gilt
4311 es zu würdigen. Dazu gehört es, dass es zu einer ehr-
4312 lichen Evaluierung der jetzigen Vergütung kommt, um
4313 so eine Gesamtauskunft über den Reformbedarf im Ver-
4314 gütungssystem zu erhalten. Wir werden diese Evaluie-
4315 rung durchführen, um mit den Erkenntnissen mit der
4316 Bundesebene ins Gespräch zu kommen. Wir wollen ih-
4317 nen mit einer Öffentlichkeitskampagne die notwendige
4318 Wertschätzung geben und zugleich um dringend not-
4319 wendige neue Berufsbetreuer und Berufsbetreuerinnen
4320 werben.

4321

4322 Mit uns wird der Strafvollzug wieder den Stellenwert er-
4323 halten, der ihm gebührt. Das heißt für uns, mehr Perso-
4324 nal und eine bessere Bezahlung. Wir werden mehr Tem-
4325 po beim Neubau bzw. bei der Modernisierung der Jus-
4326 tizvollzugsanstalten machen. Schon bei den Planungen
4327 werden wir die Personalvertretungen und Beschäftigten
4328 einbeziehen, damit konsequent auch für den Schutz der
4329 Bediensteten gesorgt wird.

4330

4331 Das Projekt „Schwitzen statt sitzen“, der Vorrang von ge-
4332 meinnütziger Arbeit vor dem Verbüßen einer Ersatzfrei-
4333 heitsstrafe werden wir wieder forcieren.

4334

4335 Sicherheit bedeutet immer auch die Sicherheit der Be-
4336 schäftigten in der Justiz auszubauen. Die Justizbeschäf-
4337 tigten, wie zum Beispiel die Gerichtsvollzieher und Ge-
4338 richtsvollzieherinnen aber auch im Justizvollzug oder in
4339 den Wachtmeistereien, die durch ihren täglichen Kon-
4340 takt mit Menschen einer größeren Gefahr ausgesetzt

4341 sind, selbst Opfer von Übergriffen zu werden, haben
4342 ein Recht darauf, diesen Schutz zu erhalten Diesem An-
4343 spruch werden wir gerecht werden.

4344

4345 Wir werden die bisherige Reform des Juristenausbil-
4346 dungsgesetzes durch Schwarz – Gelb korrigieren, indem
4347 wir u.a. einen in das Jura – Studium integrierten Bache-
4348 lor einführen und die Möglichkeit des „Abschichtens“
4349 wieder einführen.

4350

4351 Staatsanwaltschaften wollen wir in Aus- und Fortbil-
4352 dung stärker als bisher sensibilisieren für Missstände im
4353 Bereich des Arbeitsschutzes sowie für Verstöße gegen
4354 Mitbestimmungsrechte, wie die Verhinderung von Be-
4355 triebsratsgründungen.

4356

4357 **Gleichberechtigter Zugang, Opferschutz, Resozialisie-**
4358 **rung und mehr Digitalisierung**

4359

4360 Für uns ist der gleichberechtigte Zugang zum Recht ein
4361 Teil der Daseinsvorsorge, der möglichst niederschwellig
4362 und landesweit, auch im ländlichen Raum, gewährleis-
4363 tet werden muss. Wir wollen ein daher ein flächende-
4364 ckendes und niedrigschwelliges Rechtsberatungsange-
4365 bot, das mit den bestehenden Angeboten verzahnt wer-
4366 den sollte.

4367

4368 Die erste Stufe für den Rechtsfrieden im Land bleibt
4369 aber, Prozesse durch vorgerichtliche Instrumente, wie
4370 die gute Arbeit der Schiedsleute oder Mediationsver-
4371 fahren, zu vermeiden. Nach einer Entscheidung gehört
4372 dann aber auch die schnelle Vollstreckung dazu. da-
4373 her wollen wir die Arbeit der Gerichtsvollzieher und
4374 Gerichtsvollzieherinnen effektiver und noch besser ma-
4375 chen, dazu werden wir das „Schwert der Justiz“ – wie
4376 sich die Gerichtsvollzieher selbst bezeichnen – schärfen.

4377

4378 Beim Opferschutz werden wir einen stärker ressortüber-
4379 greifenden und landesweiten Ansatz verfolgen. Wir set-
4380 zen uns dafür ein, dass eine Stiftung nach bayerischem
4381 Vorbild gegründet wird, aus der Opfer von Straftaten
4382 Entschädigungen erhalten können, soweit dies aus an-
4383 deren gesetzlichen Entschädigungen nicht, oder nicht
4384 ausreichend geschieht. Die Stiftung soll auch aus Mit-
4385 teln der Vermögensabschöpfung gespeist werden.

4386

4387 Wir werden dem Thema der psychisch Kranken im Jus-
4388 tizvollzug endlich den Stellenwert einräumen, der ihm
4389 gebührt, im Interesse der Kranken, aber auch im Inter-
4390 esse der im Justizvollzug Bediensteten. Hierzu bedarf
4391 es unter anderem endlich konsequenter baulicher Maß-
4392 nahmen nicht nur im Justizvollzugskrankenhaus.

4393

4394 Resozialisierung ist das Ziel des Strafvollzugs. Wir wer-
4395 den prüfen, wie zukunftsfähig die Resozialisierung
4396 in Nordrhein-Westfalen innerhalb und außerhalb des
4397 Strafvollzugs aufgestellt ist. Gerade für junge Men-
4398 schen, die straffällig geworden oder von Haft bedroht
4399 sind, bedarf es gut verzahnter Hilfeangebote. So soll-
4400 ten Bewährungsauflagen dazu genutzt werden, neben
4401 einem nötigen Strafübel auch Unterstützung zu gewäh-
4402 ren.

4403

4404 Eine moderne Justiz in Nordrhein-Westfalen wird eine
4405 digitalere Justiz sein. Dieser Weg muss aber mit den Be-
4406 schäftigten und den Personalvertretungen gemeinsam
4407 beschritten werden. Dieser Prozess muss mit den not-
4408 wendigen personellen und finanziellen Ressourcen aus-
4409 gestattet werden.

4410

4411 **4.7 VIELFALT UND ZUSAMMENHALT, FLUCHT UND INTE-**
4412 **GRATION**

4413

4414 **Religionspolitik für eine offene Gesellschaft**

4415

4416 Die religiöse Vielfalt der Menschen in Nordrhein-
4417 Westfalen ist eine große Stärke unseres Landes. Wir
4418 stehen dafür ein, dass alle Menschen in Nordrhein-
4419 Westfalen ihre im Grundgesetz verankerte Religions-
4420 freiheit frei ausüben können.

4421

4422 In Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften fin-
4423 det wichtiges Engagement statt, das gesellschaftlichen
4424 Zusammenhalt schafft – und das zumeist ehrenamt-
4425 lich. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet nicht nur Frei-
4426 zeitgestaltung, sondern auch lebendige demokratische
4427 Bildung. Im Bereich der Integration leisten Kirchen und
4428 Religionsgemeinschaften unersetzbare Leistungen. Und
4429 die kulturelle Landschaft wird durch die Chöre, Kirchen-
4430 musik und vieles weitere bereichert. Nicht zuletzt in der
4431 Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie sehr sich Haupt-
4432 und Ehrenamtliche in den Kirchengemeinden und Re-
4433 ligionsgemeinschaften um ältere Menschen kümmern
4434 Wir erkennen in Kirchen und Religionsgemeinschaften
4435 wichtige Partner für eine gemeinsame Gestaltung einer
4436 gerechten Welt.

4437

4438 Den guten Austausch mit den Kirchen, den jüdischen
4439 Gemeinden und den islamischen Verbänden, sowie
4440 weiteren wichtigen Stimmen und Persönlichkeiten der
4441 Muslime in Nordrhein-Westfalen wollen wir fortsetzen
4442 und intensivieren.

4443

4444 Es ist unsere Verpflichtung Jüdisches Leben in
4445 Nordrhein-Westfalen sowohl zu schützen als auch
4446 zu stärken. Dafür werden wir u.a. die Position der

4447 Antisemitismusbeauftragten in Nordrhein- Westfalen
4448 weiter stärken. Neben der Ausweitung der Schutz- und
4449 Sicherheitsmaßnahmen von religiösen Einrichtungen,
4450 insbesondere Synagogen und Moscheen, und weiteren
4451 sensiblen Einrichtungen müssen wir die vermehrten
4452 antisemitischen Vorfälle sichtbarer machen und stärker
4453 verfolgen. Daher werden wir die Meldestelle Antisemi-
4454 tismus in den regulären Betrieb überführen und um
4455 weitere Meldestellen für andere menschenfeindliche
4456 Vorfälle ergänzen. Hierbei werden wir auf einen guten
4457 Austausch zwischen bestehenden Strukturen und
4458 neuen Meldestellen achten, um Synergien zu gewinnen
4459 und Doppelstrukturen zu vermeiden.

4460

4461 Der islamische Religionsunterricht ist ein wichtiger Fort-
4462 schritt im Zusammenleben in religiöser Vielfalt im Land.
4463 Bei der Organisation werden wir sicherstellen, dass aus-
4464 ländische Regierungen keinen Einfluss auf die Gestal-
4465 tung des Unterrichts erhalten, aber gleichzeitig eine Ein-
4466 bindung der in Deutschland organisierten Verbände si-
4467 chergestellt ist.

4468

4469 Die Kinderschutzkommission im Landtag gibt wertvol-
4470 le Hinweise und Empfehlungen auch zum Schutz der
4471 Opfer bei den zahlreichen sexualisierten Gewalttaten
4472 durch Kirchenvertreter. Daher werden wir die Arbeit der
4473 Kinderschutzkommission fortführen.

4474

4475 Wir teilen die Überzeugung, dass soziale Arbeit erst
4476 dann von öffentlichen Trägern übernommen werden
4477 sollten, wenn private Träger den Bedarf nicht decken
4478 können. Das Subsidiaritätsprinzip darf aus unserer Sicht
4479 jedoch nicht zur Auswahl des günstigsten Anbieters füh-
4480 ren. Gemeinsam mit Gewerkschaften und kirchlichen
4481 Arbeitgebern werden wir daran arbeiten, dass Beschäf-
4482 tigte in kirchlichen Betrieben gute Arbeitsbedingungen
4483 und Löhne bekommen.

4484

4485 Wir werden uns an dem im Koalitionsvertrag im Bund
4486 zwischen SPD, Grünen und FDP vereinbarten Prozess be-
4487 teiligen, in dem eine einvernehmliche Lösung zwischen
4488 Bund, Ländern und Kirchen zur Ablösung der Staatsleis-
4489 tungen an die Kirchen erarbeitet werden soll.

4490

4491 **Eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik**

4492

4493 Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl-
4494 und Flüchtlingspolitik. Wir unterstützen die Städte
4495 und Kommunen, die sich zu Sicheren Häfen erklärt
4496 haben. Wir werden ein Landesaufnahmeprogramm
4497 für Nordrhein- Westfalen einrichten, welches das
4498 Ziel verfolgt, besonders schutzbedürftige Geflüchtete
4499 und Binnenvertriebene aus humanitären Gründen in

4500 Nordrhein-Westfalen aufzunehmen

4501

4502 **Wir organisieren gelingende Integration**

4503

4504 Mit dem Landesintegrationsplan für Geflüchtete haben
4505 wir 2015 begonnen; nun wollen wir den Fokus auf ei-
4506 ne schnelle Arbeitsmarktintegration und schnelle Ein-
4507 schulung von Kindern und Jugendlichen legen. Dazu
4508 gehören zügige und unbürokratische Anerkennung der
4509 Berufsqualifikationen, Nachqualifizierungen, Weiterbil-
4510 dungen und eine gezielte fachspezifische Sprachförde-
4511 rung. Frauen sollen durch bessere Betreuungsmöglich-
4512 keiten für Kinder und gezielte Ansprache für den Ar-
4513 beitsmarkt gewonnen werden und gleichberechtigt am
4514 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Integration
4515 funktioniert am besten mit der Familie. Wir begrüßen
4516 daher, dass sich der Bund für die Angleichung der Rege-
4517 lungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzbe-
4518 rechtigten an die Regelung für Flüchtlinge einsetzt, und
4519 werden dies auch für den Geschwisternachzug bei un-
4520 begleiteten minderjährigen Flüchtlingen unterstützen.
4521 Gut integrierte Geflüchtete, die ihren Lebensunterhalt
4522 selbst bestreiten, sollen schneller einen rechtssicheren
4523 Aufenthaltsstatus erhalten. Wir werden zusammen mit
4524 der Bundesebene ihre Einbürgerungsmöglichkeiten er-
4525 leichtern und Kettenduldungen vermeiden.

4526

4527 Für uns ist klar, dass die Integrationsräte auf kommuna-
4528 ler Ebene ein wichtiger Bestandteil der politischen Betei-
4529 ligungsstruktur für Menschen mit internationaler Fami-
4530 liengeschichte in Nordrhein-Westfalen sind. Daher wer-
4531 den wir ausschließlich den Integrationsrat als Beteili-
4532 gungsgremium etablieren und dessen Entscheidungs-
4533 kompetenzen und Ausstattung, sowie Entsendungs-
4534 rechte grundlegend reformieren. Dieses ist für uns bin-
4535 dend, so lange es kein kommunales Wahlrecht für Dritt-
4536 staatenangehörige gibt und somit die Chance auf politi-
4537 sche Teilhabe nicht anderweitig als durch Integrations-
4538 räte gewährleistet ist.

4539

4540 **Fachkräftemangel**

4541

4542 Nicht nur die Alterung unserer Gesellschaft macht die
4543 Einwanderung von Fachkräften für eine lebendige Wirt-
4544 schaft erforderlich; Zuwanderung ist für uns eine Be-
4545 reicherung. Daher begrüßen wir, dass auf Bundesebe-
4546 ne die Einreise- und Aufenthaltsmodalitäten vereinfacht
4547 werden. Unser Beitrag für das Ankommen in Nordrhein-
4548 Westfalen wird sein, dass wir Sprach-, Integrations- und
4549 Orientierungskurse für alle Zugewanderte öffnen und
4550 ausweiten.

4551

4552 **Doppelte Staatsbürgerschaft**

4553

4554 Die doppelte Staatsbürgerschaft sowie vereinfachte Ein-
4555 bürgerungsvoraussetzungen gehören zu den wichtigs-
4556 ten Maßnahmen für gleichberechtigte Teilhabe. Dafür
4557 werden wir eine Einbürgerungsoffensive starten und al-
4558 le Möglichkeiten in Nordrhein- Westfalen ausschöpfen,
4559 um die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts
4560 an die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse anzu-
4561 passen.

4562

4563 **Diskriminierungsfreies Land**

4564

4565 Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie und chancenge-
4566 rechte Gesellschaft.

4567

4568 Neben der Etablierung eines Antidiskriminierungsge-
4569 setztes, werden wir auf Landesebene eine Antidiskrimi-
4570 nierungsstelle einrichten. Diese soll netzwerkartig be-
4571 ratend, forschend und vor allem öffentlichkeitswirksam
4572 tätig sein. Diskriminierende und rassistische Handlun-
4573 gen finden auf der kommunalen Ebene statt. Wir wer-
4574 den uns dafür einsetzen, dass unsere Kommunen die nö-
4575 tige beratende und finanzielle Ausstattung für die Ge-
4576 staltung von Antidiskriminierungskonzepten erhalten.

4577

4578 **Interkulturelle Öffnung**

4579

4580 Wir stehen für eine offene und plurale Gesellschaft.
4581 Diese Haltung werden wir im öffentlichen Dienst le-
4582 ben und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vor-
4583 antreiben, indem wir vor allem diskriminierungsfreie
4584 Bewerbungs- und Zugangsverfahren, sowie kultursensi-
4585 ble Weiterbildungen etablieren werden.

4586

4587 **Migrantenselbstorganisationen**

4588

4589 Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist für uns
4590 selbstverständlich. Für Menschen mit Einwanderungs-
4591 geschichte ist dies noch immer nicht selbstverständlich.
4592 Daher werden wir die Unterstützung der Migranten-
4593 selbstorganisationen (MSO) fortführen und sie stärker
4594 in integrationspolitische Diskurse und Prozesse einbin-
4595 den.

4596

4597 **4.8 WIR FÖRDERN DIE GLEICHSTELLUNG ALLER GE- 4598 SCHLECHTER**

4599

4600 Für uns sind alle Menschen gleich. Deswegen setzen
4601 wir uns dafür ein, Ungleichheiten zu beseitigen. Es geht
4602 einfach besser, wenn man gemeinsam handelt. Uns ist
4603 wichtig, dass Frauen und Männer gleichstark auf allen
4604 politischen Ebenen vertreten sind. Dies werden wir auf
4605 eine gesetzliche Grundlage stellen.

4606

4607 Wir wollen, dass nicht schon in der Sprache und Anspra-
4608 che die Unterschiede der Geschlechter deutlich werden.
4609 Daher werden wir auf eine geschlechtergerechte und
4610 geschlechterneutrale Sprache im Land und in den Kom-
4611 munen achten.

4612

4613 **Wir bekämpfen konsequent Gewalt gegen Frauen und**
4614 **Mädchen**

4615

4616 Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mädchen ist
4617 für uns nicht akzeptabel. Deswegen werden wir einen
4618 Landesaktionsplan ins Leben rufen, der sich flächende-
4619 ckend mit den Hilfs- Beratungs- und Präventionsange-
4620 boten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Ziel-
4621 gruppe, beschäftigt (Istanbul-Konvention). Besonderes
4622 Augenmerk legen wir darauf, das Dunkelfeld bei Gewalt
4623 gegen behinderte Frauen und Mädchen zu erhellen.

4624

4625 Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren, brauchen
4626 unsere Hilfe. Deshalb werden wir Geld in die Hand neh-
4627 men, um das Frauen- und Mädchenhilfesystem, insbe-
4628 sondere die Frauenhäuser, aber auch die Beratungsstel-
4629 len gegen Zwangsheirat, den Runden Tisch gegen Be-
4630 schneidungen von Mädchen, auszubauen.

4631

4632 Auch Cyber-Mobbing ist Gewalt. Deshalb ist es für uns
4633 selbstverständlich, dass die Beratungs- und Hilfesyste-
4634 me auch bei dieser Form der Gewalt angepasst und aus-
4635 gebaut werden müssen.

4636

4637 **Queere Generationen im Blick**

4638

4639 Wir setzen uns dafür ein, dass LSBTIQ*-Jugendliche stür-
4640 kende Räume erfahren können. In queeren Jugendtreffs
4641 und -gruppen sollen sie ohne Sorge vor Queerfeindlich-
4642 keit zusammen ihre Freizeit verbringen und Unterstüt-
4643 zung finden. Daher werden wir queere Jugendangebote
4644 fördern sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum
4645 fördern. Hierzu sind auch ergänzende digitale Angebo-
4646 te geeignet. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die
4647 LSBTIQ*-Kinder- und Jugendarbeit in die Jugendförder-
4648 pläne aufgenommen wird.

4649

4650 Auch die aktuelle Generation von LSBTIQ*-Senior*innen
4651 nehmen wir in den Blick und werden die Träger von
4652 Einrichtungen der Altenhilfe sensibilisieren, dass eine
4653 LSBTIQ*-kultursensible Pflege und Betreuung zum Stan-
4654 dard wird.

4655

4656 Wir wissen aber auch, alt ist man nicht erst, wenn man
4657 pflege- und betreuungsbedürftig ist. Wir werden auch
4658 die queere Senior*innen-Arbeit inklusive Freizeitange-

4659 boten fördern und Beratungsstellen unterstützen. Wo es
4660 gewünscht ist, gilt es auch generationenübergreifenden
4661 Austausch etwa bei queeren Wohnprojekten in Mehrge-
4662 nerationenhäusern zu unterstützen.

4663

4664 **Nordrhein-Westfalen ein Land der vielfältigen Kultur**

4665

4666 Unternehmen treffen ihre Standortentscheidungen
4667 heute unter anderem auch danach, wie eine Stadt oder
4668 eine Region „Diversity“ lebt. Moderne und erfolgrei-
4669 che Unternehmen haben längst erkannt, dass eine
4670 offene Unternehmenskultur und ein diskriminierungs-
4671 freies Arbeitsfeld wichtige Chancen eröffnen, um im
4672 Wettkampf um die besten Talente zu bestehen. Diese
4673 Unternehmenskultur wollen wir unterstützen, indem
4674 wir das aktive Diversity-Management durch regelmä-
4675 ßige Workshops und die Unterstützung von inner- und
4676 überbetrieblichen LGBTIQ*-Netzwerken sowie Zusam-
4677 menschlüsse anderer von Diskriminierung betroffenen
4678 Gruppen fördern, um bestehende Vorbehalte sichtbar
4679 abzubauen und Diskriminierung zu bekämpfen.

4680

4681 **CSDs fördern Akzeptanz und Sichtbarkeit**

4682

4683 Die CSD Straßen- und Kulturfeste sind bunt. Durch eine
4684 strukturelle und finanzielle Sockelförderung wollen wir
4685 die CSD Feste nicht nur in Köln, sondern im ganzen Land
4686 ermöglichen. Nicht nur den CSD, sondern die Vielfältig-
4687 keit des queeren Lebens in Nordrhein-Westfalen wollen
4688 wir durch die Zusammenarbeit zwischen den LSBTIQ*-
4689 Netzwerken und dem Tourismus NRW e.V. sichtbarer
4690 machen. Nordrhein-Westfalen soll so eine bevorzugte
4691 Destination der LSBTQ* - Community werden.

4692

4693 **4.9 FÜR EINE VERLÄSSLICHE BASIS UND MUTIGE ENT- 4694 WICKLUNG IN DER KULTURPOLITIK**

4695

4696 Kultur ist keine brotlose Kunst, sondern Nahrung für
4697 Geist und Seele. Die Kulturförderung liegt uns am Her-
4698 zen. Wir werden in den nächsten zwei Regierungszeiten
4699 die bisherige Förderung verdoppeln und wollen damit
4700 unter anderem dafür sorgen, dass die Kultureinrichtun-
4701 gen an Digitalisierungsprozessen und zukünftigen, wei-
4702 teren Entwicklungen partizipieren können.

4703

4704 Wir wollen eine grundlegende Stärkung der Soziokultur,
4705 der Interkultur, der Inklusion, der Breitenkultur und kul-
4706 tureller Angebote in der Fläche sowie einer daraufhin
4707 ausgerichteten Förderstruktur. Hierzu zählen auch die
4708 Anerkennung, Förderung und Stärkung der Außendar-
4709 stellung der vielfältigen und diversen Gesellschaft und
4710 ihrer unterschiedlichsten Mitglieder in den Künsten. Un-
4711 terrepräsenzierte Gruppierungen sollen mittels Ausbil-

4712 dung, Programmen, Vermittlung und Quoten gefördert
4713 werden.

4714

4715 Um auch LSBTIQ*-Kultur hinreichend zu würdigen, wol-
4716 len wir ein jährliches Kulturfestival von nationaler Be-
4717 deutung in Anlehnung an die Hirschfeld-Tage etablie-
4718 ren.

4719

4720 **Wert und Würde**

4721

4722 Künstlerinnen und Künstlern geben wir Sicherheit, in-
4723 dem die Künstlerinnen und Künstler besser fördern, de-
4724 ren soziale Absicherung ausbauen, die Gerechtigkeit
4725 zwischen den Geschlechtern auch in der Kunst voran-
4726 treiben und für faire Honorarvereinbarungen sorgen.

4727

4728 Unser Handeln zielt auf Diversität und Differenziertheit
4729 unter Achtung der Gleichwertigkeit aller Menschen ab.
4730 Wir werden bei Kulturförderung darauf achten, dass die
4731 Gendergerechtigkeit umgesetzt wird. Das im Kulturge-
4732 setz geankerte Mindesthonorar werden wir deutlich an-
4733 heben.

4734

4735 Der demokratische Wertekanon auf der Bühne muss
4736 auch das Handeln hinter dem Vorhang bestimmen. Al-
4737 le Akteurinnen und Akteure im System sind ohne Wenn
4738 und Aber in ihrer Würde zu schützen. Dazu werden Hilfs-
4739 und Beratungsangebote, sowie geeignete Kontrollme-
4740 chanismen etabliert und weiterentwickelt und gegebene
4741 nenfalls die Förderung beendet, wenn ein systemisches
4742 Fehlverhalten vorliegt.

4743

4744 **Starke Stadt und attraktives Land**

4745

4746 Kunst und Kultur ist für alle da, egal ob auf dem Land
4747 oder in der Stadt. Im Idealfall ergänzt sich das Kultur-
4748 angebot von Stadt und Land und bereichert sich wech-
4749 selseitig. Weder der ländliche Raum noch die Städte dür-
4750 fen kulturell ausbluten. Daher werden wir die Daseins-
4751 vorsorge in den Kommunen weiter konsolidieren und
4752 für einen Ausbau und Anschluss der ländlichen Angebo-
4753 te sorgen.

4754

4755 Hierzu gehören z.B. die Unterstützung eines flächende-
4756 ckenden Angebots von Bibliotheken und Musikschulen
4757 sowie der Ausbau von Jugendkunstschulen, aber auch
4758 eine starke Förderung von Aufführungen der darstell-
4759 den Kunst in der Region durch die Landestheater und
4760 Freie Gruppen, der Ausbau der Soziokultur sowie eine
4761 deutliche finanzielle Aufwertung von Chören, Laienkul-
4762 tur und Volksmusik.

4763

4764 **UNESCO-Welterbe**

4765

4766 Wir werden die liegengelassene Chance, das Ruhrge-
4767 biet mit seinen einzigartigen kreativen und kulturel-
4768 len Erlebnis- und Industriekulturorten, als UNESCO-
4769 Welterbe anzuerkennen, aktiv unterstützen und die Be-
4770 antragung proaktiv befördern.

4771

4772 **Gute Orte drinnen und draußen und in der Nähe**

4773

4774 Entfalten kann man sich da, wo man sich wohl fühlt. Wir
4775 werden ein umfangreiches Programm „Gute Kulturorte
4776 2025“ auflegen, mit dem insbesondere kleinere Bühnen,
4777 Kinos, Clubs, Orte der Popularkultur, Begegnungsstätten
4778 und ortsnahe Angebote sowie Erinnerungsstätten auf
4779 den heutigen technischen und energetischen Stand ge-
4780 bracht werden kann, aber auch digitale und hybride For-
4781 mate ermöglicht werden oder Outdoor – Veranstaltun-
4782 gen ermöglicht werden.

4783

4784 **Alle Menschen im Nordrhein-Westfalen der Kulturen**

4785

4786 Kunst und Kultur sind geeignet, Menschen Sinn zu ver-
4787 mitteln, ihnen beim Verständnis von Leben und Welt
4788 und der Gestaltung derselben zu helfen sowie diese zu
4789 verschönern. Kunst und Kultur unterstützen Menschen
4790 dabei, sich das Leben in einer spezifischen Umgebung zu
4791 erschließen und sie können ihnen Heimat geben. Kunst
4792 und Kultur bieten die Möglichkeit der Verständigung der
4793 Einzelnen im Spannungsverhältnis zu anderen und der
4794 sie umgebenden Natur. Im günstigsten Fall trägt dies zur
4795 Herausbildung einer verantwortlichen Position gegen-
4796 über der Gemeinschaft und der Umwelt bei.

4797

4798 Der Anspruch unseres Leitbildes „Kultur für alle“ muss
4799 konsequent weitergedacht und umgesetzt werden. Al-
4800 le Menschen müssen über kulturelle Kompetenzen
4801 und Teilhabemöglichkeiten verfügen können. Dies um-
4802 schließt die Kulturelle Bildung, die „Kultur von- und mit-
4803 einander“ und den Willen zur Vielfalt sowie eines al-
4804 le Gruppen ansprechenden Kulturkanons. Kulturelle Bil-
4805 dung bedarf dauerhafter, gut ausgebauter Vernetzungs-
4806 strukturen zwischen den Kulturinstitutionen und den
4807 allgemeinbildenden Angeboten.

4808

4809 **4.10 VIELFÄLTIGE UND UNABHÄNGIGE MEDIEN STÄRKEN**

4810

4811 Unsere demokratische Gesellschaft lebt durch die
4812 grundgesetzlich geschützte Meinungs- und Pressefrei-
4813 heit. Die Meinungs- und Pressefreiheit wiederum ist nur
4814 durch unabhängige Journalistinnen und Journalisten
4815 und eine freie Presse möglich. Diese Grundsätze sind
4816 für uns unabdingbar. Genauso unabdingbar ist daher
4817 auch, dass die Medienschaffende einerseits faire und

4818 sichere Arbeitsverhältnisse haben und andererseits
4819 in ihrer grundrechtsrelevanten Berufsausübung vor
4820 Gewalt und Bedrohungen geschützt sind. Wir wollen
4821 weiterhin die Vielfalt unabhängiger Medien sichern
4822 und fördern daher neue Ideen und Konzepte.

4823

4824 **Für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

4825

4826 Mit dem WDR hat Nordrhein-Westfalen die größte Lan-
4827 desrundfunkanstalt. Wir stehen zu einem WDR mit Voll-
4828 programm und einer auskömmlichen Beitragsfinanzie-
4829 rung. Mehr Inhalte, die der WDR erstellt oder in Auftrag
4830 gibt, müssen mit Creative-Commons-Lizenzen frei lizen-
4831 ziert sein, vor allem Bildungsinhalte und Inhalte aus den
4832 Bereichen Nachrichten, Information und Wissen.

4833

4834 Wir begrüßen Überlegungen zu einer Medienplattform,
4835 die die Qualitätsinhalte der öffentlich-rechtlichen Medi-
4836 en Europas für alle Bürgerinnen und Bürger grenzüber-
4837 schreitend zugänglich macht.

4838

4839 **Für vielfältigen Lokaljournalismus**

4840

4841 Ohne lokale Nachrichten, sei es im Funk oder in Pa-
4842 pierfunk, sind wir nicht gut informiert, was vor Ort ge-
4843 rade passiert. Wir wollen den Lokaljournalismus stär-
4844 ken und seine crossmediale Weiterentwicklung fördern.
4845 Der deutschlandweit einmalige NRW-Lokalfunk ist und
4846 bleibt unverzichtbar sowohl für lokale und regionale In-
4847 formationen als auch für den Katastrophenschutz. Wir
4848 werden den NRW – Lokalfunk mit den eigenständigen
4849 Redaktionen erhalten.

4850

4851 Um professionellen Journalismus auch in Zukunft fi-
4852 nanzieren zu können, streben wir die Verankerung von
4853 Journalismus im Gemeinnützigkeitsrecht und die För-
4854 derung einer gemeinsamen Vermarktungsplattform so-
4855 wie die Entwicklung weiterer Finanzierungsmöglichkei-
4856 ten, wie Stiftungsmodelle, an. Ehrenamtliches journalis-
4857 tisches Engagement, wie die Bürgermedien, werden wir
4858 unterstützen.

4859

4860 **Für eine sichere Online-Welt**

4861

4862 Desinformation und Hate Speech im Internet müssen
4863 wir durch die Stärkung von Medienkompetenz für Jung
4864 und Alt entschieden entgegentreten. Dafür wollen wir
4865 den Medienkompetenzrahmen sowie Medienkompe-
4866 tenzprojekte wie die der Landesanstalt für Medien kon-
4867 sequent weiterentwickeln. Den Schutz von Kindern und
4868 Jugendlichen im Internet und in den sozialen Medien
4869 wollen wir stetig verbessern. Wir wollen Frauen in der
4870 Gaming Szene unterstützen, da sie hier unterrepräsen-

4871 tiert sind, und Sexismus in der Online-Welt bekämpfen.
4872

4873 Wir sind nicht schutzlos, wenn Suchmaschinen und
4874 Netzwerke Inhalte selektieren und filtern, denn wir wer-
4875 den im Rahmen des Medienstaatsvertrages deren Regu-
4876 lierungsbedarf angehen und so die Vielfaltsicherung in
4877 den sozialen Netzwerken stärken. Auch vor dem Hinter-
4878 grund des wachsenden Einflusses von Sprachassisten-
4879 ten auf die Auswahl von Medieninhalten wollen wir die
4880 Auffindbarkeit journalistischer Inhalte im Netz verbes-
4881 sern.

4882

4883 Werbung im Netz wollen wir stärker kontrollieren, um
4884 Manipulationen vorzubeugen. Wir setzen uns für einen
4885 freien Zugang zum Internet für alle sowie für Netzneu-
4886 tralität ein.

4887

4888 **Für innovative Konzepte**

4889

4890 Spielen macht Spaß und in Nordrhein- Westfalen haben
4891 wir viel Spaß. Denn Nordrhein-Westfalen ist deutsch-
4892 landweit der Games-Standort Nr. 1. Wir ruhen uns aber
4893 nicht auf dem Siegertreppchen aus, sondern wollen ein
4894 neues Veranstaltungsformat mit wechselnden Standor-
4895 ten in Nordrhein-Westfalen etablieren, um die kreative
4896 Energie der Netzcommunity mit der Qualität und Erfah-
4897 rung der klassischen Medien zusammenzubringen. Ne-
4898 ben etablierten Medienstandorten wollen wir insbeson-
4899 dere auch den Standort Ruhrgebiet stärken.

4900

4901 Die erfolgreichen Institutionen in Nordrhein- Westfalen,
4902 wie die Film- und Medienstiftung, das Grimme-Institut,
4903 die Internationale Filmschule und das Mediengründer-
4904 zentrum Nordrhein-Westfalen, wollen wir fördern und
4905 weiterentwickeln.

4906

4907 **4.11 NORDRHEIN-WESTFALEN ALS SPORTLAND NR. 1** 4908 **STÄRKEN**

4909

4910 Nordrhein- Westfalen ist Sportland Nr. 1 durch die zahl-
4911 reichen aktiven Sportlerinnen und Sportler, sowohl im
4912 Breiten-, als auch im Spitzensport. Sie machen die Sport-
4913 vereine lebendig. Deshalb werden wir in die örtlichen
4914 Sportstätten investieren, damit auch sie den Platz 1 ein-
4915 nehmen. Unser besonderes Augenmerk legen wir dabei
4916 auf die Barrierefreiheit. Spiel und Sport ermöglicht wird.
4917 Menschen mit und ohne Behinderung, Ältere und Jün-
4918 gere sollen – auch gemeinsam – aktiv sein können und
4919 dabei Erfolge erleben und Spaß haben.

4920

4921 **Fit für Sport – wir machen die Sportstätten fit**

4922

4923 Ein sauberes Schwimmbad mit allen technischen Vorzü-

4924 gen von heute, ordentliche und ausreichende Umkleide-
4925 kabinen, Plätze, auf denen man nicht Kartoffeln anbau-
4926 en, sondern Ballsport treiben kann muss wie alle Sport-
4927 stätten in Nordrhein-Westfalen wieder die Regel sein.
4928 Daher werden wir die Förderung – auch für die kommu-
4929 nalen Sportstätten weiter fortsetzen.

4930

4931 **Begeisterung für den Sport wecken**

4932

4933 Wir wollen Kinder und Jugendliche für den Teamgeist
4934 und den fairen Wettbewerb durch den Sport begeistern.
4935 Dafür werden wir einmalig den Jahresbeitrag für den
4936 Eintritt in einen Sportverein übernehmen. Unser Ziel ist
4937 zusammen mit den Sportvereinen mindestens 500.000
4938 Kinder und Jugendliche für den organisierten Sport zu
4939 begeistern.

4940

4941 **Jedes Kind wird schwimmen können**

4942

4943 Mit uns wird es wieder selbstverständlich, dass jedes
4944 Kind schwimmen lernt. Wir werden dafür insbesonde-
4945 re die Schwimmbäder ertüchtigen und jedem Kind ein
4946 Angebot – sowohl in als auch außerhalb der Schulzeit –
4947 unterbreiten.

4948

4949 **Landessportbund als verlässlichen Partner der Landes- 4950 politik unterstützen**

4951

4952 Unser verlässlicher Partner im Sportbereich ist der un-
4953 abhängige Landessportbund NRW. Zusammen mit dem
4954 Landessportbund NRW wollen wir den Pakt für den
4955 Sport eng abgestimmt ausbauen und ein verlässlicher
4956 Partner sein.

4957

4958 **Spitzensport braucht Breitensport**

4959

4960 Vorbilder spornen an, selbst sportliche Erfolge zu errei-
4961 chen. Wir wollen die bestmögliche Förderung unserer
4962 sportlichen Talente, insbesondere im Spitzensport wol-
4963 len wir die Förderung des Nachwuchses unterstützen.

4964

4965 Disqualifizierungen nach einer sportlichen Karriere wird
4966 es mit uns nicht geben. Deshalb werden wir duale Kar-
4967 rieren für Spitzensportler besser unterstützen – nicht
4968 nur bei öffentlichen Behörden, sondern auch im Studi-
4969 um, in der Ausbildung und in der Berufstätigkeit. Ent-
4970 sprechende Kooperationsvereinbarungen zur Förderung
4971 der Dualen Karriere für Spitzensportlerinnen und Spit-
4972 zensportler zwischen dem Land Nordrhein- Westfalen
4973 und Kommunen wollen wir fördern.

4974

4975 **Sportgroßveranstaltungen in Nordrhein- Westfalen 4976 auch weiterhin ermöglichen**

4977

4978 Sportliche Großveranstaltungen begeistern in Nord-
4979 rhein – Westfalen. Deswegen werden wir uns dafür
4980 einsetzen, dass auch zukünftig sportliche Events in
4981 Nordrhein-Westfalen stattfinden und unterstützen ent-
4982 sprechende Bewerbungen aus den Sportverbänden.

4983

4984 **Gegen Gewalt und Ausgrenzung**

4985

4986 Für uns haben Rechtsextremismus, Antisemitismus und
4987 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlich-
4988 keit im Sport nichts verloren. Deswegen werden wir Fan-
4989 projekte und Initiativen von Vereinen, die sich gegen
4990 psychische, physische und sexualisierte Gewalt im Sport
4991 richten, unterstützen.

4992

4993 **4.12 NORDRHEIN-WESTFALEN IM HERZEN EUROPAS**

4994

4995 Nicht nur im Dreiländereck von den Niederlanden, Bel-
4996 gien und Nordrhein-Westfalen ist Europa gelebte Wirk-
4997 lichkeit. Unser Herz schlägt für Europa. Wir wollen die
4998 gute Zusammenarbeit in den Bereichen Schule oder Be-
4999 ruf, Industrie oder Mobilität, Gesundheit oder Recht wei-
5000 ter ausbauen! Daher werden wir auch die Städtepart-
5001 nerschaften unserer Städte und Gemeinden fördern und
5002 unterstützen. Dies gilt auch für die Stärkung der Euregi-
5003 os.

5004

5005 Unser Bekenntnis für Europa ist grenzenlos. Wir ste-
5006 hen uneingeschränkt für die großen europäischen Wer-
5007 te. Dazu gehören für uns die Charta der Grundrechte der
5008 EU, ein starkes System der sozialen Sicherung, ein ge-
5009 meinsames, humanitäres und funktionierendes Migra-
5010 tionssystem und der Kampf gegen jegliche Form der Dis-
5011 kriminierung. Es muss klar gelten: Wer sich nicht an un-
5012 sere gemeinsamen Werte hält, darf auch keine Mittel er-
5013 halten.

5014

5015 Im Kleinen wollen wir die Beratung ausbauen, um gren-
5016 zenloses Arbeiten, Leben, Studieren und mehr weiter zu
5017 vereinfachen. Dies geschieht unter anderem durch ei-
5018 nen Ausbau der Beratungsangebote auf kommunaler
5019 Ebene sowie GrenzInfoPunkte in den Euregios, eine bes-
5020 sere Verknüpfung der Angebote der Staaten und digita-
5021 le Angebote, auf die mehrsprachig zugegriffen werden
5022 kann.

5023

5024 Die Auslandsgesellschaft NRW wollen wir für die eu-
5025 ropäische Gemeinschaftsbildung enger einbinden und
5026 fördern.

5027

5028 **Städtepartnerschaften**

5029

5030 Projektorientierte Zusammenarbeit zwischen europäi-
5031 schen Kommunen insbesondere mit anderen (potenziel-
5032 len) Industriezentren wollen wir gezielt fördern, um von-
5033 einander zu lernen und den Weg zu einer nachhaltigen
5034 Art des Wirtschaftens zu beschreiten.

5035

5036 **Recht und Sicherheit**

5037

5038 Grenzenloses Leben braucht gemeinsame Sicherheit.
5039 Wir bauen die Zusammenarbeit bei Prävention, Straf-
5040 verfolgung und Justiz insbesondere mit Belgien und den
5041 Niederlanden weiter aus. Dazu stärken wir z.B. gemein-
5042 same Lagezentren mit zusätzlichem Personal und sor-
5043 gen für die schnelle Weitergabe von Informationen, all
5044 das natürlich im Einklang mit Freiheits- und Bürgerrech-
5045 ten.

5046

5047 **4.13 EINE WELT - UNSERE GLOBALE VERANTWORTUNG**

5048

5049 Wir blicken über unseren Tellerrand hinaus und wis-
5050 sen um unsere Verantwortung in einer globalisierten
5051 Welt. Deshalb werden auch wir uns für eine konse-
5052 quente Einhaltung des Lieferkettengesetzes einsetzen
5053 und weiterhin auch auf Bundesebene dabei mithelfen,
5054 dass die grundsätzlich beschlossene globale Mindest-
5055 bestuerung von Konzerngewinnen umgesetzt werden
5056 kann.

5057

5058 Unsere Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern
5059 Ghana und Südafrika wollen wir intensivieren, denn
5060 ein intensiver Austausch und eine gute Zusammenar-
5061 beit gerade beim Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaft,
5062 beim Klimaschutz mit Schwerpunkt erneuerbare Ener-
5063 gien (dezentrale Solar- und Windenergieanlagen und
5064 Parks, Speichertechniken, Pumpspeicherkraftwerke und
5065 die Produktion von grünen Wasserstoff) kann zu einer
5066 echten gegenseitigen Bereicherung auch für unseren
5067 heimischen Industriestandort führen. Darüber hinaus
5068 wollen wir die Partnerschaften auch in den Bereichen
5069 des internationalen Wissenstransfers, bei Forschungs-
5070 projekten und Ausbildungsaufenthalten intensivieren.

5071

5072 Viele zivilgesellschaftliche Initiativen, Kommunen und
5073 auch Unternehmen haben sich im Bereich des Fairen
5074 Handels bereits auf den Weg gemacht. Wir wollen sie
5075 weiterhin fördern und ihnen die Möglichkeit der landes-
5076 weiten Vernetzung geben.